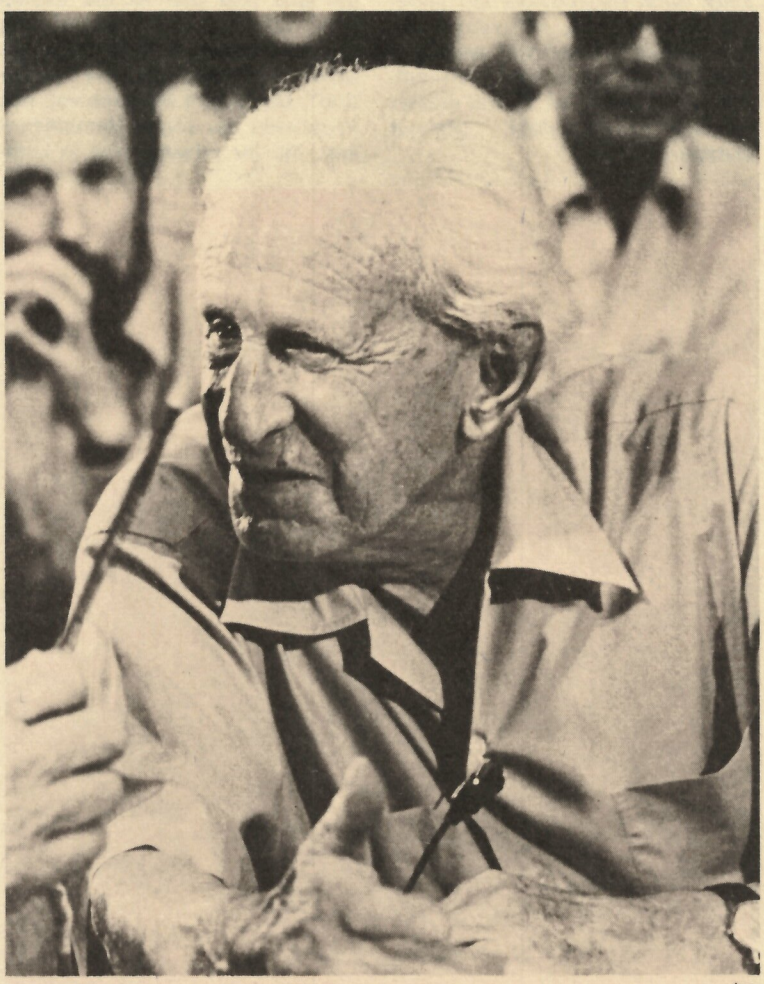
D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 102
Aug./Sept. '78 DM 2,50

Kein Berufsrevolutionär: ein Revolutionär Herbert Marcuse zum 80. Geburtstag



dpa

Vor zehn Jahren, als Herbert Marcuse auf dem Höhepunkt seines politisch-öffentlichen Wirkens für die Neue Linke stand, reagierten der linke (DKP) und der rechte Konservativismus hierzulande gleichermaßen gereizt: "Wer ist Herbert Marcuse?", fragte ein Prof. L.L. Matthias (Neue Politik, 5.2.69). Robert Steigerwald veröffentlichte damals, sozusagen DKP-offiziell, ein unseriös-pamphletistisches Machwerk unter dem Titel "Herbert Marcuses 'Dritter Weg' " (1969). Die Rechten, in dieser Hinsicht völlig einig mit den Neostalinisten in der DKP, ließen sich nicht lumpen: "Herbert Marcuse – Vorbild oder Verführer?", so Gerd-Klaus Kaltenbrunners rhetorisch gemeinte Frage (Neue Wege Nr. 238, Oktober 1969). Den Vogel aber schoß die westdeutsche Zeitung ab, hinter der bekanntlich ein besonders kluger Kopf steckt: "Die Hölle des Professor Marcuse" (FAZ, 13.7.68) und: "Die Hoffnungslosigkeit des Dr. Marcuse" (FAZ, 3.8.68) – unüberhörbar der polemische Anklang an die kriminelle Welt des Dr. Mabuse und ans Gruselkabinett des Dr. Caligari.

So sehr die Person Herbert Marcuses heute alles Spektakuläre verloren hat, so nachhaltig ist zu vermuten, daß trotz einer verzerrten/versäumten Aufnahme seine Denkanstöße längerfristige, wenn auch eher unter- und hintergründige Wirkungen hervorgebracht haben. Die populären – freilich kaum noch nach dem Schema links/rechts zu klassifizierenden – Parolen der späten siebziger Jahre ("Lebensqualität", "alternatives Leben", "Umweltbewußtsein", "Krise der Rationalität" etc.): Das alles sind Themen, die von Marcuse sehr früh bearbeitet worden sind, auch wenn die, die sie heute auf ihre Fahnen geschrieben haben, das nicht mehr wissen.

Konkrete Utopien

Marcuses leidenschaftliches Eintreten für die antiautoritäre Protestbewegung, seine Unterstützung der amerikanischen Antikriegskampagnen, sein Engagement für die Freilassung von Angela Davis – all das ist von einem Pathos getragen, dessen Fernweh Sozialismus heißt. Unter einer sozialistischen Alternative versteht Marcuse freilich mehr als die bloße, sozialistisch-reformistische "Verbesserung" des Kapitalismus, mehr auch als die Abschaffung des Privateigentums bei fortexistierender Unterdrückung und Ausbeutung. Sozialismus ist für Marcuse die volle Realisation von "Freiheit, Solidarität, Menschlichkeit", wie es in einem Aufsatz von 1964

FORTSETZUNG SEITE 2

IN DIESER AUSGABE:

Kommentare

Hans-Martin Lohmann: Marcuse 1
Delegiertenrat des SB: Bahro-Verurteilung 3
A.Buro/G. Dill Vietnam 4
G. Armanski/V. Prittwitz: Tourismus 5
Jürgen Schmidt: Verfassungsschutz 7
Bahro-Kongreß 9

Artikel

Renate Damus: DDR-Opposition 10
Hans-Jürgen Krahl: CSSR 1968 11
Zur Wahlfrage 14
Russell-Tribunal 16
Ch. Buci-Glucksmann: Frankreich 19
Günter Schröder: Äthiopien/Eritrea 21
Dokument: DINA 23
Carl-Wilhelm Macke: Christen und Sozialisten 25

Information/Berichte Initiativen/Aktionen

Kita-Konflikt 27
Rundfunkfreiheit 29
Theater am Turm 30
Theaterinitiativen 31
Gorleben-Camp 32
AKW Brunsbüttel 32
"Großer Ratschlag" 33
Bremer Blatt 35

★ SOMMERPAUSE: DIE NÄCHSTE links KOMMT ANFANG OKTOBER '78 ★

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

●

„links" ist das Organ des Sozialistischen Büros. Durch Information und Diskussion will diese Zeitung politische Praxis und theoretische Verständigung der im SB organisierten oder an ihm orientierten Linken unterstützen. „links" will – über diese Funktion für den Organisierungsprozeß des SB hinausgehend – Erfahrungen aus der politischen Arbeit, Beiträge zur Analyse der Klassenauseinandersetzungen und Berichte aus der internationalen Linken vermitteln und damit zur Erneuerung der Arbeiterbewegung und zum Ausbau der sozialistischen Ansätze in der Bundesrepublik beitragen. „links" geht davon aus, daß die im Organisierungsprozeß der Linken allseits als notwendig anerkannte Verbindlichkeit nur aus der auch kontrovers geführten Diskussion verschiedener Erfahrungen und Einschätzungen entwickelt werden kann. „links" dient nicht der Propagierung andernorts bereits vorgefertigter politischer Linien, sondern will im Rahmen des SB die erforderliche, das Spektrum der verschiedenen Erfahrungen aufhebende Diskussion ermöglichen. Die Zeitung steht deshalb offen für solidarisch geführte Kontroversen zu wichtigen Fragestellungen. „links" berichtet auch über Erfahrungen und Aktionen von Sozialisten, die nicht im SB organisiert sind und steht deren Kritik offen. „links" wird nicht von hauptamtlichen Redakteuren gemacht. Die Zeitung erhält keine Unterstützung durch finanzkräftige Institutionen. Sie ist deshalb auf die publizistische Aktivität und materielle Förderung der Leser angewiesen. Das Sozialistische Büro fordert zur Mitarbeit und Hilfe bei dem weiteren Ausbau und der Gestaltung der sozialistischen Zeitung „links" auf.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postfach 591

kommentare

Marcuse zum 80. Geburtstag

FORTSETZUNG VON SEITE 1

heißt, nicht weniger. Freiheit, Solidarität, Menschlichkeit – dies sind, allen Modifikationen und Revisionen zum Trotz, zu denen sich der Marxist Marcuse genötigt sah, die theoretisch-praktischen Invarianten eines Denkens, dem die Utopie einer befreiten Gesellschaft und eines "guten Lebens" kein Schimpfwort ist. Den ökonomistischen Verächtern Marcuses innerhalb der Linken mag es freilich leicht fallen, seinen Utopismus als kleinbürgerlich und/oder illusionär zu denunzieren: Solange aber in den Gesellschaften des "realen Sozialismus" (vom Kapitalismus ganz zu schweigen) die Herstellung von Freiheit, Solidarität und Menschlichkeit nicht zum praktischen Programm gehört; solange immer noch das Reich der Notwendigkeit, der bloßen materiellen Reproduktion und der Zwang zur physischen Selbsterhaltung mit Sozialismus verwechselt werden – solange ist die Utopie, die Marcuse formuliert, die einsichtigste Angelegenheit der sozialen Emanzipationsbewegung.

Es muß – neben der prägenden Lektüre der Marxschen Frühschriften – der zeitigen Berührung mit der Psychoanalyse, besonders mit den metapsychologischen Schriften des späten Freud, zugeschrieben werden, daß Marcuse sensibler als die meisten zeitgenössischen Marxisten auf den ungeheuren Ausgrenzungsprozeß innerhalb der Arbeiterbewegung (zumal in dem Land, in dem der Marxismus zuerst an die Staatsmacht gelangt war) reagiert hat.

Was sich bei Engels einmal fortschrittlich las: "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", hat sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts fast ins Gegenteil verkehrt. Die Frage ist berechtigt – Ernst Bloch hat sie beispielsweise so gestellt –, ob heute nicht der Sozialismus zu viel Wissenschaft und zu wenig Utopie enthalte. Aber nicht nur utopisches Denken ist ja aus der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ausgegrenzt und verfemt worden. Längst hat man sich all dessen entledigt, was mit der Unterdrükkung der inneren Natur der Individuen im weitesten Sinne zusammenhängt: auf der Strecke blieben die ungelösten Probleme der bürgerlichen Familie (die z.B. in der DDR längst wieder ein fröhliches come-back gefeiert hat), die Befreiung der Frau und die Emanzipation des Mannes, die Versöhnung von Gesellschaft und Natur, das Kantische Programm "Zum ewigen Frieden".

Hier ist der genuine Einsatzpunkt von Marcuses Denken zu suchen. In dem Maße, wie sich die offizielle Arbeiterbewegung in ihren programmatischen Zielen ökonomistisch und technizistisch auf den möglichst perfekten Ausbau des Reichs der Notwendigkeit beschränkte und damit der Verwechslung des technokratisch-repressiven Sozialstaats mit Sozialismus Vorschub leistete – in eben dem Maß hat Marcuse, in fast existentialistischer Manier die Frage nach dem gesellschaftlichen Schicksal der Individuen und ihrer Leidenschaften, nach dem Schicksal von Glück, Liebe, Haß und Tod neu formuliert. Während dem traditionellen Marxismus die Psychoanalyse bis heute ein lästiger Rivale geblieben ist, den es zu bekämpfen gilt, hat Marcuse die subversiven Erkenntnisse Freuds dem Historischen Materialismus inkorporiert: "Psychologie erscheint im Banne der herrschenden, technischen Rationalität als Unvernunft. Wird aber solche Rationalität selber irrational, der von ihr kommandierte Fortschritt zu Barbarei, so zeigt auch Psychologie ein anderes Gesicht; sie, die vom Lustprinzip nicht lassen will, wird zum Vorboten einer anderen Vernunft, die nicht mehr im Dienst bloßer Selbsterhaltung steht" (Helmut Dahmer).

Wenn heute, unter dem intellektuell-modischen Einfluß von zum Teil höchst dubiosen und obskurantistischen Strömungen, die "Entdeckung des Individuums" und seiner subjektiven Bedürfnisse gefeiert wird; wenn man heute, Foucault und Glucksmann in der Tasche, Rationalität schlechthin als unterdrückerisch verdammt – dann sollte man freilich nicht vergessen, welchen Anteil Marcuses Denken an der Rehabilitierung des Subjekts und an der Kritik der herrschenden Vernunft hat.

Im Gegensatz aber zu jenem flotten und marktgängigen Obskurantentum (dessen theoretische Ahnungslosigkeit sich am schlagendsten in seiner totalen Ignoranz gegenüber älteren Theorien zeigt) hat Marcuse immer der freiwilligen Preisgabe der Vernunft widerstanden; auch da noch, wo er zutiefst skeptisch die Grenzen der Vernunft erkannte, hat er auf ihrer Brauchbarkeit, ja Unverzichtbarkeit als Instrument gesellschaftlicher Veränderung beharrt. Für ihn gab und gibt es die Einheit von theoretischer Anstrengung und praktischem Veränderungswillen, von "Vernunft und Revolution". Das trennt Marcuse von den Propheten der rohen Unmittelbarkeit, die ihr privates Heil in kom-

Herbert Marcuse

Schriften 1. Der deutsche Künstlerroman. Frühe Aufsätze

Etwa 500 Seiten. Leinen. ca. DM 58,–
(erscheint im Juli 1978)

Der erste Band der *Schriften* Marcuses enthält neben seiner Dissertation über den deutschen Künstlerroman die vor seiner Emigration im Jahre 1933 entstandenen Arbeiten, die den ersten originellen Versuch eines *phänomenologisch*-gerichteten *Marxismus* darstellen. Diese Arbeiten nahmen Sartres und Merleau-Pontys politischen Existentialismus der Nachkriegsepoche ebenso vorweg wie die Konzeptionen der mit der jugoslawischen Zeitschrift »Praxis« verbundenen Philosophen.

In der »edition suhrkamp« erschienen:

Kultur und Gesellschaft 1	es 101,	DM 6,–
Kultur und Gesellschaft 2	es 135,	DM 4,50
Ideen zu einer kritischen Theorie der Gesellschaft	es 300,	DM 7,–
Versuch über die Befreiung	es 329,	DM 4,50
Konterrevolution und Revolte	es 591,	DM 6,–
Zeit-Messungen, Drei Vorträge und ein Interview	es 770,	DM 4,50
Gespräche mit Herbert Marcuse. (Arbeitstitel)	es 938,	ca. DM 6,–

Gesprächspartner u. a.:
Jürgen Habermas, Tilman Spengler, Silvia Bovenschen / Marianne Schuller, Bertold Rothschild, Theo Pinkus, Heinz Lubasz (Der Band erscheint im Juli 1978)

Suhrkamp

mandierter Promiskuität oder im Kartoffel- und Kaninchenzüchten einer Landkommune suchen.

Subjektivität und "Natur"

Die ungeschmälerte Aktualität Marcuses für die Linke heute besteht darin, daß er nicht aufgehört hat, die Frage nach den "subjektiven Bedingungen politischer und gesellschaftlicher Veränderung" immer wieder neu zu formulieren. Nicht zuletzt die Erfahrung, daß trotz der Veränderung der Produktionsverhältnisse in den Gesellschaften des real existierenden Sozialismus das "alte Subjekt" ungebrochen weiterexistiert und zum Hemmschuh emanzipativer Entwicklung geworden ist, hat bei Marcuse zu Überlegungen geführt, die am "subjektiven Faktor" als einem entscheidenden Moment sozialer Veränderung ansetzen.

Die vom traditionellen Marxismus ausgeklammerte Frage nach den subjektiven Voraussetzungen von revolutionärem (und konterrevolutionärem) Bewußtsein und Handeln ist für Marcuse insofern beunruhigend, als nachweisbar alle europäischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts, die im Zeichen sozialistischer Erneuerung der Gesellschaft standen, dank der ebenso abstrakten wie brutalen Negation von Subjektivität in Sackgassen gelandet sind. Die Sowjetunion ist das beste Beispiel einer in emanzipatorischer Hinsicht seit Jahrzehnten stagnierenden Gesellschaft. Marcuse erkannte sehr früh, daß eine soziale Emanzipationsbewegung, die die gleichsam "subgesellschaftliche Dimension" psychischer Konditionierung der Individuen unberücksichtigt läßt, in letzter Konsequenz auf die barbarischen Zustände hinsteuert, die sie doch beseitigen will.

Anders gesagt: Das Rätsel einer sozialistischen Revolution löst sich nicht dadurch auf, daß eine Reihe von Individuen (also: eine politische Avantgarde, ein harter revolutionärer Kern, eine Partei) bewußt und nach den Spielregeln des marxistischen Realitätsprinzips ein anderes, das kapitalistische Realitätsprinzip, außer Kraft setzt. Es bleibt, auch in der neuen Gesellschaft, das "Elend mit der Psyche", "die ganze alte Scheiße" (Marx) versteinerter und unterdrückter Triebschicksale, die ein reaktionäres, potentiell konterrevolutionäres Element gegen die neue Gesellschaft bilden.

Hinter diesen Überlegungen steht bei Marcuse ein Naturbegriff, der sich beim jungen Marx findet: Dort ist die Rede von einer "Resurrektion der Natur", von ihrer Wiederauferstehung aus der Asche ihrer industriekapitalistischen Zerstörung. Marcuse scheut sich nicht, die Utopie einer mit dem Menschen versöhnten Natur, die der Marxismus der Zweiten und Dritten Internationale zu Grabe getragen hat, zu aktualisieren: "Es zeigt sich, daß gerade die übertriebensten, 'eschatologischen' Konzeptionen der Marxschen Theorie am adäquatesten die gesellschaftlichen Tendenzen antizipieren ..." Wie adäquat diese Einschätzung ist, zeigt sich gegenwärtig an der Herausbildung eines massenhaften, wie immer politisch diffusen Bewußtseins, daß die sich immer schneller drehende Spirale von Naturbeherrschung und -zerstörung, von Produktivität und Verschwendung die Entwicklung der Gesellschaft an eine objektive Schranke getrieben hat, jenseits derer nur noch ein häßlicher Tod im kapitalistischen Müll zu erwarten ist.

Befreiung der Natur heißt bei Marcuse zugleich und vor allem: Befreiung der menschlichen Natur

New York 1969

Zur Verurteilung von Rudolf Bahro

Der Delegiertenrat des Sozialistischen Büros, der am Wochenende 1./2. Juli 1978 in Nürnberg tagte und dem Vertreter der lokalen SB-Gruppen, der Arbeitsfeld-, Betriebs- und Gewerkschafts- sowie Projektgruppen und der zentrale Arbeitsausschuß des SB angehören, hat folgende Erklärung beschlossen:

Rudolf Bahro ist von einem Gericht der DDR zu einer Freiheitsstrafe von acht Jahren verurteilt worden. Diese Nachricht hat uns in doppelter Weise empört: Hier wurden Menschen- und Freiheitsrechte rücksichtslos mit Füßen getreten und wurde dadurch, daß dies unter dem Anspruch von sozialistischer Politik erfolgte, der Kampf von Sozialisten und Kommunisten in der ganzen Welt um eine humanere Gesellschaft diskreditiert. Wir verlangen die sofortige Aufhebung des Urteils und die Freilassung von Rudolf Bahro.

Rudolf Bahros Buch "Die Alternative" sehen wir als bedeutenden Versuch einer radikalen marxistischen Kritik an der bürokratischen Herrschaft. Bahro zeigt, daß die politische Unterdrückung in den Gesellschaften des Ostblockes ihre Wurzeln in der Beibehaltung und Festschreibung der Arbeitsteilung und der damit zusammenhängenden Herrschaft der Bürokratie über die arbeitende Bevölkerung hat. Seine "Alternative" will zeigen, wie Herrschaft und ihre Grundlagen durch eine an menschlicher Selbstentfaltung orientierte Ökonomie zu überwinden sind.

Rudolf Bahro wurde nach der Veröffentlichung seiner Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit in der DDR verhaftet. Der Kern des Vorwurfes gegen ihn ist, daß er die "Geheimnisse" dieser Gesellschaft, nämlich ihre wirkliche Struktur, "verraten" habe. Das Anliegen von Sozialisten ist es, eine Gesellschaft zu schaffen, in der die Menschen nicht länger ohnmächtige Objekte bleiben, sondern ihren Lebens- und Arbeitsprozeß selbst verändern und bestimmen. Hieran halten wir gemeinsam mit Rudolf Bahro unbeirrt fest. Nur durch eine radikale Kritik der bestehenden Verhältnisse können die Ansätze für eine emanzipative soziale und politische Entwicklung freigesetzt werden. Diese Forderung nach radikaler Offenlegung gesellschaftlicher Wirklichkeit richtet sich aber nicht allein gegen die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft, sondern auch gegen alle nicht-kapitalistischen Gesellschaften, so also auch gegen die Gesellschaft der DDR.

Die Ausweitung von Demokratie und Freiheitsrechten, wie sie von der sozialistischen Opposition in Ost und West gefordert wird, bedroht freilich nicht nur in der bürgerlichen Gesellschaft, sondern auch in der bürokratischen die Vorrangstellung und die Privilegien der jeweils herrschenden Klassen und Schichten. Deshalb versuchen sie, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der Repression, mit staatlicher Gewalt, sozialer Ausgrenzung und ideologischer Diffamierung solche Kritik zu unterbinden. Sowohl das Urteil gegen Rudolf Bahro ist ein solcher Versuch, wie in der Bundesrepublik die Anwendung von Radikalenerlaß, politischer Zensur, Maßnahmen des Verfassungsschutzes etc.

Doch diese Versuche der herrschenden Kräfte signalisieren auch ihre Unfähigkeit, die bestehenden gesellschaftlichen Widersprüche zu verarbeiten und produktiv zu lösen. Biermann mögen sie ausweisen, Bahro einkerkern, Mandel nicht einreisen lassen, fortschrittliche Arbeiter aus Betrieben werfen, Lehrer vom Schuldienst fernhalten: die Kritik der Biermänner und Bahros bekommt durch die gesellschaftlichen Widersprüche immer wieder neuen Antrieb.

dpa

Die Verfolgung politischer Kritiker und Gegner kann wie das Urteil gegen Rudolf Bahro demokratische Ansprüche und radikale Kritik in diesen Ländern nicht abschrecken. Wir als Sozialisten müssen dazu beitragen, daß daraus ein Aufbruchssignal zur Veränderung in sozialistischer Zielrichtung wird. Für uns stellt sich damit die Aufgabe – übrigens ganz im Gegensatz zur DKP, die sich an der Hatz gegen Bahro und andere beteiligt –, die Genossen auch in den bürokratischen Gesellschaften politisch und materiell zu unterstützen.

Wir, die Delegierten des Sozialistischen Büros, sehen uns in dieser Verpflichtung. Wir haben deshalb folgendes beschlossen:

- Wir werden an dem für Herbst 1978 in Westberlin geplanten Kongreß zur Offenlegung der gesellschaftlichen Hintergründe der Verurteilung Bahros mitarbeiten.
- Wir werden Seminare und Arbeitstagungen mit dieser Zielsetzung vorbereiten und in den nächsten Monaten verwirklichen.
- Wir rufen auf zu materiellen Spenden und richten dafür das Konto "Solidarität mit der sozialistischen Opposition in den osteuropäischen Ländern" ein (Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach, Nr. 174132 6314).

Mit einem Wort: wir wollen am Beispiel Rudolf Bahro die internationale Zusammenarbeit der Sozialisten vorantreiben, nicht nur um Bahros Freilassung zu erreichen, sondern auch, um Freiheit für sozialistische Arbeit zu sichern!

SOZIALISTISCHES BÜRO – DELEGIERTENRAT

von den Zwängen verinnerlichter sozialer Normen, die durch die gesellschaftlichen Institutionen (Familie, Schule, Fabrik, Büro) vermittelt und mit mehr oder minder subtilen Repressionsinstrumenten aufrecht erhalten werden. Marcuse sieht freilich, daß der Zwang den Individuen nicht nur von außen, das heißt von den eigens dazu installierten Unterdrückungsapparaten (Polizei, Verfassungsschutz etc.), angetan wird, sondern daß er immer mehr zum Selbstzwang, zur freiwilligen Unterwerfung unter die Bedürfnisse sozialer Kontrolle geworden ist. Um diesen Zwang zu brechen, plädiert Marcuse nicht nur für die Herausbildung eines "differenten Bewußtseins" (das wäre der Weg traditioneller linker Politik), sondern auch einer "differenten Triebstruktur".

Hier wird es schwierig, da Marcuse selber kein Mittel weiß, wie eine solche "radikale Umwertung der Werte" zu bewerkstelligen sei. Diese Ratlosigkeit teilt er mit jener Linken, die weder dem alten linken Organisationskonzept vertraut noch dem spontaneistischen Rückzug auf die subjektive Bedürftigkeit. Ob Marcuses Vorstellung von einer "diffusen Desintegration", von einem zunächst richtungslosen Ausbrechen aus dem System äußerer und verinnerlichter Zwänge nicht doch zu sehr die spontaneistische Alternative (um den Preis politisch-organisatorischer Ineffektivität) favorisiert, sei dahingestellt.

Widersprüche

Wenn es stimmt, daß die psychische Zurichtung der Individuen "nicht einfach auf das Schuldkonto der bürgerlichen Gesellschaft zu setzen" ist, daß subalternes Bewußtsein und Verhalten, die Bereitschaft zu Unterwerfung auch in der neuen Gesellschaft massenhaft fortbestehen, wie Bahros Anatomie des real existierenden Sozialismus gezeigt hat – dann wird Marcuses Insistieren auf der politischen Bedeutung von Psychologie für die Linke verständlich: "Nur die Auslösung verdrängter und unterdrückter Impulse kann das etablierte System der Bedürfnisse in den Individuen erschüttern und für die Bedürfnisse der Freiheit physiologisch und psychologisch Raum schaffen." Die physiologische und psychologische Basis für eine nicht mehr subalterne Subjektivität wäre innerhalb der sozialen Emanzipationsbewegung die kompromißlose Zulassung autonomer Erfahrung und Selbsterfahrung individueller wie gesellschaftlicher Widersprüche, das Austragen und Aushalten gegensätzlicher Ansprüche, wie sie in den sich wechselseitig ausschließenden Wünschen nach Zärtlichkeit, Passivität, "sein, sonst nichts" einerseits, nach tätig-rationaler Abarbeitung an den objektiven Verhältnissen andererseits zum Ausdruck kommen.

Die politisch-organisatorischen Formen, in denen sich eine solche Subjektivität entfalten könnte, sind bisher nicht oder noch kaum in Sicht. Möglicherweise müßten linke Organisationsstrukturen, die der Gefahr hierarchischer und arbeitsteiliger Verdinglichung entgehen wollen, offen sein für die, wie Marcuse es nennt, "Ingression erotischer Energien": "Arbeitsenergie wird zur Lustenergie". Ein derartiges Unterlaufen kapitalistisch eingeübter Arbeitsmoral, die die Trennung von Lust und Leistung festgeschrieben hat, ist allerdings solange Zukunftsmusik, wie die Linke (aus sehr einsehbaren und pragmatischen Gründen) diese Aufsplitterung selber immer wieder praktiziert: Politisch effektive Arbeit verlangt ein notwendiges Maß an Disziplin und Selbstdisziplin. Aus diesem Zirkel weist auch Marcuse keinen Weg. Aber er stellt Fragen.

Die Konzeption der sozialistischen Transformation der Gesellschaft als eine Angelegenheit von professionellen Revolutionären hat Marcuse zunehmend strikt abgelehnt. Er hat diese Rolle, die des Spezialisten für Revolution, für sich selber ebenso wenig akzeptiert. In der kalkulierten Rationalität, mit der Berufsrevolutionäre ihre Arbeit tun, sah er den Vorboten künftigen Terrors, der revolutionäres Mittel und revolutionären Zweck auseinanderreißt: "Die Ethik der Revolution, wenn es etwas Derartiges gibt, wird sich ... im Einklang nicht mit absoluten, sondern historischen Maßstäben befinden. Sie machen jene allgemeinen Normen nicht ungültig, in denen Erfordernisse des Fortschritts der Menschheit zur Humanität sich aussprechen. Ganz gleich, wie rational man revolutionäre Mittel im Hinblick auf die mögliche Chance rechtfertigen mag, Freiheit und Glück für künftige Generationen zu erreichen und dabei die Verletzung bestehender Rechte und Freiheiten und selbst des Lebens beansprucht, es gibt Formen der Gewalt und Unterdrükkung, die keine revolutionäre Situation rechtfertigen kann, weil sie gerade den Zweck negieren, wofür die Revolution ein Mittel ist."

Daß Marcuse an der Sittlichkeit des politischen Kampfes, an der revolutionären Moralität – gewiß immer unter Berücksichtigung des historischen und gesellschaftlichen Kontexts – festgehalten hat, hat ihn davor bewahrt, den sozialen Klassenkampf als gnadenlosen Krieg oder als militärische Operation im Sinne der westeuropäischen Stadtguerilla zu deuten. Seine Verurteilung des von der RAF praktizierten individuellen Terrors ist deshalb konsequent. Freilich hat Marcuse selber auch einen möglichen Gegeneinwand formuliert: "Die bürgerliche Gesellschaft hat sich nie darum gekümmert, ob ihr Unschuldige zum Opfer gefallen sind oder nicht. Aber wenn es sich um den Sozialismus handelt, wird man auf einmal moralisch."

Es macht die intellektuelle und moralische Unbestechlichkeit Marcuses aus, daß er trotz dieses nicht bloß rhetorischen Einwands jeden revolutionären Pragmatismus, der kalt die Opfer der anderen gegen seine eigenen aufrechnet, verwirft. In dieser Hinsicht hat sich Herbert Marcuse etwas genuin Naives, ja Kindliches bewahrt: Der Verzicht auf Rache, die Fähigkeit, vergessen zu können, was einem selber vom anderen zugefügt worden ist, die Suspendierung des wölfischen Gesetzes "Auge um Auge, Zahn um Zahn" – dies ist ein Stück realer Antizipation von Freiheit.

HANS-MARTIN LOHMANN

Vietnam zwischen den Großmächten

Als die Vertreter der Länder des 'Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe' (RGW) zu ihrer jüngsten Sitzung zusammentraten, wurden allem Anschein nach die meisten von ihnen von dem Antrag der Sozialistischen Republik Vietnam (SRV) überrascht, sofort als Vollmitglied dieser Wirtschaftsorganisation des Ostblocks aufgenommen zu werden. Die Entscheidung zugunsten des Antrages fiel schnell. Der Widerhall darauf aus Ostasien ließ nur wenige Tage auf sich warten. Am 3. Juli erklärte die Volksrepublik China, daß sie die Wirtschafts- und technische Hilfe für Vietnam einstelle und ihre Techniker zur Rückkehr auffordere. Wer wurde durch diesen drastischen Schritt nicht an 1960 erinnert, als die Sowjets mit katastrophalen Folgen für die Ökonomie Rotchinas in gleicher Weise handelten? Doch die Analogie trügt. Damals wollte die Sowjetunion China durch eine Drohgeste in Abhängigkeit halten. Chinas Strukturen sollten weiterhin durch die Orientierung an der Sowjetunion bestimmt bleiben. China hat damals die Herausforderung angenommen und einen eigenen Entwicklungsweg eingeschlagen. Heute geht es darum, daß China seinerseits einem anderen Land, nämlich Vietnam, droht, es in einer kritischen Phase der Entwicklung von wichtigen Hilfeleistungen abzuschneiden. Aber diesmal handelt es sich um ein Land, das aus vielerlei Gründen den alternativen Entwicklungsweg nicht allein in den eigenen Kräften sucht, sondern sich an eine andere Großmacht, die Sowjetunion, nur umso stärker anlehnt.

Vietnam 1968. Und heute? dpa

Beiden überraschenden Ereignissen waren in der Tonlage sich steigernde Konflikte vorausgegangen. Da ging es um die angebliche Vertreibung der Hoas (Vietnamesen chinesischer Herkunft) und die Modalitäten ihrer Aufnahme durch die Volksrepublik, über die man sich scheinbar aus formalen Gründen, die hier nicht interessieren, nicht einigen konnte. Der Hintergrund dieses Konfliktes hat zwei Gesichter. Für Vietnam erwies sich das Handels- und Händlerpotential, das sich vor allem, aber nicht nur, im alten Saigoner Chinesenviertel Cholon angesammelt hatte und welches als paralleler ökonomischer Verteilungsapparat den staatlichen in Frage stellte, als gefährlich für Planung und Moral, so daß Hanoi das Wirken dieses privaten Handelskapitals beendigen wollte. Da Handel die Reproduktionsbasis von vielen hunderttausend Hoas war, die im Süden seit 1956 vietnamesische Staatsbürger sind, ging die Auseinandersetzung hierum und um ihre Orientierung auf die dringend notwendige, aber schwere Landarbeit in den neuen Siedlungsgebieten nicht ohne Gewalt (wenn auch anscheinend nur in geringem Ausmaß) ab.

Für die VR China hat dieser Konflikt andere Hintergründe. Die großen Kolonien von Chinesen im Ausland stellen für ihre pragmatisch an "nationalen" Interessen orientierte Außenpolitik – von sozialistischer internationaler Solidarität kann spätestens seit Angola wohl nicht mehr die Rede sein – einen wichtigen Aktivposten dar, wenn es darum geht, ökonomische und politische Ziele zu verwirklichen. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß sich die im Ausland lebenden Chinesen Vorteile und Schutz von der Volksrepublik versprechen können. Die Gesten der Unterstützung für die Hoas und die Entsendung von Schiffen für die Ausreisewilligen tragen sicher auch solchen Erwartungen Rechnung. Zum anderen aber wird der Konflikt um die Hoas zur Rechtfertigung des offenen Bruchs mit Vietnam genützt, ohne daß dabei der wirkliche Grund hierfür genannt werden muß. So wie der Grenzstreit zwischen Kampuchea und Vietnam (vgl. "links" April 1978) von chinesischer wie von sowjetischer Seite für jeweils eigene Zwecke instrumentalisiert werden kann, so wird auch dieser Konflikt zum Mittel, anhand dessen tiefer reichende Differenzen ausgetragen werden. Freilich kann auch die

Auseinandersetzung um die Hoas ihr eigenes Gewicht bekommen, aber auch dann bleiben die Ursachen für eine so grundsätzliche Verschlechterung der Beziehungen beider Staaten zu erklären. Hierzu bedarf es eines Blickes auf die vietnamesische Geschichte und einer Beleuchtung der sozioökonomischen Probleme, vor denen das Land heute steht.

Seit den 50er Jahren bestand eine Konstante der vietnamesischen Politik darin, den Bruch zwischen UdSSR und China für sich nicht anzuerkennen und stattdessen nach guten Beziehungen zu beiden Seiten zu streben. Ho Tschi Minh hat diese Politik unter Einsetzung seiner ganzen Autorität vertreten. Sie wurde auch von der kollektiven Führung nach seinem Tode beibehalten. Diese Politik zielte sehr realistisch auf die Erhaltung der Unterstützung aller 'sozialistischen' Staaten und die Sicherung der eigenen Unabhängigkeit. Solange die Befreiungsbewegung gegen die USA und seine Stellvertreter in Saigon kämpfte, unterlagen auch UdSSR und China einem Zwang, ihre eigenen Differenzen möglichst wenig die Unterstützung Vietnams behindern zu lassen. Wer dort ausbrach, mußte sich in den Augen der revolutionären Bewegungen der armen Welt disqualifizieren.

Trotzdem war keine der beiden Großmächte bereit, deshalb ihre politischen Ziele grundsätzlich zu verändern oder zurückzustellen. So hat China nicht darauf verzichtet, Nixon im Frühjahr 1972 in Peking einen freundlichen Empfang zu bereiten, während die US-Luftwaffe versuchte, Vietnam in die Steinzeit zurück zu bombardieren. Damals wurde für die Vietnamesen ein schockierendes Signal gesetzt. Die vermeintlichen chinesischen Sicherheitsinteressen würden auch vor einem Pakt mit dem Erzfeind der vietnamesischen Befreiung nicht halt machen. Nach dem Fall Saigons brauchten beide Großmächte keine Rücksicht mehr auf Vietnam zu nehmen. Mit der Verschärfung ihres Konfliktes mußte Neutralität zwischen ihnen zunehmend schwieriger werden.

Die ökonomischen Probleme, vor denen die Sieger über Saigon standen, können wohl kaum unterschätzt werden. Landwirtschaft, Industrie und Infrastruktur waren von den amerikanischen Bomben in Nord und Süd zerstört, die sozialen Strukturen durch Umsiedlungen und Flüchtlingsströme zerrissen. In den großen Städten des Südens war der Lebensstandard bis zum Ende durch die einfließenden US-Dollar weitgehend gestützt worden. Ihr Ausbleiben mußte notwendig zur Verschlechterung der materiellen Versorgung führen. Die Beseitigung der Kriegsschäden, die Wiederherstellung der Infrastruktur, der unerläßliche Aufbau von Grundindustrien ließen keinen raschen Aufschwung und Ausgleich zu. Schwerstarbeit unter schwierigsten Bedingungen stand auf der Tagesordnung. Der langsame Abbau des riesigen Wasserkopfes Saigon aber zeigte, wie schwer die Umstellung von der Versorgung aufgrund amerikanischer Gelder zur Reproduktion über eigene Produktion war. In dieser verzweifelten Situation setzte Vietnam auf eine forcierte wirtschaftliche Entwicklung, und zwar nicht nur im Sinne des Ausbaues der Landwirtschaft mit den dazugehörigen Produktionsmittelindustrien, sondern auch mit dem Ziel der Errichtung einer Industrie auf hohem technologischen Niveau. Dies konnte aber nur gelingen, wenn vom Ausland erhebliche Unterstützung gewährt werden würde.

Hoffnungen auf amerikanische Reparationsleistungen mußten schnell in den Wind geschrieben werden. Andere westliche Kredite, vor allem aus Frankreich und Japan, waren nicht mehr als Tropfen auf heißem Stein. Wer konnte helfen? Ein Blick auf Globalstatistiken zeigt, daß die "sozialistischen" Entwicklungsländer einschließlich China nur etwas mehr als 1/5 des Bruttosozialproduktes der RGW-Staaten erzeugen. Stellt man die Rechnung je Kopf der Bevölkerung auf, so ist es sogar nur ca. 1/12. Diese Zahlen beleuchten schlaglichtartig die Situation. China, das unter der neuen Führungsspitze selbst zu forcierter Industrialisierung – koste es an demokratischen Entwicklungsmöglichkeiten, was es wolle – angetreten ist, kann die vietnamesischen Industrialisierungspläne nicht ausreichend unterstützen. Hieran liegt es, daß sich zumindest seit 1975 die Beziehungen Vietnams zur UdSSR erheblich intensiviert haben. Dieser grundsätzliche Zusammenhang ist auch Peking bewußt. Mag auch das massive Eintreten Pekings für Phnom Penh im Grenzkonflikt zwischen Kampuchea und Vietnam noch als Warnung für Hanoi verstanden werden, so war es doch unter so grundsätzlich festliegenden Bedingungen in Wirklichkeit nur das Vorspiel für den Bruch mit Vietnam, der dann am beide Länder unmittelbar berührenden Problem der Hoas vollzogen wurde. Ironischerweise muß Peking nun mit Phnom Penh paktieren, das mit seiner egalitären Radikalität, wenn auch nicht mit seiner blutigen Brutalität, der geschmähten 'Viererbande' viel nähersteht als dem chinesischen Führungskurs, während die Industrialisierungspolitik Hanois, das schon in den Tagen der 'hundert Blumen' Schwierigkeiten mit der chinesischen Kulturrevolution hatte, sich so grundsätzlich nicht von der Pekings unterscheidet. Die Tragik liegt darin, daß Vietnam aufgrund des großen Schismas zwischen China und der UdSSR und aufgrund seiner Entscheidung für die forcierte Industrialisierung sich nun in eine äußere Abhängigkeit begibt, die es in seinem langen Befreiungskampf vermeiden konnte, eine Abhängigkeit, deren weitreichende Auswirkungen gar nicht unterschätzt werden können. Zwar verstärkt Vietnam im RGW sicherlich die Front der Staaten, die sich gegen Moskaus integrativen Kurs in Richtung auf 'sozialistische' Arbeitsteilung, die hier ungleiche Arbeitsteilung bedeutet, wehren. Trotzdem wird seine Leine kurz sein. Die Entscheidung für forcierte Industrialisierung mit ausländischer Technologie bedeutet deshalb auch die Gefahr bürokratischer Deformation und der Verschüttung von Ansätzen zu demokratisierenden und sozialistischen Perspektiven.

Sehr direkte Auswirkungen ergeben sich aber bereits jetzt. Unter dem Druck der chinesischen Großmacht und des feindlichen Kampuchea wird Rüstung weiterhin Priorität behalten. Sie wird große Beträge von produktiven Investitionen abzweigen und somit Abhängigkeit verstärken und Entwicklung behindern. Schon jetzt mußten viele vietnamesische Divisionen, die noch vor kurzem als Arbeitseinheiten wichtige infrastrukturelle Arbeiten verrichteten, an die Grenzen zu Kampuchea und China verlegt werden. So wird erkennbar: Die Kosten der forcierten Industrialisierung des Landes sind hoch. Abhängigkeit, unproduktive Verwendung von Produktivkräften und sozio-ökonomische Deformation können die Folge sein. Das den Kampf Vietnams lange Zeit charakterisierende Bauen auf die eigenen Kräfte gerät in Gefahr, zwischen die Mühlsteine der strategischen Interessen der Großmächte UdSSR und China zu gelangen.

ANDREAS BURO/GÜNTER DILL

Tourismus – "Die kostbarsten Wochen des Jahres"

Wir haben begonnen, neben der "großen Politik" (ehedem allein als Politik verstanden) unseren Alltag, Probleme von Studium und Beruf, unser Zusammenleben in Familie, Wohngemeinschaft als veränderbar zu begreifen und zu diskutieren; kaum jedoch Urlaub, Ferien: Raus aus dem Einerlei, andere Leute sehen, Landschaft und Sonne, ausspannen – scheinen selbstverständliche Urlaubsperspektiven zu sein.

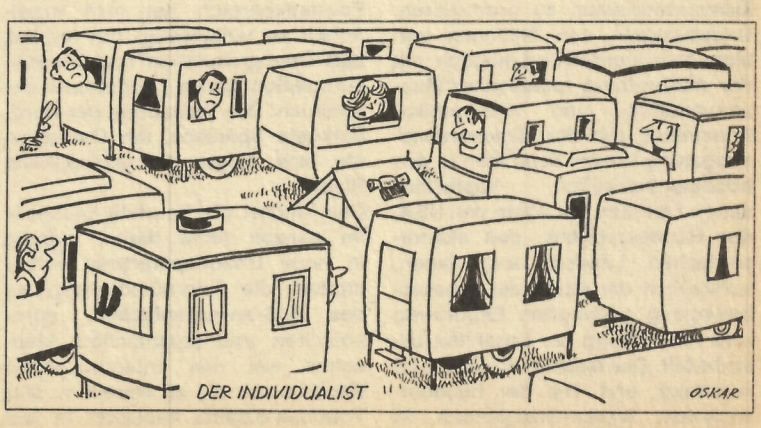
Doch – gib's zu – manchmal kommt in einem, sei es als Autoreisender, als Tramper oder als Pauschaltourist, ein seltsames Gefühl auf: Plötzlich mit Touristenblick (Sehenswürdigkeiten, Hotel- und Essenspreise, Landschaft) devisenstreuend durch die Lande zu ziehen, umworbenes Objekt der Touristik-Unternehmen, immer irgendwie Fremdkörper im Alltag der Stadt ...

Anfang Juli veranstaltete die Nürberger SB-Gruppe eine Diskussion zum Thema "Massentourismus" (Referent Gerhard Armanski), wobei Ursachen und Formen des herrschenden Tourismus, vor allem aber mögliche Alternativen heiß diskutiert wurden. Die in dieser Diskussion entwickelten Gedanken – die vielleicht auch Anstoß zu Diskussionen in anderen Regionen sein können – sind Grundlage dieses Artikels.

Zunächst mal ein bißchen Geschichte. Mancher mag die Nomaden als die ersten Massentouristen begreifen – wir nicht. Auch in der Antike – in der angeblich alles schon einmal da war – gab es keinen Tourismus im heutigen Sinne, genausowenig im Mittelalter. Weites Herumfahren zum Kennenlernen fremder Länder, zur Bildung und zum Zeitvertreib war vielmehr bis in unser Jahrhundert hinein immer privilegierten Schichten vorbehalten. Im bürgerlichen Zeitalter ist hier die "Grand Tour", die große Bildungsreise sowie die Bäder- und Kurreise charakteristisch. Die kleinen Leute kamen nur in Ausnahmefällen in der Welt herum, im Zusammenhang mit (teilweise religiös motivierten) Kriegen, im Rahmen von Handel und Seefahrt oder zu ihrer handwerklichen Ausbildung ("Gesellenherrlichkeit") – alles ganz und gar kein erholsamer Tourismus, sondern in der Regel harte Strapazen.

Erst im 20. Jahrhundert bildete sich der heutige Massentourismus heraus; dabei kam es nach den faschistischen "Kraft-durch-Freude"-Verschickungen in den fünfziger und sechziger Jahren zum eigentlichen Durchbruch: Heute fährt über die Hälfte der Bevölkerung der Bundesrepublik zumindest einmal im Jahr in Urlaub. Allerdings kann sich noch beileibe nicht jeder Urlaub im Ausland leisten: Ungefähr acht Millionen Menschen in der BRD sind noch nie dazu gekommen.

Die Ursachen der Entwicklung zum



Massentourismus spürt jeder am eigenen Leib: Die Intensität der Arbeit und die Gehetztheit unseres Lebens haben einen derartigen Grad angenommen, daß nur mehr regelmäßiges Abschalten, Abspannen retten kann. Als dichteste Form gesundheitlich-psychischer Reproduktion gewinnt der Urlaub deshalb eine noch nie dagewesene Bedeutung. Lärm, schlechte Luft, schlechtes Wasser, ja Verlust an Licht und Sonne machen dabei Erholung innerhalb und im Umkreis der größeren Städte immer unmöglicher. So bleibt nur die sommerliche bzw. winterliche Flucht in die "Urlaubsparadiese". Wichtiger aber noch ist die Öde des Arbeitsprozesses, das Eingespanntsein in einen nicht durchbrechbaren arbeitsteiligen Arbeits- und Lebensablauf, die Entfremdung der Arbeit wie die gegenseitige Entfremdung der Menschen, Isolierung, Vereinzelung – ist die technisch-gesellschaftliche Entwicklung, die sich als psychischer Dauerdruck auf uns legt. "Endlich raus!", unsere Urlaubsträume spiegeln überdeutlich unsere wirkliche Situation wider; sie zeigen aber auch, daß wir uns und unsere Bedürfnisse zu leben, noch nicht aufgegeben haben. Die Vorstellung vom "anderen"Leben ist noch nicht verloren, sondern nur zum Traum, zur verdinglichten Urlaubsphantasie geworden: Frei zu sein von Zwängen der Technik, von Leistungsdruck, von Chefs und Zwang zur Unterordnung, das Leben selbstbestimmt zu leben, sich und andere zu er-leben, sich als Individuum – und dazu gehören auch Anerkennung, Austausch mit Anderen – entfalten, Gefühl, Sexualität ausleben zu können.

Die Not, die aus der technisch-gesellschaftlichen Entwicklung resultiert, mußte freilich erst mit Bedingungen der Möglichkeit zusammenkommen, um den heutigen Massentourismus zu produzieren. Urlaubsreisen von Millionen von Menschen wurden erst möglich mit der Ausbreitung technischer Massenverkehrs- und Kommunikationsmittel, mit der Einkommenssteigerung breiter Schichten in den höchstentwickelten kapitalistischen Ländern, vor allem den USA, der Bundesrepublik, den skandinavischen Ländern und Japan, schließlich der durch die Arbeiterbewegung erkämpften Einführung und Ausweitung der bezahlten Urlaubszeit. Der Massentourismus ist Ausdruck und Teil der hochentwickelten Waren-Gesellschaft. In ihm spiegelt sich der Waren-Charakter wie der Kapitalcharakter unserer Gesellschaft: Erholung und Reisen sind eine entwickelte, spezialisierte, uniformierte, zu tauschende Ware (Farbfernsehgerät oder 10 Tage Mallorca – das ist hier die Frage). Sie hat Massen-Charakter; Tourismus ist heute Massen-Tourismus. Das heißt: Ansammlung, Ballung von Menschen an bestimmten Orten, Routen, Vielzahl der Beteiligten; dann aber auch: Untergehen des Einzelnen in dieser Vielzahl, ausgeliefert sein dem großen Zug; schließlich: Auflösung organischer Gruppenzusammenhänge in der Masse, Bindungslosigkeit, Beliebigkeit.

Touristen sind unverkennbar. Sie sind nicht nur fremd; sie sind Fremdkörper, ohne feste Bindung, unsicher; zur – sei es noch so kleinen – Masse geworden, umso aufdringlicher, nicht selten gröhlend, vergeblich Lebenslust und Selbstsicherheit demonstrierend. Ein Tourist trägt sich selbst spazieren, ohne sich mit seinen Bedürfnissen wirklich einbringen zu können; sein Kontakt mit der ihm vorgesetzten Kultur, mit den ihn umgebenden Menschen, seien sie einheimisch, seien sie ebenfalls Touristen, bleibt oberflächlich, flüchtig; er reist in einer ideologischen und kulturellen Blase, sieht das Land, die Menschen mit dem Blick des Touristen: Alles vergleichend, sei es noch so unvergleichlich, flüchtig streifend in der Gewißheit, noch viel zu sehen, auf das beschränkt, was sich rechts und links am Wege bietet, was man eben so zu sehen hat: Sehenswürdigkeiten, Kirche, Strand bis Marktplatz, Landschaft ... – vorausgesetzt, er will überhaupt etwas sehen, will sich nicht darauf beschränken, sein Heim naturgetreu nur andernorts aufzuschlagen.

Tourismus ist nicht nur Ware, sondern auch Kapitalgegenstand. Der Touristikbereich hat sich inzwischen so vollgesaugt mit Kapital, daß Überspekulation und Überakkumulation ganze Landstriche bestimmen: Der Verbauung der Nordostküste Spaniens, der Ostseeküste usw. folgte die massenhafte Pleite.

Das hindert die Touristik-Industrie im ganzen nicht daran, ständig in neue Urlaubsparadiese vorzustoßen, die Reproduktionssphäre des (US-amerikanischen, europäischen und japanischen) Menschen wie des entsprechenden Kapitals ständig zu erweitern. Das Touristik-Kapital impliziert in fast schon bildlich klarer Weise die Aggressivität und innere Widersprüchlichkeit kapitalistischer Reproduktion: Es hat sich in den letzten Jahrzehnten riesige Landstriche unterworfen, zerstört und nach seinen Vorstellungen wieder aufgebaut. Genau durch diesen Prozeß aber entzieht es sich zunehmend seine eigenen Grundlagen: Wer aus der Stadt flieht, will nicht wieder in Betonburgen eingeschlossen wohnen; Zerstörung von Landschaft und Ursprünglichkeit wird nur bis zum gewissen Grad hingenommen, beginnt der Profitabilität zu schaden.

Der Urlaubstraum, der vielen allein noch die Wirklichkeit des Alltags erträglich erscheinen läßt, kann sich daher immer weniger – in der Form des herkömmlichen Urlaubs – verwirklichen. Im Wettlauf mit dem Touristik-Kapital bzw. der Masse der Touristen kann der eine oder andere noch ein Stück Unberührtheit auftun, Träume verwirklichen, die große Überzahl nicht. Der Unmut über bittere Enttäuschungen in den kostbarsten Wochen des Jahres bricht denn auch in den letzten Jahren immer mehr hervor, ist vom Aufmucken Einzelner zum – bereits wieder vermarkteten – frühherbstlichen Volkszorn gewachsen.

Ganz so wie früher geht es nicht mehr. Die Touristik-Unternehmen müssen angesichts der scharfen Konkurrenz und Zentralisationsbewegung des Touristik-Kapitals darauf sehen, Bedürfnisse ihrer Kunden herauszufinden und (in möglichst leicht verwertbarer Form) zu befriedigen: "Aktivurlaub", "Kontakt-Urlaub" für Alleinstehende, insbesondere für ältere Menschen, "Abenteuer"-Urlaub und anderes sind Reaktionen auf diese Kritik.

Was ist unsere Reaktion, die wir glauben, nicht durch Kapital und Massen-Bewegung bestimmt unseren Urlaub zu gestalten?

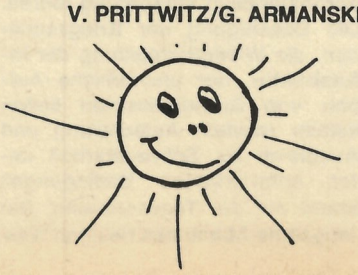
Wir spiegeln die Widersprüchlichkeit des Massentourismus nur intensiviert wider: Wir fliehen nicht nur aus dem Alltag, wir fliehen auch noch vor dem Massentourismus her, an noch verborgene Plätze, billige Übernachtungsmöglichkeiten, dorthin, "wo man noch mit den Leuten sprechen kann". Allerdings: Wenn viele nach ähnlichen Kriterien versuchen, den üblichen Touristenpfaden zu entgehen, individuellen Urlaub zu organisieren, kreieren sie damit Touristenpfade neuen Typs, werden sie unweigerlich Teil dessen, wovor sie fliehen: der touristischen Dampfwalze. Bis zum gewissen Grad sind wir – indem wir die Wünsche jedes Touristen nur etwas lockerer, flexibler, geschickter umzusetzen versuchen – geradezu Vorreiter des Massentourismus: Wer glaubt, er habe mit dem allgemeinen touristischen Rummel nichts zu tun, betrügt sich selber.

Wir sind, gleich wie alle anderen, auf der Flucht vor der Wirklichkeit, projizieren unsere Träume ähnlich, wenn auch vielleicht nicht so ausschließlich, auf die Urlaubszeit. Wir sind mit derselben Begrenztheit der Urlaubsillusion konfrontiert wie alle anderen, werden genauso auf die gegebene Wirklichkeit zurückgeworfen.

Es heißt, die Illusion zu zerbrechen, um den Inhalt des Traums zu gewinnen: Urlaub im herkömmlichen Sinn ist herausdestillierte Zeit ausschließlicher Erholung, ausschließlicher Konsumtion. In dieser Ausschließlichkeit liegt eine fatale Beschränkung. Denn wirkliches Erleben umschließt die Ganzheit des Menschen im Zusammenhang von Produktion und Reproduktion, von Anspannung und Ruhe, von körperlicher und geistiger Beschäftigung wie gefühlsmäßigem Engagement. Eine Alternative wäre, die Beschränktheit des Urlaubs aufzuheben, sich ganz einzubringen und zu versuchen, Menschen in ihrem wirklichen Leben kennenzulernen. Vertrautmachen mit der Sprache, der Geschichte, der Lebenskultur, der gesellschaftlichen und politischen Strukturen eines Landes, Menschen, Gruppen besser kennenzulernen, unter Umständen in einem anderen Land zu leben, statt es als Tourist flüchtig zu durchreisen, könnten Schritte dazu sein.

Urlaub als Zeit ausschließlicher Reproduktion ist das Komplement zur Zeit ausschließlicher Produktion ohne Selbstentfaltung und Traum. Warum versuchen wir nicht, unsere Bedürfnisse, unsere Sehnsüchte mit ähnlicher Konsequenz wie im Urlaub in unseren Alltag einzubringen? Warum bleibt der Traum dem Urlaub vorenthalten?

V. PRITTWITZ/G. ARMANSKI



Jeder macht sich verdächtig

Als ob mit dem Rücktritt Maihofers eine Affäre aus der Welt geschafft wäre; es geht um keine Affäre. Als ob es sich darum handelte, übereifrige Beamte im Staats- und Grenzschutz zurückzurufen; gerade sie beginnen, gegen für sie unsinnige Anweisungen zu protestieren. Als ob es darum ginge, bloß irgendein Gewirr von Verordnungen und Anweisungen zu systematisieren, damit rechtsstaatlichere Verhältnisse einkehrten;

dieses Gewirr selbst ist seit langem zum – wenn auch diffusen – System geronnen, und es kann auch mit keinem Baum zugepflanzt werden.

Bei den jüngsten, öffentlich bekannt gewordenen Praktiken der bundesdeutschen Staatsschützer zeigt sich erneut, daß sie ebenso Methode wie Tradition beanspruchen können. Die sechs "Schwarzen Bände" mit rund 800 Namen derjenigen, die als "Linksextremisten" verteufelt werden, sind nicht gar so mysteriös, wie die "Frankfurter Rundschau" meint. Weist sie doch selbst auf deren Ursprung hin: Angelegt wurden sie im Verfolg des KPD-Verbotsurteils 1956, und zwar, nachdem die bundesrepublikanischen Staatsschützer nach der – kurz darauf folgenden – Repressionswelle die Ruhe besaßen, ihre Feindbilder zu ordnen. Die Listen lagen und liegen an den Grenzübergängen aus; es ist fürwahr kein neues Phänomen, daß der, der ein Grundrecht in Anspruch nimmt, sich auf jeden Fall verdächtig macht.

Zum zweiten gingen die Schützer der Verfassungswirklichkeit (zu der vorab ihre eigne gehört) immer schon nach den Prinzipien des präventiven Staatsschutzes vor. Nachdem sich die Sozialdemokraten 1961 von ihrem widerspenstigen Studentenverband SDS getrennt hatten, sich zudem radikale Demokraten, Antifaschisten und Linke wieder wagten, öffentlich und organisiert aufzutreten, setzte der Staatsschutz 1963 aufs neue seine Listenerstellung in Gang. Daß diese Arbeit, während der Protestbewegung ab Mitte der sechziger Jahre starken Auftrieb erhaltend, nicht umsonst war, zeigten die ersten Vorhaltungen bei Anhörungsgesprächen für den Öffentlichen Dienst, in denen säuberlich Auslandsreisen, zumal solche in die DDR, Verfassungsfeindliches belegen sollten. Überwachung und Gesinnungsschnüffelei sind kein Produkt der Terroristenjagd, sondern gehören zum Alltag in dieser Republik seit Anfang an. Das gibt keinen Grund zur Beruhigung ab, sondern legt vielmehr die Fundamente der FdGO bloß.

Eine qualitative Ausweitung haben die Überwachungspraktiken gleichwohl zu Beginn der siebziger Jahre erfahren. Zu dem Zeitpunkt nämlich, als im Anschluß an die Terroristenhatz die handwerkelnde Sammlung von "Erkenntnissen' durch wissenschaftlich organisierte Datensammlung und deren computerisierte Speicherung abgelöst wurde. Im Kontext hiermit entwickelte besonders das Bundeskriminalamt speziell darauf abgestellte Beobachtungs- und Fahndungsmethoden (Zielfahndung, Beobachtende Fahndung etc.).

An diesem Schnittpunkt entfaltete sich ein Wechselprozeß von Datensammlung und -auswertung. Hatten die diversen Staatsschutzapparate – wie alle bürokratischen Institutionen – von jeher die Tendenz, ihr eignes verqueres Bild von der Wirklichkeit zu machen, so haben sich im Verlauf der Computerisierung die Realisierungschancen für die Sammlung und Sichtung aller "verdächtigen" Momente nahezu unbegrenzt ausgedehnt. Die Schranke bietet allein noch (freilich vom bornierten Standpunkt der Apparate aus) die Verarbeitungskapazität der benutzten Datenanlage.

Es ist eben kein Zufall, daß die Listen des Verfassungsschutzes an den Grenzen zu "linksextremen" Publikationen und Organisationen "willkürlich" zusammengestellt sind; denn für verfassungstreu halten sich ihre vorgeblichen Schützer nur selbst. So wird, im Zusammenhang mit der "Terroristenbekämpfung", schnell jedermann suspekt, der sich am Grenzübergang nicht schafsmäßig in der überlangen Schlange hält: "Jeder macht sich verdächtig", wie ein Grenzschutzbeamter formuliert (FR vom 5.7.78). Wenn die zweifelsohne überforderten Beamten des "Grenzschutzeinzeldienstes" und des Zolls mit immer neuen Bespitzelungsaufgaben eingedeckt werden und sich bei ihnen aus diesem Grund schon Assoziationen zum totalen Überwachungsstaat herstellen, müssen sie sich wohl bald die Frage gefallen lassen, ob sie noch verfassungskonform sind.

Die Notwendigkeiten des Überwachungsapparats sind mit der Einführung der Elektronischen Datenverarbeitung gleichsam "objektiv" geworden (und ebenso ausgeweitet). Wenn daher, spätestens seit dem Fall Traube, die Verfassungsverletzung als selbstverständliche Voraussetzung staatlichen Handelns behauptet wird, ist diese politische Entscheidung stets mit dem Hinweis auf die "Erfordernisse moderner Verbrechensaufklärung" unterfüttert. Und deren Dimensionen sind beängstigend genug: um beispielsweise einen "brauchbaren Befund" für die "Zielfahndung" zu erhalten, sind zehntausend eingespeicherte Daten zu überprüfen (Spiegel 23/78).

Wenn der Innenminister verkündet, die gespeicherten Erkenntnisse im Bereich der Grenzkontrollen

Beim Studium des Grundgesetzes

wären einer Relevanzüberprüfung zu unterziehen, weiß er von vornherein, daß dies nur mehr ein müder Akt zur Beruhigung des Publikums ist. Wer nur in den letzten beiden Jahren am Rande verfolgt hat, wie die Staatsschutzapparate an einmal gewonnenen "Erkenntnissen" festhalten, kann sich die permanente Bedrohung durch einen Computerverbund vorstellen. Werden doch selbst in "normalen" polizeilichen Ermittlungen einmal bekannt gewordene "Vorgänge" auf Dauer registriert (vgl. "links" 101/78). Die Chance, aus den Datensystemen herauszukommen, besteht mithin kaum, wie auch kompetente Beamte feststellen (vgl. FR vom 6.7.78).

So hat das Jahr 1984 in der Bundesrepublik schon 1951 angefangen. Allein, sein anachronistischer Beginn setzt sich in seiner unvollkommenen Praxis fort. Von einem totalen Überwachungsstaat zu reden, trifft die Sache nicht, erst die Weichen sind gestellt. Die paranoiden Wirklichkeiten des Staatsschutzes und die Realität dieser Republik klaffen noch ein ganzes Stück auseinander; glücklicherweise geht, wie Maihofer es einmal formulierte, die Gefahr immer noch von den Menschen aus – von denen, die sich nicht kontrollieren lassen mögen, gar von denen, die in den Apparaten sich den abverlangten Aufgaben verweigern. Gegen die sich drohend zur Institution verfestigende Verfassungsverletzung vorzugehen, ist gleichermaßen notwendig und möglich. Immer noch müssen sie auch

Zuschrift: Betr. Betriebsratswahlen

In der Ausgabe Juli Eurer Zeitung "links" veröffentlicht Ihr einen Artikel zum Thema Betriebsratswahlen 1978. In diesem Artikel behauptet Ihr, daß gewerkschaftsoppositionelle Gruppen teilweise Verluste hinnehmen mußten, weil sie unter anderem die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllten. In diesem Zusammenhang erwähnt Ihr die Liste für Belegschaftsinteressen Siemens/Gladbeck als ein Beispiel.

Wenn man dies so in den Raum stellt, erscheint der Eindruck, als hätten wir bei den Betriebsratswahlen 1978 eine Niederlage erlitten. Rein von den Zahlen 1976 = 50,8%, 1978 = 42,5% stimmt dies natürlich, nur berücksichtigt dies absolut nicht die betriebliche Situation.

1976 hatten wir eine ausgesprochene Protestwahl. Damals stand für die Belegschaft nur zur Diskussion, entweder durch Kreuz bei der IGM-Liste die Wahlschiebung von 1975 zu unterstützen, denn auf der Liste der IGM standen teilweise diejenigen, die den Hauptwahlschieber bei seinen Machenschaften gedeckt hatten, oder der IGM durch Wahl der Liste 2 einen Denkzettel zu verpassen.

Außerdem war die Wahl 1976 unmittelbar nach einer Reihe von Kurzarbeitsperioden und mit massiven Entlassungen und Zwangsversetzungen nach Bocholt verbunden (Siemens-Schwesterbetrieb).

1978 ergab sich nun eine völlig andere Situation. Diese Wahl fand nicht außer der Reihe statt, sondern wa, eine 'normale' Betriebsratswahl. Seit ca. 1 Jahr fanden kaum mehr Entlassungen (nur noch ca. 10 Kündigungen gegenüber vorher ca. 40 Kündigungen im Monat) statt, und es wurden wieder Überstunden gefahren sowie schrittweise Neueinstellungen vorgenommen. Zur Wahl 1978 hatte sich auch die IGM von allen bisherigen Kandidaten vorne auf der Liste 'gereinigt', die im Ruf der Unterstützung des Hauptwahlschiebers standen. Des weiteren gab es diesmal statt 2 Listen 3 Listen zur Auswahl. Eine sogenannte "Offene Wählervereinigung", hinter der sich der CMV (nicht CDA) verbarg, stellte sich zur Wahl.

Da die IGM-Liste in den vergangenen 2 Jahren die Liste 2 sowohl personell dezimiert hatte (Über- und Rücktritte) als auch inhaltlich ständig behinderte (keine Einsicht in Betriebsratsunterlagen, ständige langwierige Auseinandersetzungen vor dem Arbeitsgericht, systematische Verbreitung von Lügen in der Belegschaft, Ablehnung sämtlicher Anträge der Liste 2), war anzunehmen, daß hiervon Punkte bei der Belegschaft hängen bleiben.

Wenn man unter diesen Voraussetzungen das Wahlergebnis von 42,5% betrachtet, so ist dies unserer Auffassung nach ein größerer Erfolg als das Protestergebnis von 1976 ...

LISTE FÜR BELEGSCHAFTSINTERESSEN

Was glauben Sie wohl, wieviel Organisationen wir auf Ihre Kosten bespitzeln?

239! Es können auch mehr sein. Ihr Verfassungsschutz.

Als Plakat zu beziehen bei Jochen Mariss, Gräfinghagener Str. 87, 4800 Bielefeld (DM 3,--)

noch politisch durchgesetzt werden; der Selbstlauf der Geheimdienste hat seine Grenzen.
Wenngleich den hektischen Beruhigungen von Ministern kein Jota an Glaubwürdigkeit abzugewinnen ist, sind sie doch immerhin gezwungen, die staatsschützerischen Aktivitäten zu legitimieren. Sie können sich noch nicht auf eine Legitimität berufen, die aus der Installation eines permanenten Ausnahmezustandes, des dauernden Ernstfalls herauswächst, wie dies Carl Schmitt, der im letzten Monat 90 geworden ist, vor fünfzig Jahren am Vorabend des deutschen Faschismus dargelegt hatte.

JÜRGEN SCHMIDT

Fußball-Krieg

"Meine Damen und Herren, jetzt nimmt ea si des Laberl, schupfts hi und her, jo, eini in Strofraum, servas Gschäft, guat geht's, jo so is richtig. Tor, Tor, Tor, Tor!" – Originalton einer österreichischen Rundfunkübertragung –
Am nächsten Tag in BILD: "Untergang"
In Deutschland war Krieg in den letzten Wochen. Der Bundesberti etwa meinte in einem Blutblatt: "Bombt, bombt, bombt ..." Wahrscheinlich war der Rudel kurz vorher zu Besuch im Trainingslager, der hat ihn animiert. Tierisch ernst war's in diesem Land. Geschlagen zog man von dannen, der Fußballzwerg hat gewonnen. Und dort, wo man früher einmarschiert ist, da fährt man nicht mehr in Urlaub hin. Der "gschupfte Ferdl" hat über den "blauäugigen Heros" Deutschsiegfried den Sieg davongetragen. Da zieht's den Buam aus Österreich höchstens die 'Schlapfn' aus, aber hier in diesem Berufsverbotszwergenstaat, da ist der Krieg zum drittenmal verloren gegangen.
Ich erinnere mich, im Jahre 1954, ich lebte in Österreich, wie die Deutschen die Weltmeisterschaft in der Schweiz gewannen. Die ersten Wirtschaftswunderdeutschen waren bereits 'Gäste'. "Bua", sagte ein alter Kommunist zu mir – ich war gerade 14 Jahre alt – "dös ist da Faschismus!"
Ich kann keine Glosse schreiben, es wird nichts. Diese Weltmeisterschaften waren eine Fortsetzung der Olympischen Spiele im Faschismusdeutschland. Sicher in einem anderen Land. Der Herr Funktionär Neuberger, der immer gemeint hat, daß "Politik nichts mit Sport zu tun hat", der steht neben dem Chef der Massenmörderjunta und wird weltweit übertragen. Gefolterte gibt's nicht. Tote gibt's nicht. Freiheit gibt's, dem Spiel zuzusehen. Auch dem Endsiegspiel, wenn man sein Geschäft für eine Eintrittskarte eintauscht. Die Sportjournalisten waren glänzend. Noch nie ist beißender eine ganze Gesellschaftsordnung karikiert worden, ohne daß es jemand bemerkte. Selbst die Schreiberlinge nicht.
Die Fernsehreporter, nur die Siegesfanfare fehlte, die gab's ja früher, bei den Sondermeldungen, meinten: "Die Bombe ging in's Netz!" Fußballterrorismus!
Ich schäme mich. Ich wohne nah an Holland. Besuche dort Freunde. "Bombt, bombt, bombt ...", das lesen meine Freunde auch, die in der BRD arbeiten. Sie fragen mich, wie lange es noch so weitergehen wird mit diesem Deutschtum. Sie fragen mich, ob man nicht mehr unterscheiden könne zwischen Spiel und anderen wichtigen Dingen. Ob's grundsätzlich nur noch Krieg gäbe in Deutschland. Überall. Beim Fußball, beim Beruf (Verbot), im Betrieb ...
"Da gegan man jetzt no in's Beisl und saufn a poar Viertln!" (Österreichischer Reporter nach dem Sieg gegen Deutschland). Da ist es noch "a Hetz" das Spiel. Hier im Zwergenland. Unterdrückungsland: Untergang!!

DIETER BRAEG

Tagträume seiner Majestät

Während der Münchener Kaufmann Michael von Habsburg-Lothringen zehn Jahre prozessieren mußte, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu bekommen, hatte sein Verwandter, Kaisersohn Otto von Habsburg (in Österreich schlicht: Otto Habsburg), keine derartigen Schwierigkeiten. Die Regierung von Oberbayern überschlug sich fast, um ihm die deutsche Staatsbürgerschaft anzudienen. Die Umstände dieser Aktion haben den Argwohn des Bundestagsabgeordneten Axel Wernitz (SPD) geweckt, der von einem Alleingang der bayerischen Landesregierung sprach. Auch in Wien kam es zu einer parlamentarischen Anfrage. Abgeordnete der SPÖ neigen dazu, dem kleinen Otto die österreichische Staatsangehörigkeit abzuerkennen. Dafür gibt es zwei gute Gründe: Einmal ist eine Doppelstaatsbürgerschaft nur auf Antrag und bei besonderen Leistungen für Österreich möglich, und zum anderen würde der mit Hilfe der CSU für das Europaparlament kandidierende Otto von Habsburg das neutrale, nicht der EG angehörende Österreich in Straßburg mit vertreten.
Die bayerische Regierung stören derartige politische Kopfsprünge in das Fettnäpfchen nicht. Ministerpräsident Goppel freut sich, wenn er "Seine Kaiserliche Majestät" begrüßen darf, und der kleine Otto lobt dafür den großen Vorsitzenden Franz-Josef Strauß. In der Rechtsgazette "Zeitbühne" beschäftigte sich Mitherausgeber Otto mit der Aufhebung der parlamentarischen Demokratie. Bei terroristischer Erpressung mit einer Atombombe aus der Waschküche solle alle Macht für neun Monate auf eine Person übertragen und gleichzeitig sämtliche Gesetze suspendiert werden. Mit dem Staatsnotstand löst dann der starke Mann Bundespräsident, Bundeskanzler und Parlament ab, um mit Hilfe einer "schnell arbeitenden Justiz" Kriegsrecht und Todesstrafe zu regieren. Und damit niemand zweifeln kann, wer der omnipotente Alleinherrscher sein könnte, läßt Otto durchblicken, daß nur Franz-Josef Strauß für dieses Henkeramt in Frage kommt. Hier wird ungeniert einer lupenreinen Diktatur das Wort geredet. Der Abgeordnete Axel Wernitz sprach deshalb von "wahnwitzigen Planspielen zur Vernichtung des Rechtsstaates", und der DGB-Vorsitzende Oskar Vetter erinnerte an die Einbürgerung Hitlers.
Otto von Habsburg ist Präsident der Paneuropa Union, die ein christlich etikettiertes Großeuropa anstrebt, dessen Grenzen auch kommunistische Länder einschließen. Habsburg findet Rückhalt bei seinen Planspielen in erzkonservativen Zirkeln wie dem Bund der Mitteldeutschen, der Evangelischen Notgemeinschaft, der Deutschlandstiftung des Gerhard Löwenthal und anderen antikommunistischen Gesundbetern. Für die CSU-nahe Hans-Seidel-Stiftung ist der alpenländische Gartenzwerg Vorsitzender eines Beirates, und schwärmerisch lobt er landauf, landab das "Modell Bayern". In Tagträumen sieht der letzte Sproß aus dem Hause Habsburg das Reich Karls des Großen wiedererstehen. Gewiß, dieser Otto ist mit seinen Vorstellungen nicht ganz ernst zu nehmen, man sollte seine Ideen nicht überschätzen, ein kleiner Däumling möchte auch einmal den Helden spielen. Aber hinter ihm lauern die Weichensteller der Reaktion ...

HORST HARTMANN

Internationaler Kongreß für und über Rudolf Bahro

Warum dieser Kongreß?
Die verschiedenen Ansätze sozialistischer Opposition in Osteuropa sind von der westlichen Linken zu wenig beachtet und einbezogen worden. Einen wichtigen Anfang des Dialogs zwischen den west- und osteuropäischen Oppositionellen bildete die Tagung in Venedig (15.11.77 "Macht und Opposition in den nachrevolutionären Gesellschaften") wie auch die Brüsseler Konferenz vom Januar dieses Jahres. Diese Initiative wurde allerdings in der BRD von den bestehenden Parteien wie Organisationen der Linken nicht aufgegriffen, schon gar nicht von der DKP.
Seit dem Ende der Ära des kalten Krieges und dem Beginn der Entspannungspolitik ist zwar das Interesse an den osteuropäischen Gesellschaften gewachsen, und auch in der bürgerlichen Öffentlichkeit sind die Informationen über sie breiter geworden. Was aber politische Aufgabe der Linken gewesen wäre, nämlich eine gesamtgesellschaftliche Analyse, die über Einzeleinschätzungen hinaus bis zur konkreten praktischen Ebene gelangt, ist bisher nicht geleistet worden.
Daß die osteuropäische Opposition bei der Linken in der Bundesrepublik oft auf Unverständnis stieß, ist elementar mit ihrer eigenen Geschichte verknüpft: Einerseits kristallisierte sich hier erst im Gefolge der Studentenbewegung eine unabhängige marxistische Linke heraus, die als gesellschaftliche Kraft auch erkennbar wurde. Andererseits bestand unter den besonderen Bedingungen des Antikommunismus in der BRD allein schon die ungeheure Schwierigkeit, die Diskussion über die DDR vorurteilslos zu führen – im negativen wie im positiven Sinne.
Mit dem Wiedererwachen einer sozialistischen Opposition in Osteuropa, beginnend mit dem Prager Frühling, hat sich diese Situation schrittweise verändert. Im Zusammenhang mit der Studentenbewegung im Westen, besonders in Frankreich, lösten die Ereignisse in Prag 1968 unmittelbare Betroffenheit und Interesse aus. In den Jahren nach ihrem vorläufigen Scheitern schien die Bewegung jedoch zum Modell erstarrt, an dem entlang die positive oder negative Abgrenzung verlief.
Rudolf Bahros Buch "Die Alternative" bedeutet eine neue Qualität und einen neuen Ansatz in der linken Opposition aller osteuropäischen Länder. Er unterwirft die Gesellschaften des real existierenden Sozialismus einer systematischen Analyse mit marxistischen Kategorien, d.h. er stellt die Phänomene in einen gesamtgesellschaftlichen, historischen und strukturellen Zusammenhang und entwickelt aus dieser Analyse sein Konzept einer Alternative.
Damit beweist er bei allen Brüchen und Widersprüchen, die sein Buch im einzelnen enthält, die Fruchtbarkeit der historisch-materialistischen Methode und macht den Sozialismus wieder zur "konkreten Denkarbeit". Indem diese sozialistische Alternative für ihn weit mehr bedeutet als nur die Aufhebung bzw. Verstaatlichung von Privateigentum an Produktionsmitteln, sondern die umfassende Emanzipation aller Individuen, die Aufhebung aller durch hierarchische Arbeitsteilung erzeugten Herrschaftsstrukturen, sind seine Vorstellungen in gleichem Maße für die Bestimmung der sozialistischen Alternative im Westen von größter Bedeutung. Gerade darin, daß Bahro über die moralische Verurteilung der Systeme des real existierenden Sozialismus hinausgeht, ihre Entstehung erklärt, die Wege zu ihrer Überwindung aufzeigt und dabei weitgehend die westliche Diskussion miteinbezieht, unterscheidet er sich grundlegend von den bisher vorhandenen oppositionellen Ansätzen in der DDR seit dem 2. Weltkrieg.
Die Thesen Bahros stellen die vorläufig größte Herausforderung an die DDR-Bürokratie innerhalb der wiedererwachenden sozialistischen Opposition dar. Der Versuch, die wachsenden Widersprüche im eigenen Land mit der Ausbürgerung von linken Kritikern zu lösen, zeigt nur, wie sehr die DDR-Führung um den Verlust ihrer Legitimität fürchtet. Aber immer mehr dieser Ausgebürgerten und Ausgewanderten begreifen sich auch hier im Westen als Teil der linken Bewegung und werden – wie in Frankreich und Italien – zu wichtigen Gesprächspartnern der sozialistischen und kommunistischen Parteien.
Diese Chance, sozialistische Opposition für die westliche Strategiediskussion fruchtbar zu machen und die "konkrete Denkbarkeit" von Bahros Alternative zu einem Zeitpunkt, da die meisten westeuropäischen sozialistischen und kommunistischen Parteien ihr Verhältnis zum real existierenden Sozialismus neu zu bestimmen suchen, macht uns – vielleicht erstmals seit 1968 wieder – zu unmittelbar Betroffenen.
Wir wollen dem Rechnung tragen, indem wir die Initiative ergreifen, vor dem Hintergrund von Bahros Buch "Die Alternative" in einem internationalen Kongreß den Diskussionsprozeß auch in der BRD einzuleiten. Wir laden dazu Vertreter aller Strömungen der westeuropäischen Arbeiterbewegung ein, von den sozialdemokratischen und eurokommunistischen Parteien bis zu den verschiedenen Strömungen der neuen Linken, die sich theoretisch und praktisch um die Strategie einer sozialistischen Alternative bemühen. Ebenso laden wir die Emigranten der verschiedenen osteuropäischen Länder, besonders der DDR und CSSR, ein.
Der Kongreß sollte sowohl die Gelegenheit bieten, die verschiedenen Positionen und Einschätzungen zum real existierenden Sozialismus selbst darzustellen, als auch in Auseinandersetzung mit den Thesen Bahros und auf dem Hintergrund der konkreten praktischen Erfahrungen die politischen Vorstellungen kontrovers zu diskutieren.
Ein Ziel des Kongresses sollte unserer Meinung nach sein, den Dialog und die Zusammenarbeit der Linken in Ost und West zu verstärken. Darüber hinaus könnte der Kongreß zum Klärungsprozeß innerhalb der westlichen Linken beitragen, um das in der BRD noch herrschende Frontdenken durch eine lebendige und solidarische Debatte praktisch in Frage zu stellen.
Nach unserem vorläufigen Konzept gliedert sich der Kongreß wie folgt:
1) 3 zentrale Podiumsdiskussionen, die im Sinne öffentlichkeitswirksamer Großveranstaltungen gedacht sind.
2) In Anlehnung an die Thematik der Podiumsdiskussionen sind vorläufig 9 Arbeitsgruppen konzipiert, die den Kongreßteilnehmern die Möglichkeit zu intensiver Diskussion und Auseinandersetzung bieten sollen und die mit schriftlichen Beiträgen vorbereitet werden.
3) Für den 3. Tag sind 2 Plena vorgesehen, die den Teilnehmern des Kongresses die Gelegenheit bieten sollen, verschiedene übergreifende Fragestellungen kontrovers zu diskutieren. Wir hielten es für sinnvoll, wenn die Plenardiskussion ähnlich wie die Arbeitsgruppen durch Thesenpapiere, die von verschiedenen Positionen aus argumentieren, vorbereitet werden.
4) Der Kongreß findet seinen Abschluß in einer öffentlichen Kundgebung unter freiem Himmel an einer zentralen Stelle in Berlin, über deren inhaltliche Gestaltung nach Möglichkeit der Kongreß einen Konsens herstellen sollte. (Verlesen von Solidaritätsresolutionen etc.)
Komitee für die Freilassung von Rudolf Bahro
Postfach 3005, 1000 Berlin 30, Tel. 030/6931579 (Di. 16-20 Uhr).

CSSR-Solidarität

Solidaritäts- und Protestveranstaltung zum 10. Jahrestag der CSSR-Okkupation (19./20.8. in Frankfurt).
19.8. Kulturveranstaltung im Bürgerhaus Nordweststadt
Es sprechen und singen u.a.: Wolf Biermann, Gerulf Pannach, Christian Kuhnert, Michael Sallmann, chilenische und katalanische Genossinnen und Genossen. z.B. Mylynar (1968 ZK-Sekretär der KPC), Rudi Dutschke und Heinz Brandt
20.8. Podiumsdiskussion
Veranstalter: Gruppe "Listy Blätter" in Zusammenarbeit mit dem Sozialistischen Büro Frankfurt und dem Club Voltaire. Weitere Informationen: Gruppe "Listy Blätter", Postfach 3602, 6 Frankfurt, Tel. 0611/7260.

olle und wolter

Neu im August/September:

Jan Skala
Die CSSR
Vom Prager Frühling zur Charta 77
- Die Reformen des Jahres 1968
- Die Intervention vom 21.8.68
- Ziviler Widerstand
- Beginn der „Normalisierung"
- Husak und die Säuberungen
- Neue Opposition
- Dokumente u.v.a.

ca. 160 Seiten, ca. DM 9.–

Th. Auerbach, W. Hinkeldey, M. Kirstein, G. Lehmann, B. Markowsky, M. Sallmann
DDR – konkret
Geschichten und Berichte aus einem real existierenden Land
- Akkord bei Zeiss Jena
- Gespräch auf dem Bau
- Auf einer Parteiversammlung
- Der erste Tag bei der Armee
- Verhöre im Knast
- Gedichte u.v.a.

ca. 160 Seiten, ca. DM 12.–

Fernando Claudin
Die Krise der Kommunistischen Bewegung
Von der Komintern zur Kominform
Band 2 – Der Stalinismus auf dem Gipfel seiner Macht
- Kommunistische Politik 1945-48 in Frankreich, Italien, Jugoslawien und Griechenland
- Die Chinesische Revolution
- Aufteilung von Einflußsphären
- Das Kominform u.v.a.

ca. 360 Seiten, DM 29.80

7 DM / im Abo 6 DM
kritik
Zeitschrift für sozialistische Diskussion Nr.17
Verlag Olle & Wolter
ALTERNATIVEN ZUR WAHL
Beiträge von Jochen Steffen, Heinz Brandt, Lutz Mez, Ulf Wolter, Heide v. Bernstorff
DER EUROKOMMUNISMUS ENTLÄSST SEINE KINDER
Beiträge von Arno Munster, Louis Althusser Jean Elleinstein, Ernest Mandel, Roger Garaudy, André Gunder Frank
DDR • GEWERKSCHAFTEN

Verlag Olle & Wolter
Postfach 4310, 1000 Berlin 30
Katalog anfordern!

Opposition in der DDR

Renate Damus

Unser Wissen über Opposition gegen die bestehenden Verhältnisse in der DDR ist zufällig und unzureichend. Wir wissen zwar einiges über den Inhalt der Kritik von Schriftstellern. Über Kritik an dem bestehenden System bei Arbeitern und Angestellten hingegen wissen wir kaum etwas. Gibt es diese nicht oder dringt sie aufgrund anderer Formen, anderer Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht so nach außen? Oder könnten wir sie trotz objektiver Schwierigkeiten stärker wahrnehmen und tun dies nicht, weil wir Intellektuelle sind, weil wir "Kriterien" haben, was als Opposition gewertet werden kann und was nicht?

Stellt man fest, daß ein System politischer Zwangsvergesellschaftung keine organisierte legale Opposition zuläßt, dann kann man nicht von außen Formen des Protestes bzw. der Opposition und akzeptable gesellschaftliche Forderungen vorgeben und sich dann auf die Suche nach der akzeptablen, der "richtigen" Opposition begeben (was nicht heißt, daß mir nicht auch eine sozialistische Opposition die "liebste" wäre). Man muß sich vielmehr die gesellschaftlich konstitutiven Merkmale des "realen Sozialismus" vergegenwärtigen, um zu verstehen, wo Protest und Opposition zum Ausdruck kommen und anhand welcher gesellschaftlichen Mängel und Probleme. Da die bundesrepublikanische Linke sich in der Regel darauf nicht einläßt, stellt sie zumeist schlicht fest, was an Opposition relevant ist und was nicht, und "kleinbürgerlich" hat sie schon gar nicht zu sein, zumindest ist sie dann keiner Beachtung wert.

In den siebziger Jahren hat sich in der DDR Kritik, Protest und Opposition im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren stärker artikuliert – einerseits bedingt durch die Entspannungspolitik und andererseits durch die die private Sphäre stärker betonende Wohlstandspolitik seit dem VIII. Parteitag der SED (1971).

Entspannungspolitik und liberale Wohlstandspolitik wurden von der DDR-Bevölkerung nicht als Machwerke einer kapitalistischen Restauration abgelehnt, sondern in der Hoffnung auf eine Verbesserung der geistigen und materiellen Lebensbedingungen begrüßt. Die Hoffnungen schienen sich zunächst auch zu erfüllen; damit stiegen zugleich die materiellen und ideellen Ansprüche. In den letzten drei Jahren erfuhr die DDR-Bevölkerung die (vorläufigen) Grenzen liberaler Wohlstandspolitik im "realen Sozialismus". Politisch wurde deutlich, daß äußere und innere Entspannung keineswegs zusammengehen – trotz der KSZE von Helsinki, an der die DDR schließlich teilgenommen hatte. Man konnte sich zwar auf die in Helsinki garantierten Menschenrechte berufen, tat dies auch und merkte allmählich, daß dies unmittelbar nichts nutzte.

Die Wohlstandspolitik und der liberale Habitus insgesamt zeigten ebenfalls schnell ihre Grenzen. Die materiellen Versprechungen mußten aus binnen- und außenwirtschaftlichen Gründen zurückgeschraubt werden. Die Arbeitenden konnten weder zu den gewünschten Leistungen gezwungen noch "freiwillig" gebracht werden, da die Bedingungen der Systemerhaltung zwangsläufig Inaktivität, organisierte Verantwortungslosigkeit und Ineffizienz erzeugen (vgl. Rudolf Bahros Kritik und Analyse). Hinzu kamen die steigenden Weltmarktpreise für Rohstoffe, auch im Inner-RGW-Handel, die sich bei der rohstoffarmen DDR erschwerend niederschlugen, während die UdSSR von der sogenannten Ölkrise profitiert. Zusammengenommen ließen die ökonomischen Schwierigkeiten keine materielle Wohlstandspolitik, jedenfalls keine Politik der Ablenkung auf rein kompensatorischen Konsum in der Freizeit zu. Es ist vielmehr immer noch keine reibungslose Versorgung mit selbstverständlichen Gütern und ohne großen Zeitaufwand gewährleistet.

Schließlich ging auch die Absicht, mehr ideellen Konsum als Freizeitbeschäftigung einzuräumen, nicht auf. Sie konnte nicht aufgehen, weil in einem System direkter politischer Zwangsvergesellschaftung und politisch bedingter gravierender Mängel z.B. die Lektüre schriftstellerischer Beschreibung individueller und gesellschaftlicher Verhältnisse nicht einfach in rein kompensatorische Freizeitbeschäftigung abgleitet. Diese Situation verschärfte sich insofern, als die Intelligenz ebenfalls Hoffnungen in die Entspannungspolitik setzte. Sie ging anscheinend davon aus, daß die Herrschenden nun etwas mehr Kritik verkraften könnten.

In welchen Formen der Kritik, des Protestes und der Opposition kommt eine solche Situation zum Ausdruck, wie reagieren Individuen oder Gruppen in der DDR auf zerstörte Hoffnungen? Zu nennen wären Proteste gegen die ungenügenden materiellen Lebensbedingungen, z.B. die Boykottierung des Kaffee-Mix. Mit diesem Bohnenkaffee mit Zusatz hatte die Bürokratie das Devisenproblem verringern wollen. Der Unmut – auch in den Betriebskantinen – war jedoch so groß, daß schleunigst von diesem Produkt Abstand genommen wurde. Ein anderes Beispiel, gegen das sich der materiell und politisch bedingte Unmut wandte, sind die Intershops. Durch sie werden die Menschen in zwei Klassen eingeteilt, in solche mit Devisen und in die armen Brüder der Mark der DDR. Die neu eingerichteten Delikatläden, in denen sog. Luxusnahrungsmittel angeboten werden (zum vierfachen Preis), sollen diesen Unmut auffangen. Auch der DDR-Bürger ohne Devisen soll in ihnen an die begehrten Intershop-Produkte herankommen (nebenbei wird so Kaufkraftüberhang abgeschöpft). Die Tatsache, daß sich die DDR-Führung zur öffentlichen Stellungnahme zum Kaffee-Mix und zu den Intershops gezwungen sah, zeigt am besten an, wie empfindlich die Bevölkerung in beiden Fällen reagiert hat und wie sehr das System solchen Unmut fürchten muß. Es ist schließlich nicht Brauch in der DDR, daß Probleme in konkreter Form von allerhöchster Spitze her eingeräumt werden. Nicht exemplarisch ist allerdings auch die Reaktion von Arbeiterinnen der Narva-Werke in Ostberlin auf die Intershops. Sie traten mit der Forderung in den Streik, daß ein Teil ihres Lohnes in Devisen auszuzahlen sei – schließlich produzierten sie Exportprodukte (vgl. Havemann-Interview der Zeitung "Le Monde" vom 21.1.78).

Bezeichnet man die Proteste, die sich auf den materiellen Lebensstandard beziehen, als Produzenten- und Konsumentenunruhen, so ist damit keinerlei Minderbewertung verbunden. Indem die Probleme von den Betroffenen nicht an einem Betrieb oder an irgendwelchen Zufällen, sondern an der Partei- und Staatsführung, am System festgemacht werden, die Herrschaftsstrukturen bewußt sind, kann solche Kritik in weitergehende Forderungen einmünden. Die Grenzen zwischen ökonomischen und politischen Forderungen sind fließend; aufgrund der Vergesellschaftungsmechanismen lassen sich ökonomische nicht von politischen Forderungen trennen.

Explizit politische Forderungen äußerte die Bürgerrechtsbewegung, die sich nach Helsinki auf die Freizügigkeit als Menschenrecht berief. Gleichgültig, ob 100.000 oder 200.000 Anträge auf Ausreise gestellt wurden, es waren jedenfalls sehr viele Bürger aus den verschiedensten Schichten, die die DDR verlassen wollten. Sogar Demonstrationen wurden für dieses Recht angemeldet, nicht genehmigt und dennoch – systembedingt in kleiner Besetzung – abgehalten! Die harte Reaktion seitens der Herrschenden, die auch vor Berufs- und Existenzverboten (Knast) für die Betroffenen und deren Angehörigen nicht Halt machten, haben die Zahl der Ausreiseanträge zwar sehr reduziert, das Problem aber nicht gelöst, die Unzufriedenen nicht zufriedener gemacht. Ein extremes, aber dennoch ein Beispiel ist das Schicksal von Rolf Mainz, der sich zuerst für die Ausreiseanträge seiner Brüder einsetzte, dann selbst Repressalien ausgesetzt war, schließlich einen Artikel in der "Zeit" über Berufsverbote in der DDR schrieb und in der Zwischenzeit zu 9 1/2 Jahren verurteilt wurde.

Am bekanntesten wurden die Proteste der Schriftsteller im Zusammenhang mit dem Hinauswurf von Wolf Biermann aus der DDR. Sie wandten sich in einem Brief an die Parteiführung gegen die Ausbürgerung. Sie taten dies nicht als einzelne, sondern als Gruppe per Unterschriftenaktion, womit zumindest ein Teil der Unterschreibenden die Existenz riskierte, wie sich dann ja auch zeigte. Schriftsteller geraten in Systemen, in denen die Herrschenden von Romanschreibern (keine Abwertung) Angst haben, sehr schnell in Auseinandersetzung mit den Herrschenden. Es waren Schriftsteller, die 1956 in Ungarn, 1968 in der CSSR von großer Bedeutung waren und deren gesellschaftliche Funktion in der DDR der siebziger Jahre ebenfalls wuchs. Nicht umsonst wollen die Herrschenden, bevor sie einen von ihnen aus der DDR gegen seinen Willen unter Androhung langwährender Haft hinausschmeißen, eine "freiwillige" Unterschrift unter einen Ausreiseantrag. M.E. soll mit der Unterschrift eine Kluft zwischen diesen Intellektuellen und der Masse der Bevölkerung geschaffen werden – etwas in der Richtung: da schreibt einer etwas, veröffentlicht es auch noch im Westen gegen Moneten und kann dafür damit rechnen, rübergehen zu können. So einfach ist das für die – und für uns?

Zur historischen Dialektik der nachstalinistischen Reform in der CSSR

Hans-Jürgen Krahl

"Lenin erwache, Breschnew ist verrückt geworden!" Diese während der ersten Okkupation an einer der Mauern Prags auftauchende Inschrift enthüllt die karikaturistische Wahrheit über die sowjetische Invasion in der CSSR. Was der unversehens Morgenluft witternde Antikommunismus unverzüglich zu einem sowjetischen Vietnam hysterisierte und die ahistorischen Bewußtseinstrübungen der liberalen Publizistik hierzulande zur zweiten Auflage des sowjetischen Gewaltaktes im Ungarn des Jahres 1956 dekretierte, ist in Wirklichkeit von eben der historischen Verfassung, die dem immer noch bewußtlos in naturwüchsiger Kontingenz abrollenden Geschichtsprozeß zukommt, wie sie den geschichtsphilosophischen Ausgangspunkt der Marxschen Darstellung des 18. Brumaire des Louis Bonaparte bildet: "Hegel bemerkt irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: Das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce." Prag 1968 spiegelt die Budapester Tragödie von 1956 als Farce wider. Die Helden von 1956 wurden hingerichtet, die von 1968 kehrten weinend heim; dem Reformhelden Dubĉek mag mit Liquidation gedroht worden sein, doch der sowjetische Gastgeber beschränkte sich darauf, Handschellen und kalte Platte zu servieren. In den Straßen Prags hingegen wurden vereinzelt empörte Jugendliche im Widerstand gegen die Okkupation niederkartuscht. Der Held der Sowjetunion und greise Volksheld Svoboda, in Prag Gefangener der Sowjets, wird in Moskau mit allen diplomatischen Ehren eines Staatsmanns und gefälschtem Bruderkuß empfangen. Aber was sich zwischen den herrschenden Staatsfunktionären als kompradorisch erpreßte kabinettpolitische Groteske ausweist, stellt sich für die verratenen und verkauften Massen der tschechoslowakischen Bevölkerung als grausame stalinistische Naturkatastrophe dar, der sie den historischen Willen zum spontanen und taktisch geschickt organisierten Widerstand entgegensetzen. Der 21. August ist der außenpolitische 18. Brumaire der Sowjetunion.

Der Widerstand gegen die Okkupation war mit der Ambivalenz des politischen Geschichtsbewußtseins behaftet, das in der Reformphase offen zur Erscheinung drängte.

Diese objektivierte eine der Klassenlagen von Intellektuellen und Studenten – den Hauptadressaten der Reformbewegung – sehr wohl zuzurechnende liberale Bedürfnisstruktur republikanischer Freiheiten, deren Inhalte sich an einer vergangenen Emanzipationsphase des Bürgertums orientierten, die aber keineswegs ein angemessenes proletarisches Klassenbewußtsein aktualisieren konnte und wollte. Unter den physischen Zwangsbedingungen der militärischen Invasion mußte der massenhafte Wille zum Widerstand den Intellektuellen und den publizistischen Liberalismus, sowie dessen auf nationalstaatliche Souveränität drängenden Komponente im Bewußtsein der Massen notwendig zu einem kompromißlosen Nationalbewußtsein radikalisieren, wie es geschichtlich in revolutionären Perioden der bürgerlichen Politik hervorgebracht wurde. Die ideologischen Inhalte des nationalbewußten Widerstands entäußerten sich in der Bevölkerung als zunehmende Indifferenz gegenüber dem Kommunismus, ohne daß in der Regel die grundsätzliche Option für eine sozialistische Produktionsweise in Frage gestellt wurde; darüber hinaus in der immer mehr um sich greifenden Forderung nach Neutralität sowie der Reduktion des Protests gegen die so-

In eigener Sache

Am 21. August 1968 bereiteten die Truppen des Warschauer Pakts den Hoffnungen, die der Prager Frühling geweckt hatte, ihren trüben Herbst, um dessen "Normalisierung" die Länder des "real existierenden Sozialismus" sich seitdem bemühen. Der Einmarsch in die CSSR hat andererseits einen Prozeß beschleunigt, der sich in der Identifikation mit Kuba, China und vor allem mit Vietnam durch die Protestbewegung bereits andeutete. Es ging – und es geht immer noch – um die Wiederherstellung eines authentischen Begriffs von Sozialismus, der Demokratie in sich aufgehoben hat.

Beim ungarischen Aufstand von 1956 schien es der westeuropäischen Linken noch weitgehend, daß die Forderung nach Demokratie als einem Ensemble von Freiheitsrechten geradezu dem Prozeß der Entwicklung zukünftiger Freiheit hier und jetzt entgegenstehen müßte und reaktionäres Gewaltpotential mobilisierte. Der Wechsel eines Koestler oder Orwell oder vieler anderer auf die Seite der Reaktion schien zu bestätigen, daß die Forderung nach Freiheitsrechten sich objektiv hoffnungslos in den herrschenden Antikommunismus verstricken mußte.

Im Laufe der sechziger Jahre entwickelte sich mit der Protestbewegung in den kapitalistischen Ländern eine Bewegung, die sich der Logik des Kalten Krieges: "Freiheit oder Sozialismus" widersetzte und das Verhältnis von republikanischen Freiheitsrechten und Antikapitalismus neu zu thematisieren begann. Gleichzeitig entstand in den Ländern des "real existierenden Sozialismus" aus den Widersprüchen der Entstalinisierung eine Opposition, in der die Forderung nach republikanischen Freiheitsrechten zunehmend bei den Produzenten eine soziale Basis bekam. Der Prager Frühling und sein jähes Ende durch die Intervention der Staaten des Warschauer Pakts haben dann wie nie zuvor deutlich werden lassen, daß im Namen der vorgeblich längerfristigen Interessen der Produzenten Unterdrückung stattfindet. Diesmal verfing es bei der selbstbewußt gewordenen westeuropäischen Linken nicht mehr, das militärische Eingreifen als einen Akt des "proletarischen Internationalismus" zu legitimieren. Zugleich aber kam in der CSSR, ebenso wie schon in Ungarn, die andere Seite des materiellen Inhalts der Freiheitsrechte: die Narben ihres bürgerlichen Ursprungs, zum Vorschein, ihre Bindung an den naturwüchsigen Vergesellschaftungsprozeß im Kapitalismus, in dem Freiheit als Rechtsform den Stellenwert eines bloßen Versprechens behalten muß.

Wir haben den Beitrag Hans-Jürgen Krahls hier ausgewählt, weil er uns an der sozialen Bewegung selbst und nicht auf der Ebene abstrakter Systemkritik das Problem entfaltet. Es handelt sich um eine Rede, die der Genosse Krahl vor zehn Jahren auf einer Protestdemonstration gegen die CSSR-Intervention hielt (wir entnehmen sie, gekürzt, der Aufsatzsammlung "Konstitution und Klassenkampf", die 1971 im Verlag "Neue Kritik" erschienen ist). Dabei müssen wir uns eingestehen, daß der Rückgriff auf Krahl zugleich ein zehnjähriges politisches Reflexionsdefizit bezeichnet, das nur notdürftig durch eben jene abstrakte Systemkritik verdeckt wurde. Seine Geschichte reicht weit zurück in die Protestbewegung selbst, die Krahls Beitrag kaum reflektierte. Wir hatten vor, für diese "links" eine Diskussion über Prag und die Folgen zu organisieren. Wenn uns das nicht gelang, so kann das nicht nur mit technischen Schwierigkeiten zusammenhängen, sondern ist auch Ausdruck dieses Mangels. Insofern geht es uns nicht darum, Hans-Jürgen Krahl, der 1970 bei einem Verkehrsunfall ums Leben kam und ein wichtiger Repräsentant der Antiautoritären im SDS war, umstandslos für das SB als Vorläufer zu reklamieren.

DIE REDAKTION

wjetische Invasion auf das nationalstaatliche Souveränitätsprinzip der Nichteinmischung fremder Mächte in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes.
Andererseits brachte der vehemente Streikwille der Arbeiter die wie auch immer durch ein falsches Bewußtsein verdeckte praktische Notwendigkeit keimhaft zum Ausdruck, daß der revolutionäre Klassenkampf des Proletariats, dessen Diktatur bislang administrativ boykottiert wurde, selbst auf der materiellen Basis verstaatlichter Produktivkräfte fortzusetzen ist.
Das Verhalten der herrschenden Reformgruppe um Dubĉek gegenüber dem Widerstand der Massen mußte nicht nur aufgrund des massiven sowjetischen Drucks, sondern auch ihrer eigenen politischen Ziele und Herrschaftsinteressen zwiespältig und retardierend sein. Mögen die unaufhörlichen Aufrufe, besonnen zu handeln und als erste Bürgerpflicht die Ruhe zu bewahren, sich auch aus einer ernsthaften und nicht zu bagatellisierenden Besorgnis vor der Gefahr der blutigen Niederschlagung einer empörten Insurrektion motiviert haben, so hatten sie doch andererseits die Funktion, die Bildung selbsttätiger Widerstandsformationen der Bevölkerung zu verhindern. Die Organisationen der Arbeiterklasse legten aufgrund der Reform den symptomatischen Verhaltenstypus revisionistischer Massenorganisa-

tionen zutage: den verbalradikalen Proklamationen des unbefristeten Generalstreiks folgte tatsächlich dessen Zerstückelung in eine Reihe von Kurzstreiks, ein bewährtes, zum Beispiel von der KPF seit Jahren virtuos gehandhabtes Mittel, um den Kampfwillen der Arbeiter zu befriedigen und zugleich unter kanalisierender Kontrolle zu halten.
Das Moskauer Diktat, mit dem die entnervten Reformer nach Prag zurückkehrten, mußte die nationalbewußten Dispositionen der ein politisches Kompromißverhalten ausschließenden Massen brüskieren. Verrat war eine der ersten spontanen Reaktionen auf das Kommuniqué vom 27. August; zum erstenmal wurde Dubĉek nicht mehr einhellig und unwidersprochen gefeiert. Die Sowjets hatten die Reformfunktionäre in die Rolle von Kollaborateuren gezwungen …
Die Ideologie der Prager Reform ist sich des Widerspruchs zwischen der materiellen Basis eines verstaatlichten Eigentums an Produktionsmitteln und einem liberalen Überbau nicht bewußt geworden. Sie ist im Hegelschen Sinne von einer schlecht anachronistischen Idealität, insofern sie zwei einander geschichtlich abstoßende Momente, das historisch neue Vernunftprinzip mit der ausgereiften Substanz alter Sittlichkeit verbinden will, die nachstalinistische Reform in der CSSR stellte eine ahistorische Überführung des geschichtlich neuen, noch unentfalteten und etatistisch verstümmelten Prinzips der sozialistischen Produktionsweise in die alte und abgestorbene Substanz bürgerlicher Verkehrsformen dar.

Der idealisierende Liberalismus der Intellektuellen und Studenten, sowie der ökonomische Reformismus der technokratischen Reformergruppe in der Partei- und Staatsspitze ergänzten einander.

Es war keineswegs zufällig, daß die Reformer im Januar die Universitäten und die Publizistik des Landes mit dem Versprechen auf politische Emanzipation mobilisierten, um in den Besitz der staatlichen Machtmittel zur Durchführung der ökonomischen Reformen zu gelangen. Denn die ökonomische Entstalinisierung sollte sich auf dem Rücken der Arbeiterklasse vollziehen. Die administrativ verdinglichte Planwirtschaft der Novotny-Periode hatte sich als unfähig erwiesen, die Disproportionalitäts- und Stagnationskrise von 1962-1965 zu lösen. Die sich in innerbürokratischen Machtkämpfen in der Parteispitze herausbildende Reformergruppe zog daraus den technokratischen Schluß, eine verstärkte Autonomie der Betriebsleitungen, deren autoritäre Kontrolle über die Produzenten durch die Institutionalisierung einer Mitbestimmungsideologie verschleiert werden sollte, und eine technologische Rationalisierung des industriellen Maschinensystems, selbst um den Preis einer außerordentlich hohen Arbeitslosenquote, seien historisch unumgänglich. Entscheidend ist die regulative Stabilisierung von Markt- und Preismechanismen, in der zwar die staatliche Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln prinzipiell nicht revoziert wird, die aber eine phänomenologische, also nicht essentielle Assimilation an die bürgerliche Produktionsweise bewirkt.
Ota Sik, Cheftheoretiker der Wirtschaftsreformen in der CSSR, versucht sogar, die genuin marxistische Lehre vom Absterben der Ware und des Geldes in der ökonomischen Transformationsperiode als eine mit dem Odium des Stalinismus behaftete unverbindliche ideelle Abstraktion zu diskreditieren …
Die ökonomischen Reformisten in der CSSR haben, mit der impliziten Preisgabe wesentlicher Lehrstücke der materialistischen Kritik der politischen Ökonomie zugunsten der forcierten Reaktivierung des stagnierten technischen Fortschritts, die praktische Reflexion auf den emanzipatorischen Fortschritt der Gattung, also auf die materialistische Befreiung der Produktion und deren direkte Kontrolle durch die unmittelbaren Produzenten herrschaftsinteressiert verdrängt.
Die Machtverhältnisse des politischen Richtungskampfes zwangen die Wirtschaftsreformer zur taktischen Mobilisierung der politischen Emanzipationsbedürfnisse von Intellektuellen und Studenten, von der abzusehen war, daß sie schließlich eine verselbständigte, von den staatlichen Reformfunktionären nicht mehr kontrollierbare Eigendynamik entfaltet hätte. Darüber hinaus entsprach der politische Liberalismus der Intelligenz objektiv der partiellen Wiedereinführung anarchischer Elemente in den bürokratisch verwalteten Markt.
Wesentlichstes Ergebnis der politischen Emanzipation war die privilegiert verteilte und durchaus noch herrschaftsgebundene Einführung der liberalen Rechtsinstitute von Meinungs- und Pressefreiheit. Auf diesen hatten vor allem die Studenten im Kampf gegen die gewaltsam unterdrückte oder bürokratisch zensierte publizistische Öffentlichkeit, in deren Medium ihre unmittelbaren Bedürfnisse nicht zur Sprache kommen konnten, als dringendstes Erfordernis insistiert. Die im Zuge der politischen Reformen weitertreibende Diskussion mündete in die formaldemokratischen Forderungen nach pluraler parlamentarischer Repräsentanz und republikanischer Koalitionsfreiheit, die das liberale Selbstbewußtsein an eine wenn auch demokratisierte Staatsmaschine fixierte …
Sieht man davon ab, daß ein Kernstück der Revolutionstheorie Marxens, Engels' und Lenins, die Lehre vom Absterben des Staates, in dem allein die politischen Freiheiten sich in einem materialistischen Sinn konkretisieren können, unter den Bedingungen der geschichtlichen Koexistenz eines technologisch hocharmierten imperialistischen Weltmilieus nicht isoliert realisierbar ist, so ist doch bezeichnend, daß das Reformbewußtsein diese Lehre zur utopischen Abstraktion einer bestenfalls regulativen Idee der Klassiker verflüchtigte. Das politische Geschichtsbewußtsein der nachstalinistischen Reform ist, mit Ausnahme des ökonomischen Minimums verstaatlichter und noch keineswegs konkret vergesellschafteter Produktivkräfte, blind gegen die wesentlichen strategischen und emanzipatorischen Zielvorstellungen des revolutionären Sozialismus. Diese leben nur noch in ideologisch entstellter Form fort. Das Bild der vernünftigen Gesellschaft, das Absterben der Ware und des Geldes, schließlich das Absterben des Staates und die rätedemokratische Assoziation der nicht mehr in einem System totalitär zusammengefaßten Individuen werden wieder verbürgerlicht …
So abstrakt richtig die theoretische Konfrontation zentraler emanzipatorischer Lehrstücke der revolutionären Theorie des Proletariats mit Ideologie und Politik der Reformbewegung ist, so konkret falsch wäre es, diese unvermittelt daran zu beurteilen. Von außen unter ahistorischer Abstraktion von der immanenten Entwicklung der etatistischen Diktatur über das Proletariat, Kriterien sozialistischer Produktionsweise und assoziierter Räteorganisation an die östlichen Staaten heranzutragen, wäre ein eher moralisches Postulat denn ein politisches Urteil aus historischer Vernunft. Schließlich hat der Stalinismus seit Jahrzehnten die Dimension der revolutionären Emanzipation und der Diktatur des Proletariats aus dem historischen Bewußtsein und der politischen Praxis der von der Sowjetunion repräsentierten Länder und kommunistischen Parteien Europas ausgemerzt. Die seit Jahrzehnten sich vollziehende realpolitische Pragmatisierung der einstmals revolutionären Politik der Sowjetunion, wie sie in der Konzeption der friedlichen Koexistenz, dem Verzicht auf die revolutionäre Beseitigung der spätkapitalistischen Gesellschaftsformation kulminiert, hat den welthistorischen neuen Bezugsrahmen, innerhalb dessen sich die geschichtliche Aktualität der Weltrevolution tagespolitisch aktualisiert, nämlich die an der Peripherie der spätkapitalistischen Zivilisation kämpfenden sozialrevolutionären Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, methodisch aus dem Bewußtsein des sozialistischen Lagers Europas ausgeschaltet.

Oskar Negt zufolge erlaubt die Orientierung an der abstrakten Präsenz der Revolution, wie sie sich auch in Vietnam exemplarisch vollzieht und in Kuba in einem sozialistisches Modell resultierte, der studentischen Protestbewegung in den westlichen Metropolen sowohl die Distanzierung von der sowjetischen Kompromißpolitik als auch die Identifikation des imperialistischen Gewaltpotentials der von den USA repräsentierten spätkapitalistischen Länder. Er folgert daraus ein verändertes Verhältnis von Politik, Protest und Moral, das der Studentenbewegung die Herausbildung einer politischen Moral der Kompromißlosigkeit erlaubte, die in ihrer klassenspezifischen Zurechnung zwar noch oszilliert zwischen der bürgerlich revolutionären Ableitung politischer Handlungen aus kategorischen Moralprinzipien und der proletarisch revolutionären Konstitution einer Klassenmoral aus der Vermittlung der politischen Erfordernisse des Kampfes mit den strategischen Zielsetzungen, die aber überhaupt erst emanzipatorische Alternativen zu den institutionalisierten Kategorien traditioneller Politik, die bestenfalls zur Artikulation der Restauration kapitalistischer Herrschaft nach dem Zweiten Weltkrieg taugen, aufzeigen kann.

Wo aber, wie in der CSSR, die gesellschaftlich praktischen Bedingungen fehlten, diese neue Möglichkeit revolutionärer Weltgeschichte einzusehen, bleibt historisch keine andere Wahl, als sich an den liberalen Idealen der bürgerlichen Vergangenheit zu orientieren ... Die ersten Schritte auf dem Wege der Emanzipation vom Stalinismus vollziehen sich zunächst als "weltgeschichtliche Totenbeschwörung" (Marx) des fossilierten Liberalismus der längst untergegangenen konkurrenzkapitalistischen Phase der bürgerlichen Gesellschaft – als Versuch rechtsstaatlicher Institutionalisierungen republikanischer Freiheiten.

Auf dem Hintergrund dieser Hypothese zur historischen Dialektik der nachstalinistischen Reform in der CSSR wäre in immanenter Kritik der Fortschritt objektiv zu beurteilen, den die Restauration republikanischer Freiheiten unter den Vorzeichen intellektueller Privilegien mit sich gebracht hat. Wenn das liberale Selbstbewußtsein der Reformbewegung die objektiv mögliche Erscheinungsform ihres historischen Willens zur Emanzipation von den verselbständigten Herrschaftsbürokratien gewesen ist, dann ist der Liberalismus ebenso wenig als eine bourgeoise Regression zu bewerten, wie er andererseits die Vorstellung eines linearen Weges zur sozialistischen Gesellschaft aus dem bürokratischen Gehäuse stalinistischer Hörigkeit zerstört.

Zentral steht die problematische Frage nach der Eröffnung einer qualitativ neuen Dimension gesamtgesellschaftlicher Widersprüche, die ein reales Moment Emanzipation enthalten.

Der Rückgriff auf die liberalistische Ideologie hatte eine praktisch folgenreiche Veränderung in der formativen Konstellation von Überbau und Basis bewirkt, einen historischen Substanzwandel der Ideologie. Die systemkritischen Voraussetzungen für diese historische Erklärung liefert Herbert Marcuses Analyse des Sowjetmarxismus unter der Bedingung, daß die politische Staatsverfassung der Sowjetunion und deren ökonomische Kontrollfunktion auch die von der Sowjetunion abhängigen sozialistischen Länder Europas im großen und ganzen teilen. Wesentlich ist Marcuses These, daß auf der materiellen Basis einer bloßen Verstaatlichung des ökonomischen Produktionsapparates und einer entsprechend administrativ zentralisierten Planwirtschaft der ideologische Doppelcharakter, welcher dem klassengesellschaftlich vermittelten Staat der kapitalistischen Gesellschaftsformation eigen ist, in einer selber zwieschlächtigen Weise verlorengehe. Während der bürgerliche Rechtsstaat die generalisierte Herrschaft einer partikularen Klasse Marx zufolge durch die Ideologie allgemeiner und egalitärer Gesetzesnormen gleichsam 'kompensiere" und diesem "Anschein eines allgemeinen Interesses" zugleich zur Basis transzendente und ihr gegenüber antagonistische Faktoren innewohnten, werde die Duplizität der Ideologie als richtiger Reflex einer falschen Wirklichkeit und falsche Reflexion einer richtigen Wirklichkeit jene herrschaftsmäßig zu bestätigen und diese utopisch zu projizieren, in dem durch den Sowjetmarxismus definierten staatlichen System eingeebnet ...

Die "Gefahrenzone" (Marcuse) literarisch-ästhetischer Transzendenz für den bürokratisierten Zentralstaat administrativer Planwirtschaft wird durch die Geschichte der Prager Reformbewegung und der führenden Rolle der Intellektuellen eklatant bestätigt. Die Sphäre der Literatur war unter diesen Aspekten der keineswegs zufällige, wenn auch basisentfernteste Ausdruck des emanzipatorischen Reformbewußtseins, denn "je mehr die Basis auf die Ideologie übergreift, sie manipuliert und mit der bestehenden Ordnung gleichschaltet, desto mehr wird die ideologische Sphäre, die von der Wirklichkeit am entferntesten ist (Kunst, Philosophie), eben wegen dieser Entfernung zur letzten Zuflucht der Opposition gegen diese Ordnung" (Marcuse). Der literarische Anfang der politischen Reform konzentrierte sich in der CSSR um die ästhetische Befreiung Kafkas aus der sozialistisch-realistischen Verbannung. Jene war mehr als ein nur literarisches Ereignis, vielmehr ein politisches Programm, das die von Goldstücker organisierte Kafka-Konferenz von 1963 demonstrierte. Kafkas Werk wurde zum chiffrierten Text der liberalen Opposition der Intellektuellen gegen den Stalinismus. An dieser Stelle, einmal abgesehen von der theoretischen Adäquanz dieser Interpretation Kafkas, wurde aus seinem Werk die Erfahrung juristischer Entfremdung angesichts einer jeglichen emanzipatorischen Dimension beraubten, bürokratischen Rechtssphäre und staatlichen Gewaltmaschine herausgelesen. Der emanzipatorische Fortschritt, den die von den Intellektuellen inhaltlich getragene Reformbewegung eröffnet hat, ihr historisch Neues in der alten Erscheinungsform liberalen Selbstbewußtseins, besteht in der institutionalisierten Rekonstruktion "ideologischer Transzendenz" durch die rechtsstaatliche Garantie republikanischer Freiheiten ... Durch die institutionalisierte Rekonstruktion liberaler Ideologie in der CSSR, deren herrschaftsverschleiernder und stabilisierender Charakter keineswegs zu leugnen ist, ist gleichwohl gegenüber der stalinistischen Phase der Fortschritt erzielt worden, überhaupt erst wieder die Spannung zwischen Idee und Wirklichkeit, Basis und Überbau eingeführt zu haben, und damit eine wie auch immer deformierte emanzipatorische Dimension eröffnet zu haben. Andererseits ist ideologische Transzendenz im rechtsstaatlichen Sinne auf der materiellen Basis verstaatlichter Produktivkräfte nicht mehr derart integrabel, sondern strukturell sprengender als auf der Basis einer klassengesellschaftlich organisierten Produktionsweise. Die Erfahrungen gerade der ersten Okkupationstage in der CSSR haben gezeigt, daß bei staatlicher Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln die republikanischen Freiheiten wieder in allerdings geschichtlich neuer Weise dem Proletariat die organisatorischen Bedingungen für die Fortsetzung des revolutionären Klassenkampfs im sozialistischen Lager selbst liefern können. Auf der anderen Seite wäre es eine Illusion anzunehmen, daß die strukturelle Potenz eines Umschlags der liberalistischen Ideologie in sozialistisches Bewußtsein sich hätte kurzfristig aktualisieren können. Die rechtsstaatlichen, parlamentarischen und nationalstaatlichen Fixierungen waren zu sehr im Bewußtsein der Massen verankert, als daß der politische Kampf sie von heute auf morgen hätte abbauen können ...

Alle CSSR-Bilder: dpa

ZUR WAHLFRAGE

Grünbunte Widersprüche

Kann man eigentlich bestreiten, daß kapitalistische Produktionsverhältnisse von den Herrschenden grundsätzlich mit einer Mischung aus Unterdrückung und zeitweiliger Integration der Opposition aufrecht erhalten werden? Daß dabei mal die eine, mal die andere Form der Taktik überwiegt? Daß oppositionelles Handeln, zumal wenn diese (sozialistische) Opposition noch nicht sehr einflußreich ist, immer einer doppelten Gefahr unterliegt: entweder werden ihre Aktionen gewaltsam erstickt, ein Teil der Aktivisten in die Resignation getrieben, oder aber die Herrschenden versuchen, einen Teil der Oppositionellen zu kaufen, mit kleinen materiellen, ideellen, ideologischen Zugeständnissen.

Wenn man dieser groben Skizzierung bürgerlicher Strategie zustimmt, dann ist Roland Roths Analyse der Landtagswahlen in einem entscheidenden Punkt falsch, greift zumindest zu kurz: es gibt keine "reine" Basisstrategie, die in der Bürgerinitiativ- und Ökologiebewegung bei Entfaltung "basisdemokratischer Binnenstrukturen" Aktionen, Lernprozesse usw. mit einer sicheren Erfolgsgarantie weitertreiben kann, wenn sie nur die Berührung mit dem bürgerlichen Integrationsmechanismus Wahl/Parlament vermeidet.

Gegen die Auflistung der Gefahren, die in der gegenwärtig erkennbaren Fixierung vieler Umweltgruppen auf die Wahldiskussion stecken, ist wenig zu sagen. Das heißt aber weder, daß Wahlkämpfe überhaupt keine Lernprozesse vermitteln können (etwa das Hamburger Ergebnis zwingt die Gruppen geradewegs dazu, darüber nachzudenken, wie man der fortbestehenden Integrationskraft der Sozialdemokratie entgegenwirken kann), noch sind anderen, "direkten" Aktionsformen bisher übermäßige Erfolge beschieden gewesen. Das ist halt eine Frage des Kräfteverhältnisses, und wenn das Zählen von Wahlschäfchen hier ein gewisses Erfolgserlebnis auf der einen, Ängste und Scheinzugeständnisse auf der anderen Seite hervorruft, so ist das besser als nichts.

Und was heißt überhaupt "Zweifel an der politischen Sprengkraft einer borniert verstandenen Ökologiefrage"? Ist es Aufgabe der Sozialisten, dieses Problem rechts liegen zu lassen und sich den "ernsthaften" Problemen wie Arbeitslosigkeit und Renten zuzuwenden, oder hat die Linke

die Aufgabe, den Zusammenhang zwischen diesen Problemen aufzuzeigen und damit die Gesamtsprengkraft zu erhöhen? Steckt nicht in der "bornierten Ökologiebewegung" die Grundforderung aller Sozialisten: wir wollen selbst entscheiden, was wir produzieren, was Gebrauchswert hat, mit welcher Technologie und welcher Arbeitsorganisation wir produzieren!? Wenn es gelingt, in der Ökologiebewegung dieses Selbstbewußtsein zu entwickeln, zu verbreitern, mit dem Bewußtsein von den Ursachen der Arbeitslosigkeit zu vermitteln, dann ist der Kampf für diese Forderungen auf allen Ebenen, mit allen Aktionsformen, auch der des Wahlkampfs, so ohne weiteres nicht integrierbar.

Mit diesem Grundgedanken im Hinterkopf versuchen wir, aus dem Hamburger Basis-Wahlkampf – und eventuell weiter folgenden – zu lernen. Mit der Bunten Liste aus Basisinitiativen stand eine Aktionseinheit zur Wahl, deren politische Arbeit und programmatische Forderungen wir in vielen wesentlichen Punkten unterstützen. Ihre Wahlbeteiligung war für uns vor allem unter 3 Gesichtspunkten erfolgreich:

1. Das Wahlergebnis gibt uns einen Gradmesser dafür, in welchem Maß der bisherigen politischen Arbeit und den Zielen der Basisinitiativen zugestimmt wird. Wir können feststellen, daß in Wahlkreisen mit linker Infrastruktur, wo kontinuierliche Basisarbeit geleistet wird (z.B. Eimsbüttel), die besten Ergebnisse erzielt wurden. In anderen Wahlkreisen hingegen, wo trotz proletarischer Bevölkerung und vergleichbar schlechten Lebens- und Wohnbedingungen (z.B. Harburg) die Ergebnisse schlecht waren, fehlt diese linke Infrastruktur (für Linke unattraktive Wohngebiete).
2. Die Beteiligung an der Wahl bietet grundsätzlich die Möglichkeit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit. Diese Möglichkeit ist stark genutzt worden. Der in der Regel auf einen Stadtteil oder ein Wohngebiet beschränkte Aktionsradius der Initiativen konnte erheblich ausgedehnt werden. Selbst in die Villenvororte wurde eingedrungen. Die dort erzielten guten Wahlergebnisse sind zum Teil auf linke Bürgerkinder, zum Teil auf das Interesse, Privilegien zu verteidigen, zurückzuführen (der letztere Aspekt ist auch für die Grünen Listen bedeutsam, weil vielfach Sonderinteressen berührt sind).
3. Das Eindringen in die bürgerliche Öffentlichkeit und Ansprechen sehr viel breiterer Bevölkerungskreise schafft nicht nur mehr Publizität für die angesprochenen Probleme, sondern zwingt auch die bürgerlichen Politiker, auf die Forderungen der Initiativen in Zukunft stärker einzugehen. Sei es, daß sie das Nichtaufgreifen von Interessen rechtfertigen müssen, sei es, daß sie einigen Forderungen sogar nachgeben, in jedem Fall müssen sie wegen der erreichten Öffentlichkeit Stellung beziehen.

Die Hamburger Bürgerschaftswahl hat aber durch die Beteiligung der Bunten Listen noch einige weitere positive Ergebnisse gebracht:

- Wir waren nicht mehr darauf angewiesen, aus Protest ungültig zu stimmen oder widerstrebend eine der perspektivlosen kommunistischen Parteien zu wählen.
- Diese Parteien haben endlich einmal das wirkliche Ausmaß ihrer Bedeutungslosigkeit erfahren können, das durch Protestwählerstimmen sonst verschleiert wird (die DKP verlor über die Hälfte ihrer Stimmen).
- Eine Ernüchterung brachte die Wahl auch für die FDP, die sich vergeblich links von der Hamburger SPD profilieren wollte, ohne darin glaubwürdig zu sein.
- Rund 70.000 von 1 Million Stimmen gingen nicht an die bürgerlichen

In eigener Sache

Bedingt durch die von vielen nicht erwarteten Prozent-Ergebnisse für die bunten und die grünen Listen in Hamburg und Niedersachsen hat in diesen Tagen innerhalb von Teilen des SB eine Umorientierung des bisherigen basisorientierten Politikverständnisses zugunsten einer Wahlbeteiligung stattgefunden. In Hessen und Westberlin haben kurzfristige Diskussionen auf SB-Versammlungen zu Mehrheitsentscheidungen für eine Unterstützung der "Grünen" bzw. "Bunten" geführt. Die "links"-Redaktion – deren Haltung in dieser Frage etwa im Sinne von Roland Roths Kommentar in der letzten "links" liegt – hat einen solchen Umschwung nicht erwartet.

Für uns ist der Versuch der Linken, der Basisbewegung "Stimme und Vertretung" in abgehobenen, bürgerfernen Parlamenten zu verschaffen, nicht nur ein "grünbunter Widerspruch", sondern eine politische Falschorientierung ums Ganze. Der Zerfall, der in Hamburg und Niedersachsen bereits im Gange ist (und auch in Hessen nur durch den Einigungsdruck vor den Wahlen bisher verhindert werden konnte), ist vorprogrammiert in dem grundsätzlichen Widerspruch zwischen basisorientierter Selbstwahrnehmung der Interessen (Beispiel Bürgerinitiativen) und abgehobener Stellvertreterpolitik (wie sie eine Wahl- und Parlamentsorientierung zwangsläufig mit sich bringt).

Schon deshalb ist es zu bedauern, wenn beispielweise der hier abgedruckte Beitrag der Hamburger Journalistengruppe weder diese Erfahrungen mit der bunten Liste in Hamburg berücksichtigt noch überhaupt darauf eingeht, daß das Hamburger SB vor wenigen Monaten den Wahlinitiativen eine prinzipielle Absage erteilte (siehe "links" März '78) und was sich eigentlich seitdem grundsätzlich geändert haben soll.

Eigentlich würden es die vorstehend erwähnten Entwicklungen im SB (und darüber hinaus) erfordern, in dieser "links" die Wahlbeteiligung der "Grünen" und "Bunten" und ihre absehbaren oder befürchteten Folgen in allen Aspekten in ihrem Für und Wider gründlich zu diskutieren; dies ist jedoch nicht mehr möglich, da das Erscheinen dieser Ausgabe – wegen Ferien in Redaktion, Verlag und Druckerei – nicht länger hinausgezögert werden kann. Wir beschränken uns deshalb auf den Abdruck des Beitrags der Hamburger Journalistengruppe und eines Kommentars ("Von der Basisbewegung zum grünen Filz"), den wir der Berliner Zeitschrift "Kritik" entnommen haben. Wir hoffen, mit beiden Beiträgen und zusammen mit Roths Kommentar in der Juli-"links" wenigstens einige Anstöße zur weiteren Auseinandersetzung mit der Wahlfrage zu geben. Weitere Beiträge – aus gewiß kontroverser Sicht – erscheinen dann in der nächsten "links".

DIE REDAKTION

Parteien. Allerdings reichten sie zum Überspringen der undemokratischen 5%-Hürde nicht aus, weil sie sich auf Bunte und Grüne Liste, linke Parteien und Wahlboykott verteilten. Andererseits ist es auch fraglich, ob die Bunte Liste zu einer sinnvollen parlamentarischen Arbeit fähig gewesen wäre. Darunter verstehen wir: Öffentlichmachen der Basisarbeit auch über das Parlament; die bürgerlichen Politiker zwingen, Stellung zu beziehen; Öffentlichmachen des parlamentarischen Geschehens; Imperatives Mandat.

Das Programm der Bunten Liste ist bislang jedoch sehr gering entwickelt und vereinheitlicht, weil es nicht aus einer längeren Auseinandersetzung in der praktischen Arbeit entstanden ist. Der Stellenwert der parlamentarischen Arbeit wird sehr unterschiedlich angesehen. Die Strukturen der Aktionseinheit sind gering entfaltet, um eine demokratische Kontrolle von Parlamentsvertretern zu gewährleisten. Insgesamt sind die politischen Unterschiede (beispielsweise zwischen SPD-Mitgliedern auf der einen Seite, KB-Genossen auf der anderen) für die Wahl zurückgestellt worden, dürften aber in der künftigen Zusammenarbeit zu Auseinandersetzungen und Streitereien führen, so daß sich die Tragfähigkeit des Zusammenschlusses von Initiativen erst noch beweisen muß.

Der Wahlkampf und seine Ergebnisse haben nicht nur die bürgerlichen Parteien, sondern auch uns überrascht. Wir mußten etliche unserer Einschätzungen und Prognosen als falsch erkennen:

- Noch im Januar haben wir uns darüber amüsiert, daß ein Vertreter der Bunten Listen mit 50.000 Stimmen rechnete. Wir hatten der Liste überhaupt keine Chance gegeben.
- Das Wahlbündnis schien uns eine Neuauflage der "Hamburger Aktionseinheit gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik" zu sein, mit der der KB vor einigen Jahren all seine Sympathisantengruppen zu einer "Massenbewegung" zusammengeschlossen hatte, ohne Rückhalt an der Basis zu finden. Im Wahlkampf schlossen sich jedoch immer mehr Basisinitiativen der Bunten Liste an – auch solche, die wegen der KB-Mitarbeit anfangs abgelehnt hatten.
- Auch das Verhalten des KB hatten wir falsch eingeschätzt. All unsere Erfahrungen aus Aktionseinheiten oder Zusammenarbeit in Initiativen ließen uns erwarten, daß der KB auch in der Bunten Liste andere Organisationen und Positionen unterdrücken würde. Für viele ist der KB deswegen ein rotes Tuch, und sie haben sogar vorgezogen, FDP zu wählen. Diesmal jedoch verhielt sich der KB nicht in gewohnter "K-Gruppen"-Manier. Selbst die KPD/AO schloß sich der Bunten Liste an, ohne ihre Positionen durchsetzen zu können (Kursschwenk).
- An manchen Punkten der Wahlplattform hätten wir sogar gewünscht, daß kommunistische Auffassungen deutlicher vertreten werden, weil das Programm ziemlich sozialdemokratisch ist. In späteren Wahlaussagen und Plattformen zu einzelnen Problembereichen (z.B. Wohnsituation) werden allerdings präzisere und aussagekräftigere Standpunkte vertreten als in der unter Zeitdruck hergestellten allgemeinen Plattform.
- So läßt sich auch feststellen, daß entgegen unserer ursprünglichen Vermutung nicht nur platter Wahlkampf gemacht worden ist. Es haben wirkliche Diskussionen und fruchtbare Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedern der Initiativen stattgefunden und eine Zusammenarbeit in Gang gesetzt, die es bislang kaum gab.

Die letzten Aussagen gelten jedoch kaum für den Produktionsbereich, aus dem sich – naturgemäß, denn hier bestehen nur ganz wenige Initiativen, die meisten sind Einzelkämpfer – nur wenige Gruppen angeschlossen haben, die auch nicht in dem Sinne eine soziale Bewegung verkörpern. Aber im Reproduktionsbereich, bei den Lehrergruppen, Mieterinitiativen usw., ist durch den gemeinsamen Wahlkampf eine Kommunikation und Kooperation entstanden, die eigentlich das wichtigste Ergebnis der Wahl darstellt.

Hier muß sich allerdings auch erweisen, ob die Bunte Liste mehr ist als nur eine Randgruppe des Parlamentarismus. Es ist relativ leicht, zu einem konkreten Punkt eine Aktionseinheit herzustellen, besonders wenn es sich um bürgerliche Wahlen handelt, deren Spektakel selbst viele Linke fasziniert. Schwieriger ist es, eine langfristige Zusammenarbeit zwischen Basisinitiativen aufzubauen. Vor allem besteht auch weniger Zwang zur Zusammenarbeit, und der Erfolg läßt sich nicht – wie bei der Wahl – in Zahlen ausdrücken.

Der Bunten Liste ging es nach eigenem Anspruch nicht einfach darum, eine wählbare Alternative zu sein, die genauso abgehoben wie bürgerliche Parteien Interessen vertritt (DKP). Sie muß nun den Nachweis antreten, daß sie auch und vor allem eine relevante Basisbewegung ist, die Menschen mit ihren unmittelbaren Interessen organisiert und für die Durchsetzung dieser Interessen primär außerhalb des Parlaments kämpft und Zustimmung erhält.

Wir wissen, daß ein großer Teil der Bunten-Liste-Wähler dieses Vertrauen auf die eigene Kraft hat und keine großen Einflußmöglichkeiten über das Parlament sieht. Ihnen sind die Mittel bekannt, mit denen eine linke Opposition im Parlament ausgeschaltet wird. Sie haben die Gewißheit, daß die Herrschaft der Bourgeoisie nicht über das Parlament gebrochen wird. Aber das gilt nicht für alle Wähler, und in den Wahlaussagen der Bunten Liste wird nur wenig Kritik an der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie geübt. Im Gegenteil konnten die Wähler der Bunten Liste den Eindruck gewinnen, daß die Bürgerschaftsfraktion der Bunten Liste ihre Interessen im Parlament durchsetzen würde. Eine wichtige Funktion der Wahlbeteiligung – die Parlamentarismuskritik – ist damit ungenügend eingelöst worden.

Dies hat zusätzlich zur KB-Kritik leider viele Linke dahin gebracht, dem Wahlaufruf der Stadtzeitung "Große Freiheit" zum Boykott zu folgen und ungültig zu stimmen. Das halten wir für sektiererisch, denn dank der Kandidatur der Bunten Liste konnten gesellschaftskritische Auffassungen wie selten zuvor öffentlich gemacht werden. Noch unverständlicher als der Wahlboykott ist uns, daß selbst Linke FDP oder SPD gewählt haben, während nicht wenige ihrer Stammwähler abgesprungen sind (allerdings auch nach rechts, besonders bei der FDP).

Für die Zukunft sehen wir vor allem vier Problempunkte:

1. Die Initiativen dürfen nicht zu Vorfeldorganisationen einer politischen Gruppe werden, weil dadurch die Verbreiterung ihrer Basis verhindert würde.
2. Sie müssen eine gemeinsame antikapitalistische Strategie entwickeln, ohne sich an ideologischen Fragen zu spalten.
3. Sie müssen die Schwierigkeiten und Mißerfolge tagtäglicher Kleinarbeit verkraften, ohne zu resignieren wie viele Anti-AKW-Gruppen.
4. Selbst wenn sich der Zusammenschluß der Basisinitiativen als tragfähig erweisen sollte (was wir hoffen), bleibt jedoch die Tatsache, daß er Ausdruck einer auf den Reproduktionsbereich beschränkten Bewegung ist. Denn wenn die Initiativen und oppositionellen Gruppen aus dem Produktionsbereich, die sich teils zu den Betriebsratswahlen gebildet haben, teils im "AK Leben" organisieren, mit der Basisbewegung organisatorisch und programmatisch zusammenwachsen, kann der Weg für eine sozialistische Perspektive geöffnet werden.

JOURNALISTENGRUPPE IN DER ISZ HAMBURG

Von der Basisbewegung zum Grünen Filz

Die Wahlen in Hamburg und Niedersachsen sind vorbei. Die Beantwortung der Frage, ob das Auftreten der "Grünen" und "Bunten" den Beginn eines politischen Umschwungs, den Anfang des Entstehens einer tatsächlichen politischen Alternative zu den bestehenden Formen bedeutet, ist noch nicht möglich, zu viele entscheidende Fragen sind noch offen geblieben, die Zweifel haben sich gemehrt.

Das einzig greifbare Ergebnis, das für andere Bundesländer allerdings eine Signalwirkung haben wird, liegt in dem Nachweis, daß es tatsächlich ein beträchtliches Protestpotential in der Bevölkerung gibt, das sich von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten fühlt und bereit ist, diesen Unmut öffentlich zu demonstrieren. Mit einer Vorbereitungszeit von nur drei Monaten, ohne Geld, Apparat, Erfahrung, Einfluß und Zugang zu den Massenmedien gelang es in Niedersachsen und Hamburg, einen Stimmenanteil zu ergattern, der nur knapp unter dem der FDP liegt. Dabei standen der FDP als 30 Jahre alter Partei, die sowohl in den Ländern wie im Bund in der Regierung war, natürlich alle dementsprechenden Hilfsmittel der staatlichen und privaten Institutionen sowie die öffentlichen Medien zum Wahlkampf zur Verfügung. Deshalb ist das zahlenmäßige Wahlergebnis für die Grünen und Bunten ein tatsächlicher Erfolg, der sicher in anderen Bundesländern zur Nachahmung reizen wird.

Was sich dahinter verbirgt, welche Wähler aus welchen Motiven und mit welcher Perspektive die alternativen Listen gewählt haben, das steht auf einem ganz anderen Blatt, ebenso die Frage, ob die Konzentration der Kräfte auf die Wahlbeteiligung das zweckmäßigste Mittel zur Erreichung der erklärten Ziele ist.

Der Ausgangspunkt ist nach wie vor klar. Es gibt in der BRD ein numerisch starkes und politisch schwaches Oppositionspotential, das sich aus verschiedenen Fraktionen zusammensetzt. Darunter haben ganz gewiß die verschiedenen Fraktionen der Linken ein deutliches Übergewicht. Das Problem ist nur, daß es bisher nicht gelungen ist, eine überzeugende sozialistische Alternative aufzubauen, so daß sich diese Linke in erster Linie momentan auf die Ökologiefrage konzentriert. So wichtig diese Frage ist, so bleibt dennoch festzuhalten, daß dies zugleich auch ein Rückzug ist, eine Kapitulation vor den Schwierigkeiten, eine überzeugende und massenwirksame sozialistische Position für die BRD zu entwickeln, die natürlich auch die Ökologiefrage umfaßt, aber nicht nur diese, die nicht dem Rechtsdrall und der eigenen Perspektivlosigkeit dadurch Rechnung trägt, daß man sich unter dem Mantel des Umweltschützers verbirgt. Die pragmatische Orientierung auf die Wahlen mag kurzfristig zu einer Mobilisierung taugen, zu der Illusion beitragen, daß die Linke nicht mehr so isoliert und orientierungslos ist, daß endlich mal wieder "was" gemacht wird.

Auf die lange Sicht müssen Zweifel am Erfolg dieser Strategie angemeldet werden. Zunächst einmal muß festgehalten werden, daß die Wahlkampagne sowohl in Hamburg wie in Niedersachsen zur Spaltung der Basisbewegung geführt hat. Ferner ist festzuhalten, daß in beiden Fällen Kräfte gestärkt wurden, die die Ökologiefrage zum politischen Machterwerb nutzen wollen, es also immer fragwürdiger geworden ist, ob sich die sozialistische Linke durch diese Bewegung "regenerieren" kann, wobei es sowieso noch den Unterschied zwischen den "Grünen" und den "Bunten" gibt. Zum dritten schließlich ist die perspektivische Diskussion der Linken durch die Wahlorientierung in eine sehr pragmatische Richtung gedrängt worden, wo es in erster Linie darum geht, wen man möglichst für eine solche Protest-Liste gewinnen kann, und erst in zweiter Linie, für welche positiven Ziele man denn eintritt. Man muß sich ernsthaft die Frage vorlegen, ob durch die Wahlorientierung die für die Linke existentiellen Diskussionen gefördert oder eher behindert werden. Daß man in einer Wahlkampagne verschiedene Gruppen in einem negativen Bündnis zusammenbekom-

men kann und die Möglichkeit hat, die spezifischen Interessen dieser Gruppen einem größeren Teil der Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen, ist unbenommen und ganz sicher eine der positiven Seiten. Die andere Seite ist die, daß andere Aktivitäten und Orientierungen, wie die Basisarbeit und die kritische Gewerkschaftsarbeit, etwa im "Aktionskreis Leben", vernachlässigt und radikale selbstkritische Diskussionen praktisch verunmöglicht werden.

Damit aber ist das entstehende Gebilde auf Sand gebaut, denn in erster Linie muß es darum gehen, die sich entfaltende soziale Bewegung zu stärken, ihr eine inhaltliche Perspektive zu geben. Die Wahlorientierung in der Ökologiebewegung und der Linken ist momentan aber deutlicher Ausdruck ihrer Konzeptionslosigkeit, des Scheiterns anderer Aktionsformen (Wendepunkt war die Grohnde-Demonstration) und des Mangels an politischer Zielsetzung. Damit verwoben ist das Interesse einer sich herausbildenden Machterwerbsgruppe, die sich aus verschiedenen Fraktionen zusammensetzt, aus gescheiterten Politikern (wie bei Teilen der GLU in Niedersachsen), karrieresüchtigen Individuen und politischen Gruppierungen (KB und KPD in Hamburg), deren bisherige Politik gescheitert ist und die jetzt auf dieses Pferd setzen und versuchen, ihre Interessen nun auf anderem Wege zur Geltung zu bringen, um nicht ihre Mitglieder und den politischen Einfluß zu verlieren. Schon sitzen in anderen Bundesländern die geheimen und informellen ZKs beieinander und haben ihren Fahrplan schon in der Tasche. Wir kannten bislang nur den Atomfilz, jetzt ist ein Grüner Filz im Entstehen. Dieser Grüne Filz ist als Machterwerbsgruppe aus verschiedenen Fraktionen zusammengesetzt, die teilweise konträre politische Zielsetzungen haben. Das Gemeinsame besteht darin, die Protestbewegung in eine Richtung zu lenken, die den Machterwerb ermöglicht. Der KB und die KPD, die zu diesem Filz zählen, treten vornehmlich immer in Gestalt von Delegierten aus BIs oder Zeitungen auf, wo es ihnen in der Regel leicht gelingt, sich dazu ernennen zu lassen, weil sie bereit sind, die damit verbundene zeitliche Mehrbelastung zu tragen. Es geht bei den Diskussionen in diesen Kreisen in erster Linie nur noch darum, wer zuerst die Fakten schafft, mit denen sich die anderen auseinanderzusetzen haben, wer als erster gründet, um dann "Einheit" zu schreien und Unterordnung zu meinen. So hat die GLU in Niedersachsen vollendete Tatsachen geschaffen und der KB in Hamburg, dort allerdings nicht direkt, sondern immer vermittels seiner Aktivisten in den verschiedenen Basisgruppen. Es wird viel von Basisdemokratie geredet und noch mehr gemauschelt. Auf das scheinbare Wunder der plötzlichen Liberalität der ML-Parteien werden wir im nächsten Heft genauer eingehen.

An dieser Stelle soll vorerst nur eine vorläufige Bilanz der Wahlen gezogen werden, was sie aussagen und welche Fragen offen geblieben sind oder einer weiteren Diskussion bedürfen.

Neben der Tatsache, daß es in beiden Bundesländern respektable Prozentsätze gegeben hat, sind bei beiden Wahlen die entscheidenden Fragen umschifft worden.

Da ist zunächst die Frage des positiven Ziels, das man über die Wahlen erreichen wollte. Da in beiden Bundesländern kein Mandat gewonnen wurde, ist man elegant an der Frage vorbeigekommen, was die Vertreter denn nun für eine Politik gemacht hätten. Darüber kann es nur Vermutungen geben, denn das derzeitige politische und programmatische Niveau hätte in beiden Fällen nicht ausgereicht, um Realpolitik zu machen, zu der man dann gezwungen wäre, d.h. sich unter den gegebenen Bedingungen positiv für bestimmte Ziele einzusetzen. Beide Programme waren in erster Linie negativ bestimmt. Der Ausgangspunkt war die Ablehnung der Atomenergie im besonderen und die Ökologiefrage im allgemeinen. Dieser Punkt wurde vor allem in Hamburg durch einen Katalog von Forderungen ergänzt, der sich gegen die Diskriminierung und Benachteiligung bestimmter Gruppen richtete wie Frauen, Kinder, Schwule, Gefangene etc. Daneben gab es Punkte, die sich gegen die Berufsverbote und den Abbau der Rechtsstaatlichkeit richteten. So wichtig und richtig diese Punkte jeder für sich sind, so allgemein sind sie und realpolitisch nicht umsetzbar. Die Probe aufs Exempel wurde vertagt, eine Galgenfrist gewährt.

Ein weiterer wunder Punkt wurde dadurch nicht tangiert, daß die Wahlbeteiligung auf den Ausgang der Wahlen praktisch keinen Einfluß gehabt hat und man sich so um die Frage der allgemeinpolitischen Verantwortung herumdrücken kann. In Hamburg siegte die SPD klar, in Niedersachsen die CDU. Daß die FDP beide Male unter die 5%-Marke sank, ist nachweislich nicht ursächlich auf die Beteiligung der Grünen und Bunten zurückzuführen.

... Die Sache spitzt sich in Hessen schon zu, denn dort geht es darum, ob Dregger an die Regierung kommt und die CDU damit im Bundesrat die Zwei-Drittel-Mehrheit erobert, die es ihr erlaubt, den Bundestag auf den Gebieten schachmatt zu setzen, die Länderinteressen tangieren. Damit wäre die sozialliberale Koalition praktisch regierungsunfähig. Man kann ja der Auffassung sein, daß einem das völlig egal ist, nur das würden wir gern einmal von denen hören, die sich da zur Wahl stellen, um darüber in eine Diskussion eintreten zu können. Hier geht es nicht um die Frage der Wahlhelferschaft für die SPD oder FDP. Es geht vielmehr darum, daß man sich der Konsequenzen seines Handelns bewußt ist und dazu Stellung bezieht. Wenn man sich in die "große" Politik einmischt, muß auch auf dieser Ebene diskutiert werden. Es bleibt die Frage zu beantworten, ob durch eine weitere Wahlbeteiligung in anderen Bundesländern, mit allen sich möglicherweise daraus ergebenden Konsequenzen, die Bedingungen zur Durchsetzung der angestrebten politischen Ziel verbessert werden können oder nicht. Dies ist die entscheidende Frage, soll die Wahlbeteiligung nicht zum Selbstzweck werden oder zur Befriedigung obskurer politischer Machtbedürfnisse dienen. Es geht dabei also nicht um eine abstrakte Parlamentarismusdebatte – die Kombination von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf kann ja unter bestimmten Bedingungen durchaus sinnvoll sein –, sondern um die Frage der Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse. Dazu gibt es immerhin mehrere Mittel, die Beteiligung an den Wahlen ist eines, das auch die gegenteilige Wirkung haben kann. Die Erfahrungen der APO haben gezeigt, daß gerade der Weg nicht immer der kürzeste sein muß. Was jetzt in Hamburg und Niedersachsen glimpflich verlaufen ist, sogar das positive Ergebnis der Schaffung von Öffentlichkeit gehabt hat, muß nicht in Hessen, Nordrhein-Westfalen oder Berlin den gleichen Effekt haben. Nur politische Ignoranten und bornierte Karrieristen können ernsthaft behaupten, daß es für die Oppositionsbewegung in der BRD und Westberlin völlig ohne Belang ist, ob die CDU/CSU an die Macht kommt. Das, was mit der Wahlorientierung positiv zu erreichen ist, steht zumindest in Hessen und Berlin in keinem Verhältnis zu dem Risiko, das damit eingegangen wird. Daß hier grüne und bunte Listen aufgestellt werden, steht in Hessen offiziell, in Berlin informell bereits fest. Deshalb kann es momentan nur noch um die Organisierung einer breiten und öffentlichen Diskussion gehen, die die Inhalte und Perspektiven der Oppositionsbewegung zum Gegenstand hat und so die Organisationen zu Stellungnahmen zu den Fragen zwingt, die bislang unbeantwortet geblieben sind. Es muß völlige Klarheit darüber hergestellt werden, wer sich im Einzelfall hinter den "Grünen" oder "Bunten" verbirgt und welche Interessen und Forderungen die jeweiligen Personen oder Gruppierungen vertreten. Dem Grünen Filz muß das Handwerk gelegt werden!

LUTZ MEZ/ULF WOLTER

(Entnommen aus "Kritik" – Zeitschrift für sozialistische Diskussion, Heft 16).

Broschüre: Zensur und Selbstzensur

Die Hamburger Vorbereitungsgruppe für das 3. Internationale Russell-Tribunal hat eine Broschüre zum Thema "Zensur und Selbstzensur" herausgegeben. Bei der Mehrzahl der darin abgedruckten Texte handelt es sich um Redebeiträge, die im letzten Jahr auf einer Zensurveranstaltung der Hamburger Vorbereitungsgruppe gehalten wurden (Wilfried Gottschalch, Sebastian Cobler, Arno Münster). Weiterhin ein Beitag von Jørgen Knudsen über berufsverbotsähnliche Tendenzen im Dänischen Rundfunk und ein Beitrag von Arno Münster über die Gleichschaltung der Medien, der für die zweite Sitzungsperiode des Tribunals bestimmt ist.

Die Texte sollen über eine Darstellung der Fälle hinaus einen Beitrag dazu liefern, die psychologischen, juristischen und politischen Hintergründe des Komplexes von Zensur und Selbstzensur zu beleuchten und gegebenenfalls Anregungen für eine erfolgreiche Gegenwehr gegen die schleichende Resignation angesichts eines derart geballt auftretenden staatlichen Zensurdrucks zu geben.

Die Broschüre ist zu bestellen bei: Gabi Oberstenfeld, Neuer Kamp 7, 2000 Hamburg 6, Tel. 4398144, Preis pro Stück DM 2,-- + Porto, ab 10 Stück portofrei. Konto: Gabi Oberstenfeld, Walter Uka, Hamburger Sparkasse 1251/460778

russell-tribunal

Zur zweiten Sitzungsperiode im Januar 1979

Am Wochenende 1./2.7.1978 tagten in Westberlin Jury, deutscher Beirat und Sekretariat des Russell-Tribunals, um die 2. Sitzungsperiode, die am 3. Januar 1979 beginnen und 4-5 Tage dauern soll, vorzubereiten. Wir bringen nachfolgend eine Protokollnotiz über die Diskussion von Jury, Beirat und Sekretariat am 1./2. Juli und untenstehend im Kasten die auf diesem Treffen herausgegebene Erklärung des 3. Internationalen Russell-Tribunals zur Vorbereitung der 2. Sitzungsperiode.

Protokollnotiz

Die zwei Tage währende Diskussion von Jury, Beirat und Sekretariat wird hier zusammengefaßt, um die "Erklärung" zu erläutern. Diese Diskussion wurde offen und zum Teil kontrovers geführt. Die Abstimmung brachte aber – bis auf eine Gegenstimme im Hinblick auf die Thematik der Strafverfahren – volle Übereinstimmung. Die folgende Zusammenfassung der Argumente versucht, die wesentlichen Entscheidungsgründe gemäß der Diskussion anzuführen. Diese Erläuterung ist deswegen als authentische Interpretation der Jury-, Beirats- und Sekretariatserklärung zu begreifen. Zunächst werden die allgemeinen Auswahlkriterien angeführt, danach wird knapp referiert, welche Gründe für und welche Gründe gegen die Aufnahme der einzelnen Schwerpunkte gesprochen haben.

1. Die allgemeinen Auswahlgesichtspunkte

Um überhaupt in der Lage zu sein, aus dem breiten Spektrum möglicher Themen rational im Sinne der Gründungsabsicht des 3. Russell-Tribunals auswählen zu können, bedurfte es der Übereinkunft über die Kriterien der Auswahl. Wenn bestimmte Probleme nicht zum Thema der 2. Sitzungsperiode bestimmt wurden, bedeutet diese Entscheidung nicht, daß sie (z.B. Recht und Rechtspraxis im Hinblick auf den staatlichen Umgang mit Ausländern) mißachtet oder mögliche Menschenrechtsverletzungen in solchen Bereichen als geringfügig angesehen worden wären. Die Auswahlentscheidung rechtfertigt sich allein anhand der folgenden Kriterien, die im Zusammenhang gesehen werden müssen und nicht voneinander isoliert betrachtet werden dürfen.

a) Hauptkriterium mußte die Frage danach bilden, welche Gesetze und Maßnahmen mutmaßlich die Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland am meisten gefährden bzw. schon verletzt haben. In diesem Zusammenhang mußte vor allem geklärt werden, welche der neueren Entwicklungen in der Gesetzgebung und welche Maßnahmen der Exekutive – auch indem sie andere Rechts- und Verwaltungsbereiche be-

einflussen – am "dynamischsten", am bedrohlichsten sind.
b) Nicht den gleichen Rang konnte die Frage beanspruchen, welche Problembereiche sich am besten dafür eigneten, die deutsche Öffentlichkeit von der Gefährdung der Grundrechte zu überzeugen. Selbstverständlich aber mußten diese Fragen ohne jeden Opportunismus erörtert werden, da dem Russell-Tribunal an einer "linken Selbstbespiegelung" nicht gelegen sein kann.
c) Verletzungen von Menschenrechten kann das Russell-Tribunal nur insoweit behandeln, als zureichend dokumentierte Fälle vorliegen, Fälle, die zugleich nachweislich symptomatischen Charakter besitzen müssen. Einzelfälle kommen deshalb ebensowenig in Frage wie Problembereiche, über die nur mehr oder minder gut bestätigte Vermutungen angestellt werden können. Das Russell-Tribunal steht und fällt mit der Seriosität seines Verfahrens.
d) Der Jury des Russell-Tribunals muß an der Kontinuität ihrer Arbeit gelegen sein. Nachdem in der Gründungserklärung drei Fragenkomplexe genannt worden waren, verstand es sich von selbst, daß diese auch behandelt werden würden, hatte die Jury doch ihre Entscheidung im Oktober 1977 nach reiflicher Erwägung und informiert durch über 10 Spezialgutachten zur Situation der Menschenrechte in verschiedenen Bereichen gefällt.
e) Um eine möglichst breite Öffentlichkeitswirkung zu erzielen und da alle Jurymitglieder neben der Mitarbeit im Russell-Tribunal auch anderen wichtigen politischen und beruflichen Verpflichtungen nachkommen müssen, kann die zweite Sitzungsperiode nicht länger als 4-5 Tage dauern. Da es zugleich beschlossene Sache ist, daß das Tribunal keine weitere Sitzungsperiode anberaumen wird, müssen die mündlich verhandelten Themen alle in diesem Zeitraum präsentiert werden. Aufgrund der zeitlichen Beschränkung ergeben sich so notwendigerweise harte Einschränkungen für die Zahl der Themenbereiche und der präsentierbaren Fälle. Das Russell-Tribunal und sein Verfahren werden unglaubhaft, wenn die vor dem Tribunal dargelegten Fälle nicht so vorgestellt werden, daß jedermann der Erörterung folgen und sich sein entsprechendes Urteil bilden kann.

2. Gründe zur Auswahl der drei Gegenstandsbereiche

a) Zensur in der Bundesrepublik Deutschland

Zensurpraktiken in einem weiteren Sinne des Wortes gefährden einschneidend die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik. Wer in den öffentlichen Dienst will, muß sich häufig auf das "Haben" einer Meinung beschränken, er kann sie nicht risikolos äußern, auch wenn sie durchaus verfassungskonform ist. Wer bestimmte Manuskripte in Auftrag nimmt und in seiner Druckerei herstellt, riskiert, für den Inhalt der Druckerzeugnisse zur Rechenschaft gezogen werden, als handele es sich bei einer Druckerei um eine Verfassungsschutzinstanz. Wer Bücher in öffentlichen Bibliotheken ausleiht, kann hinterher erfahren, daß er aufgrund der von ihm entliehenen Titel als "Verfassungsfeind" erfaßt worden ist. Wer Polizeipraktiken kritisiert, ja wer nur dazu aufruft, sich um die Analyse bestimmter Gewalttaten zu kümmern, gerät in Gefahr, der Verleumdung von Staatsorganen geziehen oder der Verherrlichung von Gewalt für schuldig befunden zu werden. Wer bestimmte Begriffe gebraucht, macht sich, wenn er nicht gleich bestraft wird, verdächtig.
Einschränkungen der Meinungsfreiheit aller Art, durch strafgesetzliche Bestimmungen legitimiert (vgl. besonders die jüngst verabschiedeten Paragraphen 88 a und 130a StGB), werden verstärkt durch einen breiten Fächer von Zensurpraktiken und ein differenziertes Zensurinstrument innerhalb und außerhalb der öffentlichen Medien.
Da die Meinungsfreiheit, die Freiheit, sich zu äußern und auch die entsprechende Verteilung der Mittel, sich äußern zu können, zum Kernbestand nicht nur jeder Demokratie gehört, sondern einen zentralen Bestandteil von Selbstbewußtsein und Integrität jeder Person bildet, ist es zwingend notwendig, der Gefährdung der Meinungsfreiheit durch Zensurpraktiken aller Art zu begegnen. Das Russell-Tribunal wird sich deshalb darum bemühen, zu analysieren und zu demonstrieren, wie weit dieses Grundrecht der Meinungsfreiheit bereits gefährdet ist und wie es um die Qualität der offiziellen Rechtfertigungen für seinen Einschränkungen bestellt ist.

b) Entwicklung und Methoden des Verfassungsschutzes

Der gleichlautende Refrain aller Berufsverbotsfälle lautete: "... Aber der Verfassungsschutz macht's möglich." Die sich weitgehend im Geheimen, im Untergrund abspielende Tätigkeit der Organe des Verfassungsschutzes hat in der Bundesrepublik ein Ausmaß erreicht, daß gerade auch der "Unschuldige", der Unpolitische befürchten muß, observiert, in den Verfassungsschutzakten oder Computern mit willkürlich ausgewählten "Daten" gespeichert, irgendwann einmal bei einer Entlassung oder Nichteinstellung auch im nicht-öffentlichen Dienst mit Entscheidungen konfrontiert zu werden, die geheim oder offen von Verfassungsschutzinformationen bedingt sind. Gerade in jüngster Zeit sind typische Fälle offenkundig geworden, in denen der Verfassungsschutz "Erkenntnisse" geheim an Betriebsleitungen weitergegeben hat oder in denen der Verfassungsschutz im Sinne der zweifelhaften "Amtshilfe" zusammen mit dem Bundesgrenzschutz zahllose Personen fortlaufend observiert hat, einzig, weil sie Zeitschriften mit sich führten, die dem Verfassungsschutz aus irgendwelchen Gründen mißliebig aufgefallen waren.
Ist der Verfassungsschutz nicht längst zu einem Organ der Verfassungsgefährdung geworden? Durchbricht er mit seinen Maßnahmen und Instrumenten nicht fortlaufend die grundrechtlich gewährte Integrität der Person, ihrer Wohnung, ihres privaten Verkehrs u.ä.m.? Die Institution der Geheimdienste generell und des Verfassungsschutzes speziell – in ihrer Eigendynamik kaum kontrollierbar – gefährden heute mehr und mehr die Möglichkeit auf ungehinderte Wahrnehmung der Grundrechte durch den einzelnen Bürger. Ihren Praktiken gilt es deshalb über einige kurzfristige sensationsmachende Meldungen hinaus auf die Spur zu kommen.

c) Mutmaßliche Verletzung der Menschenrechte von Personen, die in einem Strafverfahren involviert sind

Schon die Magna Charta garantierte dem Angeklagten das Recht, vor einer gerichtlichen Überführung wie ein Nicht-Schuldiger behandelt zu werden und entsprechende Mittel und Möglichkeiten, sich zu verteidigen. Das Recht des Beklagten bildet somit die Wiege des modernen liberalen Rechtsstaates. Gerade die Rechte des Beklagten und seiner Verteidiger sind in der jüngsten bundesrepublikanischen Rechtsentwicklung erheblich, zum Teil drastisch eingeschränkt worden. Das "Kontaktsperregesetz" ermöglicht es beispielsweise den zuständigen Behörden und Gerichten, in bestimmten Fällen terroristischer Gefährdung sämtliche Kontakte aller Häftlinge, auch der Untersuchungshäftlinge, zunächst einmal 30 Tage lang aufzuheben oder erst gar nicht zustande kommen zu lassen. Andere Gesetze haben die freie Verteidigerwahl eingeengt oder die Arbeit der Verteidiger mit erheblichen Schranken umstellt. Die ohnehin prekäre "Waffengleichheit" zwischen Anklage und Verteidigung scheint noch weiter zu Ungunsten der letzten und zu Gunsten der ersteren verschoben.
Nun sind diese neuerlichen Beschränkungen alle dadurch gerechtfertigt worden, daß sie – wie manche Einschränkungen der Meinungsfreiheit – unabdingbar seien, wenn sich Staat und Gesellschaft terroristischen Gefährdungen ausgesetzt sähen. Stimmt diese Rechtfertigung? Können Einschränkungen der Verteidungsrechte dieser Art in der Tat helfen, terroristischen Gewalttätern das Handwerk zu legen? Dürfen staatliche Instanzen darüber hinaus Mittel anwenden, die prinzipiell Menschenrechte in Frage stellen und verletzten? Diese und ähnliche Fragen werden anhand von Gutachten und Fällen zu überprüfen sein.
d) In allen drei Problembereichen waren in der Bundesrepublik in jüngster Vergangenheit Einschränkungen zu beobachten, die auf eine Verletzung von Menschenrechten hinzuweisen scheinen. Allerdings wäre es falsch anzunehmen, Zensurpraktiken, Eigendynamik von Geheimdiensten, Einschränkung von Verteidigungsrechten u.ä.m. gefährdeten nur in der Bundesrepublik die Menschenrechte. Vielmehr läßt sich ähnliches auch in anderen vergleichbaren westlichen Demokratien beobachten, ganz zu schweigen von den Staaten des "realen Sozialismus" oder Ländern wie Persien, Argentinien, Chile u.v.m. Die Jury ist sich dieser allgemeinen Problematik bewußt. Deswegen werden vergleichende Gutachten während der 2. Sitzungsperiode auch eine unvergleichlich größere Rolle spielen als während der ersten.

enthält u.a.: ● Vorwort zur Begründung der Herausgabe dieser Dokumentation durch Gewerkschafter ● Originaldokumente zur Chronik der Versuche, das 3. Internationale Russell-Tribunal zu verhindern ● Berufsverbotsfälle und Gutachten der ersten Sitzungsperiode ● Bilder und Gedichte von zwei Jurymitgliedern.
Erhältlich bei Vorauszahlung auf Konto Nr. 22-060448 der Bezirkssparkasse Gießen (Brigitte Bach). Bestelladresse: Brigitte Bach, Crednerstr. 14, 6300 Gießen, Tel. 0641/78395.

3. Gründe für die Abwahl anderer Gegenstandsbereiche

Die unter 1. dargestellten Kriterien erklären allgemein, warum die drei knapp charakterisierten Gegenstandsbereiche ausgewählt wurden; auch warum es schon aus zeitlichen Gründen ausgeschlossen gewesen wäre, die Tagesordnung des Tribunals noch zu erweitern. Weil jedoch zwei Themen immer erneut von verschiedenen Gruppen als "notwendiger" Behandlungsgegenstand des Tribunals in den Vordergrund gerückt worden sind, soll knapp referiert werden, mit welcher Begründung die Jury die Untersuchung dieser Fragestellungen ablehnte.

a) Ausschlußpraxis der Gewerkschaften

Etliche dem Tribunal zur Kenntnis gelangte gewerkschaftliche Ausschlüsse haben erhebliche Bedenken hervorgerufen. Gerade weil alle Jurymitglieder entweder selbst Mitglieder von Gewerkschaften sind oder mit deren Sache sympathisieren, konnten sie manche von einzelnen Gewerkschaften praktizierten Ausschlußverfahren nur schwer verstehen. Mehr noch: diese Ausschlußverfahren erregten erhebliche Kritik. Erhebliche Kritik erntete ein Teil dieser Ausschlüsse vor allem deshalb, weil die bundesdeutschen Gewerkschaften im Unterschied zu anderen Gewerkschaften westeuropäischer Länder de facto Monopole darstellen und deswegen durch einen Gewerkschaftsausschluß u.a. eine Einschränkung des Grundrechts auf Koalitionsfreiheit droht. Dennoch konnte sich die Jury nicht dazu entschließen, die Gewerkschaftsausschlüsse auf die Tagesordnung der 2. Sitzungsperiode zu setzen. Die Gründe für diese negative Entscheidung lauten u.a.:
1. Im Kontext der Behandlung der staatlichen Berufsverbote bei der ersten Sitzungsperiode wurden Gewerkschaftsausschlüsse, die unmittelbar in Verbindung mit solchen Berufsverboten zu sehen sind, bereits the-

matisiert und werden dementsprechend auch Eingang in den Schlußbericht zu den Berufsverboten finden, der im Frühherbst erscheinen wird.

2. Auch dort, wo die Gewerkschaftsausschlüsse unter gewerkschaftlichen und zugleich demokratischen Gesichtspunkten abzulehnen sind, besitzen sie einen anderen Charakter als beispielsweise staatliche Berufsverbote. Nicht nur ist die unmittelbare Geltung von Menschenrechten in formell privaten Organisationen umstritten und in jedem Fall nur teilweise einzulösen. Auch die Wirkung eines Gewerkschaftsausschlusses ist, so schwer er den einzelnen treffen und so sehr er zu kritisieren sein mag, mit der Wirkung des staatlichen Berufsverbots nicht zu vergleichen.

3. Obwohl ein Großteil der neueren Gewerkschaftsausschlüsse in den gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüssen von 1973 ihre gemeinsame Basis besitzen, variieren Gründe und Charakter der Ausschlüsse je nach Einzelgewerkschaft und Gewerkschaftsbezirk dermaßen, daß eine einheitliche Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse unabhängig vom staatlichen Berufsverbot nicht möglich erscheint.

4. Weil es sich bei den Gewerkschaften zum einen um formell private Organisationen handelt und weil die Gewerkschaften zum anderen die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer darstellen, ist es angezeigt, Kritik an dieser oder jener Praxis der Gewerkschaften innerhalb der Gewerkschaften zu üben oder doch zumindest so, daß der Gewerkschaftsbezug und das gemeinsame Interesse an der besten Vertretung der Arbeitnehmerinteressen klar bleibt. Würde sich das Russell-Tribunal unbeschadet der anderen Bedenken entschließen, die Gewerkschaftsausschlüsse zu behandeln, könnte nicht nur bei den Gewerkschaften, sondern auch in der Öffentlichkeit insgesamt der Eindruck entstehen, als wolle das Russell-Tribunal die Gewerkschaften als solche kritisieren oder als ginge es dem Tribunal um die Unterstützung einer bestimmten Gewerkschaftsstrategie. Dem Russell-Tribunal geht es aber exklusiv um die Menschenrechte und ihre mögliche Verletzung.

5. Selbst wenn man alle diese Argumente nicht teilt, ist schließlich das Zeitargument durchschlagend. Es dürfte kaum nachzuweisen sein, daß die Ausschlüsse aus den Gewerkschaften in der Hierarchie der Menschenrechtsgefährdungen obenan stehen.

Wenn man also die fünf eingangs dargestellten Kriterien auf die gewerkschaftlichen Ausschlüsse anwendet, muß die Entscheidung eindeutig "Nein" lauten, soweit es um die Behandlung dieser Ausschlüsse durch das Russell-Tribunal geht.

b) Haftbedingungen

Nirgendwo werden Einschränkungen von Menschenrechten so unmittelbar leidend von den Betroffenen erfahren wie von Inhaftierten. Die geschlossene und totale Institution des Gefängnisses macht den Häftling nahezu schutzlos gegenüber jeder Veränderung seiner Umgebung und des Verhaltens der Gefängnisbediensteten. Aus diesem Grunde muß gerade auf die Rechte der Gefangenen und auf die Rechtspraxis gegenüber ihnen peinlich geachtet werden. Dies wurde in der Vergangenheit häufig behindert durch die Berührungsangst vor dieser Problematik, vor allem im Hinblick auf die Situation der politisch motivierten Straftäter, die in großen Teilen der Öffentlichkeit anzutreffen war. Zum einen wurde die rationale Diskussion blockiert durch die Eskalation der Gewaltaktion von Seiten der RAF u.ä., zum anderen ließ die Behandlung dieser Probleme durch Gruppen, die sie zur Propagierung oder Tolerierung des bewaffneten Kampfs benutzten, die linke und liberale Öffentlichkeit davor zurückschrecken, sich mit der Situation in den Gefängnissen auseinanderzusetzen.

Jedoch, die Qualität eines Rechtsstaates erweist sich nicht zuletzt an der Qualität seiner Gefängnisse und der Behandlung seiner Gefangenen. In der Bundesrepublik sind nicht nur im Zusammenhang mit den Gefangenen, die aus politischen Motiven Verbrechen begingen oder denen solche zur Last gelegt werden, immer wieder Gefängnisskandale bekannt geworden, die auf rechtsstaatlich nicht tolerable Haftbedingungen hinweisen. Aus diesen Gründen wurde die Jury von verschiedenen Seiten aus ersucht, die Haftbedingungen insbesondere der politisch motivierten Straftäter zum Gegenstand der 2. Sitzungsperiode zu erheben. Obwohl die Mitglieder der Jury durch verschiedene Berichte beunruhigt sind und obwohl verschiedene Verlautbarungen amtlicher Stellen keine zureichende Gewißheit über den rechtsstaatlichen Zustand der Haftbedingungen aufkommen lassen, kam die Jury dennoch zu dem Schluß, Haftbedingungen als solche oder Haftbedingungen der politisch motivierten Straftäter nicht als eigenes Thema zu behandeln. Die Gründe für diese negative Entscheidung waren u.a.:

1. Um die Haftbedingungen während der 2. Sitzungsperiode thematisieren zu können, bedürfte es eindeutiger und klarer Informationen über den Zustand dieser Haftbedingungen. Solche Informationen sind, wenn sie überhaupt ermittelt werden können, kurzfristig nicht zu erheben. Die Instanzen des 3. Russell-Tribunals können nicht als eine eigene Untersuchungskommission fungieren, die wenigstens ein Jahr Zeit bedürfte, um sich auf den nötigen Informationsstand zu bringen.

2. Unbeschadet all der Bedenken, die angesichts der freilich zerstreuten und nur hin und wieder personell faßbaren Informationen über die Haftbedingungen entstehen und geäußert werden müssen, gilt, daß die Haftbedingungen in der Bundesrepublik im Vergleich zu denen anderer Länder vergleichbarer Verfassung nicht schlechter zu sein scheinen. Im Gegenteil: sie scheinen teilweise durchaus besser zu sein. Nun können schlechte Haftbedingungen in anderen Ländern schlechte Haftbedingungen in der Bundesrepublik, sind sie gegeben, nicht entschuldigen. Sie machen aber eine hervorgehobene Behandlung im Rahmen dieses Russell-Tribunals fragwürdig.

3. Will man die Haftbedingungen so behandeln, daß Aussicht besteht, die liberale Öffentlichkeit über deren Zustand zu beunruhigen und gar zum Handeln zu bewegen, dann ist einigermaßen umfassende und strikt gesicherte Information vonnöten. Kann man "nur" individuelle Fälle präsentieren, ohne deren Symptomatik über Mutmaßungen hinaus belegen zu können, ist eine eher negative Wirkung zu erwarten. Hinzu kommt, daß insbesondere bei diesem Thema, das höchste Genauigkeit verlangt, will man nicht in Sachen Menschenrechte unverantwortliche politische Scharlatanerie betreiben, die Gefahr besonders groß ist, daß dasselbe zum Schaden des Tribunals und der Verteidigung der Menschenrechte von interessierten Gruppen in einseitiger Weise umfunktioniert wird. Jury, Beirat und Sekretariat fürchten diese Umfunktionierung nicht, da sie im Hinblick auf das Verfahren des Tribunals erfolglos bleiben wird. Allerdings ist es angesichts unzureichend gesicherter Informationen unsinnig und nicht zu verantworten, die Umfunktionierung, die einer uninformierten Öffentlichkeit gegenüber gelingen könnte, zu riskieren. Im übrigen werden dort, wo Haftbedingungen im Zusammenhang gesetzlicher Änderungen eindeutig verschlechtert werden und Verschlechterungen auch demonstrierbar sind, selbstverständlich entsprechende Aussagen gemacht werden.

Protokollnotiz, erstellt im Auftrag des Präsidenten des 3. Internationalen Russell-Tribunals.

gez. Beirat und Sekretariat

Erklärung des Russell-Tribunals zur Vorbereitung der 2. Sitzungsperiode

Am Wochenende 1./2. Juli 1978 trat das 3. Internationale Russell-Tribunal zusammen, um die zweite Sitzungsperiode, die am 3. Januar 1979 beginnen wird, vorzubereiten.

In seiner Gründungserklärung vom 16.10.1977 hatte das Tribunal erklärt, sich insbesondere, aber nicht ausschließlich, mit der Untersuchung folgender Fragen zu beschäftigen:

- **Wird Bürgern der Bundesrepublik aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben?**
- **Wird durch straf-, zivilrechtliche Bestimmungen und durch außerrechtliche Maßnahmen Zensur ausgeübt?**
- **Werden Grund- und Menschenrechte im Zusammenhang von Strafverfahren ausgehöhlt oder eliminiert?**

In der ersten Sitzungsperiode in der Woche nach Ostern 1978 behandelte das Tribunal die erste Frage sowie einige damit zusammenhängende Bereiche. Die Jury schloß, daß Bürgern der Bundesrepublik des öfteren aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt wird, ihren Beruf auszuüben und daß dieser Vorgang eine ernsthafte Bedrohung der Menschenrechte darstellt.

Während der Wochenendkonferenz vom 1./2. Juli prüften die Mitglieder des Tribunals verschiedene Vorschläge für die Tagesordnung seiner zweiten Sitzung, die von seinem deutschen Beirat und seinem Sekretariat sowie von anderen interessierten Organisationen und Individuen unterbreitet worden waren. Die wichtigsten Themen, die das Tribunal in Betracht zog, waren:

1. Zensur
2. Veränderung im Strafverfahren
3. Entwicklung und Methoden des Verfassungsschutzes
4. Das Verhältnis zwischen den Berufsverboten und diskriminierenden Praktiken in Gewerkschaften, Berufsverbänden und im privatwirtschaftlichen Bereich
5. Die Haftbedingungen und die Behandlung von Häftlingen

Was den vierten Vorschlag betrifft, kam das Tribunal zu dem folgenden Ergebnis: Da es die gesamte Zeit seiner ersten Sitzung dem Thema der Berufsverbote gewidmet hatte und da es andere wesentliche Fragen gab, die nach einer gründlichen öffentlichen Prüfung verlangten, wurde keine zusätzliche Zeit für die Beweisführung in Sachen Berufsverbote, ähnlichen oder mit diesen zusammenhängenden Praktiken in der Bundesrepublik eingeplant. Aufgrund sowohl der Zeugenaussagen als auch der Dokumente, die zu prüfen das Tribunal Gelegenheit hatte, ist dieses zu der Überzeugung gekommen, daß die Bedrohung der Menschenrechte wegen politischem Nonkonformismus nicht auf den Bereich des öffentlichen Dienstes beschränkt ist. Der Endbericht über die erste Sitzungsperiode wird alle wichtigen Aspekte dieses Problems behandeln.

Ferner beschloß das Tribunal, daß eine Prüfung des Strafverfahrens notwendigerweise eine Untersuchung der Behandlung derer einschließt, die sich in Untersuchungshaft befinden. Das Tribunal sieht nun, daß eine vollständige Untersuchung der Haftbedingungen und der Behandlung von Häftlingen sehr viel mehr Zeit beanspruchen würde als dem Tribunal zur Verfügung steht für die Prüfung der Themen, die es in Betracht gezogen hatte.

Daher werden die folgenden Themen Gegenstand öffentlicher Behandlung im Januar 1979 sein:

1. Zensur in der Bundesrepublik Deutschland
2. Entwicklung und Methoden des Verfassungsschutzes
3. Mutmaßliche Verletzung der Menschenrechte von Personen, die in einem Strafverfahren involviert sind.

Berlin, 2. Juli 1978

★

Interview mit Christine Buci-Glucksmann

Das folgende Interview entstand am Rande einer Konferenz, die Anfang Juni zum Thema "Sozialistische Entwicklungsperspektiven im Mittelmeerraum" an der Universität Bremen stattfand und an der u.a. eine französische Delegation teilnahm. Christine Buci-Glucksmann, mit der ich das Interview geführt habe, ist eine exponierte Vertreterin der innerparteilichen Opposition in der KP Frankreichs, in der gegenwärtig interessante und wichtige Veränderungen in Gang gekommen sind (1). Sie definiert ihre Position im Unterschied zum italienischen und spanischen Eurokommunismus, aber auch zu liberalen Repräsentanten der KPF wie Elleinstein, mit dem sie zusammen im KP-nahen "Centre de Recherches et d'Etudes Marxistes" (Paris) arbeitet, als "linken Eurokommunismus", der stark von Antonio Gramsci beeinflußt ist. Ihre Position ist nicht nur wichtig zum Verständnis der Entwicklung der KPF, sondern auch zur Reflexion einer sozialistischen Strategie in Westeuropa überhaupt. Von daher wird ihre Position auch Denkanstöße für die Debatte im SB bieten.

CLAUS LEGGEWIE

Frage: *In der vergangenen Zeit hast Du immer eine sehr kritische Position gegenüber der Parteiführung der KP eingenommen, aber von einer Position innerhalb der Partei aus. Du hast formuliert, was ansonsten eher Vertreter der radikalen Linken außerhalb der Partei vertreten. Um Deine Position besser zu verstehen, solltest Du Deinen Werdegang in der Partei deutlich machen.*

Antwort: Ich bin Ende 1966 in die Partei gegangen, sozusagen in einem Scharnierjahr, in dem es einen entscheidenden Bruch zwischen der antikapitalistischen und antiautoritären Massenbewegung, besonders der Jugend und der Intellektuellen, und der Arbeiterklasse gab. Dieser Bruch hat eine Reihe von Widersprüchen hervorgebracht, und man mußte eine Strategie neu entwickeln, die nicht-reformistisch, nicht-stalinistisch war und die Strukturveränderungen des entwickelten Kapitalismus zur Kenntnis nahm. Der Mai 1968 hat der Arbeiterbewegung eine neue Dimension sozialer Kämpfe vermittelt, die ich heute als "Selbstverwaltungsdimension" bezeichnen würde: das waren Kämpfe um ein neues Demokratieverständnis, antihierarchische Kämpfe, Kämpfe gegen jede Form der Unterdrückung auf allen gesellschaftlichen Niveaus, nicht gegen die Macht (le pouvoir), sondern gegen die Mächte (les pouvoirs). Man hat auch völlig neue Bewegungen entstehen sehen, vor allem die Frauenbewegung. Bei der Herausbildung unseres politischen Bewußtseins waren die antiimperialistischen Kämpfe und die Aktionen von Jean-Paul Sartre sehr wichtig; an die Partei herangeführt hat dieses Bewußtsein besonders Louis Althusser. Meine Lehrjahre in der Partei habe ich 1969 bis 1971 im Kulturbereich gemacht, bei den KP-Zeitschriften Nouvelle Critique und France Nouvelle, für die ich auch Reportagen über Italien und Chile geschrieben habe. In der damaligen Situation blieb der französische Marxismus ganz ökonomistisch ausgerichtet, vor allem seine Analyse der Macht und des Staates war ganz unzureichend, was man besonders an der Stamokap-Theorie, der offiziellen Parteitheorie, sehen kann. Aber die Maibewegung war eine Bewegung ohne Programm, die den Kampf um die Hegemonie in der bürgerlichen Gesellschaft nicht mit einem demokratischen Weg und einer Einheitsbewegung der Arbeiterklasse, die 1972 mit der Unterzeichnung des "Gemeinsamen Regierungsprogramms" von Kommunisten und Sozialisten in Gang kam, verband. Selbst wenn das Gemeinsame Programm nicht alle Voraussetzungen für eine hegemoniale Strategie im Sinne Gramscis erfüllte, so war ich seinerzeit doch von seiner Bedeutung überzeugt.

Frage: *Mittlerweile ist die Linksunion durch den Bruch der Aktualisierungsverhandlungen auseinandergebrochen und die Linke durch ihre knappe Wahlniederlage gescheitert – wo liegen für Dich die Gründe und wie bewertest Du diesen Bruch und die Niederlage?*

Antwort: Der Bruch war für die gesamte Linke höchst schädlich. Man kann drei Gründe für ihn angeben. Erstens liegt die Verantwortung in der Entwicklung der Sozialistischen Partei seit 1972. Von einer relativ schwachen Basis aus hat sie versucht, innerhalb der Linken zu dominieren, und es hat sich eine Tendenz durchgesetzt, die die KP und der CERES-Flügel als "Soares-Linie" bezeichnet haben, also eine Entwicklung zum Reformismus, verbunden mit einer stärkeren Anbindung an die Sozialistische Internationale und die SPD, was sich in dem Versuch ausgewirkt hat, die am stärksten antikapitalistischen Momente des Gemeinsamen Programms (Nationalisierungen, Betriebsdemokratie usw.) fallenzulassen.

Zweitens spielte auch eine Veränderung des französischen Kapitalismus eine Rolle, d.h. die objektiven Gründe für den Bruch liegen auch in der Wiedererstarkung der französischen Bourgeoisie, die sich in Übereinstimmung mit der Linie Carters und der trilateralen Kommission (2) befindet: eine Sozialdemokratie vom Typ Giscard d'Estaing, die einen "Staatsreformismus" (réformisme par l'état) hervorgebracht hat. Dieser Reformismus, der ja jetzt noch aktuell ist, sollte die auf das Gemeinsame Programm orientierten Massen demobilisieren, nicht in einer frontalen Attacke, sondern durch Reintegration. Das ist unterschätzt worden, und dies hat sich in inneren Widersprüchen der Linksunion ausgewirkt.

Drittens liegt die Verantwortung für das Scheitern der Linksunion, und das war – man muß sich darüber klar sein – eine historische Niederlage, auch bei den Kommunisten. Die Schuld der Sozialisten ist zwar sehr hoch einzuschätzen, und die erwähnten Tendenzen zeigen sich ja gegenwärtig in den Bestrebungen Michel Rocards, eine sozialistische Partei neuen Typs zu konstituieren. Aber man darf die Verantwortung der Kommunisten nicht außer Acht lassen. Dabei geht es nicht nur um taktische Fehler, z.B. ob man nicht anstelle der frontalen Attacke auf die Sozialisten auch auf der Basis eines ungünstigen Verhandlungsergebnisses bei der Anwendung des Programms mit einer breiten Massendynamik im Rücken hätte weiter voranschreiten können. Vielmehr muß man gründlicher analysieren, warum die Sozialisten so eine Entwicklung genommen haben und warum in der Bewegung der Einheit Kräfte auftraten, die die Linke aus dem Gleichgewicht gebracht haben.

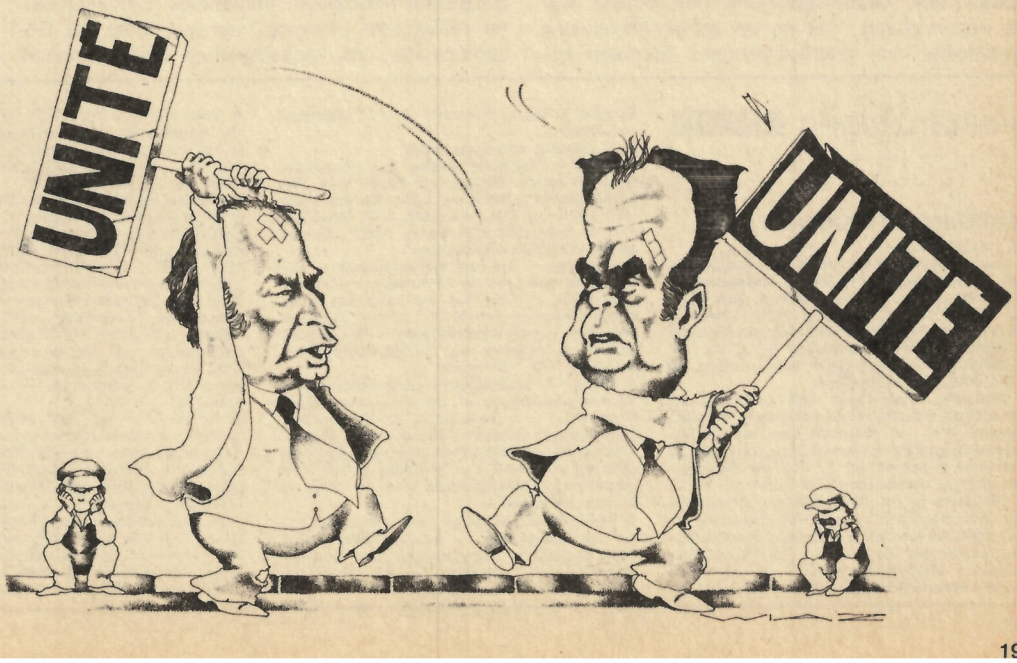
Frage: *Die von Dir erwähnten Fragen werden in der KP diskutiert. Es hat sich eine echte Oppositionsbewegung gebildet, über deren Ziele und Stärke Du etwas sagen solltest. Ist das wirklich eine starke Opposition, die über die bisherigen Oppositionsbildungen in der Partei wie 1956 hinausgeht?*

Antwort: Man muß sagen, daß die Debatte zwar von den Intellektuellen ausgelöst wurde, deren Bereich aber weit überschreitet. Man spricht in der Presse immer von einigen wenigen Abweichlern, aber die Debatte durchzieht die gesamte Partei. Sie ist Ergebnis einer immensen politischen Desillusionierung, denn die Niederlage war – auch wenn die Bourgeoisie nicht gerade eine Riesenmehrheit hat – eine historische Niederlage von großer Bedeutung sowohl für die Strategie der französischen wie der ganzen europäischen Linken. Und sie erfolgte in einem Augenblick, wo eigentlich alle historischen Voraussetzungen günstig waren und die Masse der Parteimitglieder für die Einheit der Arbeiterbewegung und die Perspektive des Gemeinsamen Programms kämpfte.

Wir haben jetzt die breiteste Debatte seit 1956, die vielleicht noch wichtiger als damals ist, denn es ist eine Debatte um eine demokratische Strategie des Sozialismus, die die gesamte nationale Strategie betrifft und sich nicht auf einige lokale Interventionen beschränkt. Und die Intellektuellen, die die Debatte vorantreiben, wollen dies in der Partei tun, sie wollen in der Partei bleiben.

Worum es ihnen geht, ist die wirkliche Demokratisierung der Partei, also eine authentische Destalinisierung und die Vertiefung der Einheitsstrategie, die die Linke auf einer neuen Basis rekonstruiert.

Frage: *Dann ist es also gegenwärtig so, daß*



nicht nur einzelne Aspekte der Strategie, sondern das Instrument Partei als solches in Frage steht?
Antwort: In diese Richtung geht genau die Intervention von Elleinstein, Althusser und vielen anderen: Demokratie ist unteilbar, also betrifft sie die Bündnisse der Partei und die Parteiorganisation ebenfalls. Nach der Wende des 22. Parteitags muß man heute den Eindruck haben, daß die Parteiführung auf eine harte sektiererische Linie zurück will. Z.B. die Konzentration auf die Frage der "Armut" hat zu einem Ungleichgewicht in der Wahlstrategie geführt, mit der die Bündnisse verschoben wurden und die Frage der Hegemonie in der bürgerlichen Gesellschaft (im Sinne Gramscis) falsch behandelt wurde.
Frage: *Was bedeutet das für das Verhältnis der Partei zu den Massen?*
Antwort: Die Partei sieht sich sozialen Bewegungen gegenüber, in denen sie weder die Mehrheit besitzt noch die Initiative ergriffen hat. In Frankreich hat man sich meines Erachtens auf eine parlamentarische Verwaltung des Gemeinsamen Programms von oben beschränkt und aus diesem Programm weitgehend einen Katalog wirtschaftlicher Forderungen gemacht, der in dieser ökonomistischen Leseart kein alternatives Gesellschaftsprojekt zuließ, d.h. aber auch keine hegemoniale Strategie, die ausgehend vom Regierungsprogramm und um dieses herum die mobilisierten Schichten der Bevölkerung, die mit dem Text des Programms vielleicht gar nicht völlig einverstanden waren, einbezog. Es wäre eine Strategie vonnöten gewesen, die eine auf den Staat bezogene Transformation, die von den parlamentarischen Kräfteverhältnissen und der repräsentativen Demokratie ausgeht, mit der basisdemokratischen Bewegung verbindet. Das ist unsere Kritik an einer bestimmten Art von "Eurokommunismus" liberaler oder sektiererischer Prägung.
Frage: *Deine Position bezeichnest Du als "linken Eurokommunismus". Worin liegen die Unterschiede zu dem, was man in der Regel unter Eurokommunismus versteht?*
Antwort: Der Eurokommunismus ist Ausdruck einer Doppelkrise: der Krise der Entstalinisierung und der Krise der kapitalistischen Länder. In der Antwort darauf hat der Eurokommunismus auf etwas sehr Wesentliches zurückgeführt, nämlich auf die Reflexion des Verhältnisses von Sozialismus und Freiheiten; dies hatte sehr positive Züge, weil es zur Distanzierung vom autoritär-bürokratischen "realen Sozialismus" und zur Aufwertung der Demokratie in den westlichen Ländern geführt hat. Aber der gängige Eurokommunismus in Italien und Spanien ist widersprüchlich und inkohärent, weil er sich auf die Transformation des Staats allein bezieht. Der Begriff der Demokratie muß auch die Rätedimension der Basisdemokratie umfassen und der Tatsache Rechnung tragen, daß man den Staat nicht immanent umgestalten kann.
Auch das Gemeinsame Programm mit dem Anspruch auf "Demokratisierung des Staats" war da unzureichend, weil es bei seiner Anwendung unmittelbar auf innerinstitutionelle Barrieren gestoßen wäre. Wenn man heute eine neue Idee der Revolution in den westlichen Gesellschaften formulieren will – und ich beziehe mich dabei besonders auf Gramsci –, eine Idee, die weder reformistisch, noch selbstverständlich stalinistisch ist und die nicht die historische Blockade der Arbeiterbewegung in der 2. und 3. Internationale fortsetzt, dann heißt dies, daß man eine Transformation weder ausschließlich parlamentarisch noch gemäß dem frontalen Modell der Oktoberrevolution erreichen kann. Gramsci hat eine Kritik der instrumentell-mechanistischen Staatsauffassung hinterlassen, die den Staat weder als neutrales Instrument im Sinne der Sozialdemokratie noch als Instrument einer Minorität von Monopolen im Sinne der Stamokap-Theorie sieht. Für Gramsci besteht der Mißerfolg der Revolutionstheorie im Überdauern dieser Konzepte. Er kritisiert jede Form politischen Zentralismus und die enge, vollständig bürgerliche Sichtweise von Politik, wonach Politik gleich Partei ist.
Es hat sich ja gezeigt, daß eine ganze Menge von kulturellen, "privaten" Problemen wie der Kampf der Frauen, die Sexualität usw. "politische" Probleme geworden sind. Und das hat gegenwärtig nicht nur theoretische Bedeutung, denn das neue Verhältnis zur Ökologiebewegung und ein Sozialismus, der die Idee der Befreiung der Frau wirklich einbezieht – das ist ja eine ganz neue Vorstellung von politischer Praxis und von praktischer Politik. Die ganze bürgerliche Auffassung der Trennung von privat und öffentlich, die Formierung des politischen Schauplatzes des Bürgertums als autonome politische Sphäre, ist in eine tiefe Krise geraten. Und die Idee Gramscis, daß sozusagen alles "Politik" ist, impliziert auch eine Kritik der beschränkten Staatsauffassungen der Linken.
Frage: *In der derzeitigen Diskussion über den Staat in Frankreich ist, z.B. von Touraine und der Zeitschrift "Faire", eine "anti-etatistische" Position formuliert worden, die ebenfalls gegen die "professionelle Politik" eintritt und die Sphäre des "Gesellschaftlichen" demgegenüber hervorhebt. Wie unterscheidet sich Deine Position von diesem Ansatz, der in der Sozialistischen Partei recht einflußreich ist?*
Antwort: Diese Art von Anti-Etatismus ist höchst zwiespältig, denn sie ist eine Renaissance des Liberalismus, die durchaus mit dem giscardistischen Flügel des Bürgertums in Einklang zu bringen ist. Sie ist sogar der Strategie der multinationalen Konzerne angepaßt, die derzeit auf eine Destruktion des jakobinischen Zentralismus in Frankreich hinauswollen. Im übrigen ist dieser Anti-Etatismus leicht mit einer technokatischen Leitung des Staatsapparats zu kombinieren, von dem man die "Gesellschaft" als Feld "sozialer Experimente" abgekoppelt hat.
Wir wollen das Gegenteil: zwar auch eine Rehabilitierung der gesellschaftlichen Dimension, die aber gerade auf eine Politisierung der Gesellschaft und eine radikale Transformation der staatlichen Strukturen hinausläuft. Andernfalls hätte man lauter molekulare Elemente, die außerhalb der Gesamtstruktur des kapitalistischen Staates stehen.
Frage: *Besonders Althusser hat die Partei erheblich kritisiert, besonders im Hinblick auf ihre Organisation, die er als quasimilitärischen Apparat bezeichnet hat. Was muß sich Deiner Meinung nach an der KP verändern, damit sie zu dem Ziel der Rekonstruktion der Linken beitragen kann.*
Antwort: In der Kritik an der Organisation sind sich eigentlich alle oppositionellen Strömungen in der Partei bei allen inhaltlichen Unterschieden einig. Die Entstalinisierung konsequent zu betreiben heißt erstens, ein neues Verhältnis von demokratischem und sozialistischem Kampf zu finden, und zweitens die Parteiorganisation zu verbessern.
Am wichtigsten ist dabei, daß die Partei nur vertikale Strukturen von der Basis zur Führung kennt, die die Führung immer wieder "organisiert" und kanalisiert, d.h. genau in der umgekehrten Richtung einsetzt. Das führt zur Abschließung der einzelnen Parteizellen, die untereinander wenig Kontakt haben. Zwischen diesen muß man horizontale Verbindungen herstellen, d.h. die Arbeit in offenen Sektionen verstärken. Das bringt auch ein neues Verhältnis von KP-Mitgliedern und nichtkommunistischen Massen mit sich. Ein zweiter Angriffspunkt ist der Wahlmodus der Delegierten, z.B. für Parteikongresse, der im wesentlichen über Kooptation erfolgt und nicht von der Basis bestimmt werden kann, sondern erst eine ganze Reihe von Filtern durchläuft.
Diese Filterinstanzen in der Partei müssen verschwinden, damit alle Entscheidungen von der Basis getroffen werden können.
Frage: *Nachdem die Zeitschrift "politique-hebdo" jetzt ihr Erscheinen eingestellt hat, hat sich ein breites Spektrum von Linken, u.a. auch Elleinstein und Du von Seiten der KP, für eine Erweiterung dieser Erfahrung eingesetzt, und Ihr bereitet derzeit die Schaffung einer unabhängigen, pluralistischen Wochenzeitschrift "Maintenant" ("Jetzt") vor. Kannst Du zu diesem Projekt abschließend etwas sagen?*
Antwort: Die Zeitschrift soll der Rekonstruktion der Linken auf neuen Grundlagen dienen, d.h. daran beteiligt sich eine ganze Palette von Linken aus allen Teilen der KP, der Sozialisten, der PSU, der extremen Linken, vor allem der Trotzkisten, der Ökologiebewegung und der Frauenbewegung. Es soll überregional sein und eine professionell gemachte Zeitschrift mit Reportagen, Analysen und Debatten sein; die Diskussion wollen wir von vornherein "europäisieren", also laden wir auch die westdeutsche Linke ein, an dem Projekt mitzuwirken. Die finanziellen Mittel entstammen einer derzeit laufenden Subskription für eine Aktiengesellschaft, als Erscheinungstermin ist der Herbst vorgesehen.

Anmerkungen

(1) Vgl. als Hintergrund zu dem Interview den Artikel von Heinrich Grün in "links" Nr. 100/Juni 1978.
(2) Die trilaterale Kommission ist 1973 auf Betreiben von David Rockefeller und Brezezinski ins Leben gerufen worden. Als Plattform für etwa 200 Personen aus Berater-, Finanz- und Wirtschaftskreisen in den USA, Japan und West-Europa dient sie der Erarbeitung und Durchsetzung einheitlicher Strategien zur langfristigen Sicherung der kapitalistischen Weltwirtschafts-Ordnung.

kleinanzeigen

MATERIALIEN/PAPERS ...

(8/1) **Hochschule**
• **Zur aktuellen Situation an den Universitäten – Bewegung-Veränderung-Anpassung** 2. veränderte und aktualisierte Auflage, Juni 1978, ca. 320 S./DM 4,--, Bezug: AGG, Rheinweg 34, 53 Bonn (Zahlung in Briefmarken oder Scheck)
• **Studienreform** – Arbeitsheft Nr. 1, ca. 177 Seiten/DM 3,--; Bezug gegen Vorauszahlung bei AGG, Rheinweg 34, 53 Bonn
• **Berichte, Erfahrungen und Analysen zur derzeitigen Situation in den einzelnen Bundesländern und das Protokoll vom letzten SB-Hochschulgruppentreffen;** Bezug gegen DM 2,50 (Briefmarken/Scheck) bei: SZ Tübingen c/o Angelika Walther, Münzgasse 13, 74 Tübingen
• **SG-Reihe** Nr. 4 enthält Beiträge zur Analyse der deutschen Studentenschaften, Diskussion um das politische Mandat, zum Zustand der verfaßten Studentenschaft, zur Funktion des Fachschaftsrates, zur Arbeitsweise des VDS; 44 S./DM 2,--; Gegen Voreinsendung (Briefmarken/Scheck) bei Rüdiger Kottusch, Körnerstr. 6, 62 Wiesbaden zu beziehen

(8/2) **Jugend- und Sozialarbeit**
• **Amos – Kritische Blätter aus Wiesbaden** Nr. 2/78 enthält: Beiträge zur Dritten Welt, Wochenenden mit Jugendlichen, Linken Christen in den USA (Rede von Dorothee Sölle), AKW-Bewegung etc.; 44 Seiten/DM 2,50: Bezug: AMOS, Querenburger Höhe 287, 463 Bochum 1
• **Seekamp – Die rote Kinderrepublik** – über das erste sozialistische Kinderlager in Deutschland 1927 – 100 Fotos und Faksimiles, kartonierter Umschlag, Format 21 x 27 cm, 74 Seiten/DM 10,--; gegen Voreinsendung in Briefmarken/Scheck zu beziehen bei: SZ/SB Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1
• **Thing – Sozialistische Jugendzeitschrift:** 'Alternativ-Bewegung in der Diskussion/Selbstorganisation – 6 Jahre Georg von Rauch-Haus, Zensur gegen Schüler-Zeitschriften und Russell-Tribunal/Alltags-Politik; Probeexemplar gegen Einsendung von DM 2,-- in Briefmarken über Thing Bremen, c/o Gottfried Waller, Heerstr. 31 b, 28 Bremen anfordern
• **SPAK-Forum** Nr. 2/Juni 1978 erschienen: "Wider die Resignation" – aus der SPAK-Arbeit, Liste alternativer Tagungshäuser etc.; erhältlich gegen DM 2,-- und Porto bei: AG SPAK, Belfortstr. 8, 8000 München 80
• Materialien der AG SPAK Nr. 32 – **Reader zur Psychiatrie und Antipsychiatrie** – Kritik an der traditionellen Psychiatrie und Alternativen; DM 18,--; Bezug: Sozialistischer Verlag, Schlesische Str. 31, 1000 Berlin 36
• **Michael Foucault und das Gefängnis** – eine kritische Auseinandersetzung; in Kriminalsoziologische Bibliographie Heft 19/20; 120 S./DM 6,--; Bezug: Ludwig-Boltzmann Institut, Museumsstr. 12, Postfach 1, A 1016 Wien/Österreich

(8/3) Das neue **alternative Adreßbuch** ist da, mit über 500 Selbstdarstellungen von Kommunikationszentren, Selbsthilfegruppen, Wohngemeinschaften etc. nach Postleitzahlen geordnet, mit Sachgebiets- und Namensregister: 200 S./DM 8,50; Bezug: gegen Voreinsendung auf PSCHKto Peter Meyer, Klingelbach Nr. 3190 28-607 in Frankfurt

(8/4) Die Nr. 4 der **"Wir wollens anders"** ist soeben erschienen. Dieses brauchbare Blatt der Selbsthilfegruppen ist gegen Voreinsendung von DM 2,50 (Briefmarken/Scheck) und DM 0,50 Porto über die ASH Bonames, Am Burghof 20, 6000 Frankfurt zu beziehen

(8/5) **Informationen über Christiania** – Informationen und Film kann über den Packpapierversand, Postfach 2521, 44 Münster bestellt werden

(8/6) **"Wir kämpfen um unser Leben"** – Unterdrückung und Widerstand der Landarbeiter in den USA: 168 Seiten/DM 11,50; Bezug: gegen Voreinsendung in Briefmarken oder Scheck bei Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V., Jebenstr. 1, 1000 Berlin 12

(8/7) Irland aktuell, die Zeitung des Irlandkomitees Westberlin. Schwerpunkt: Situation der politischen Gefangenen in Nordirland. Der Kampf um die Anerkennung des politischen Status; Gegen Voreinsendung von DM 2,-- (Scheck/Briefmarken) bei Irlandkomitee Westberlin, Postfach 311248, 1000 Berlin 31 zu beziehen

(8/8) **Aktionskreis Leben Nr. 5:** H.Brandt/J. Moneta zu den grünen Listen, L. Mez: Arbeitsplätze durch Atomstrom? Arbeitslosigkeit und Kernenergie im Saargebiet, Atomfilz etc.; 32 Seiten/DM 1,--; Bezug: Gustav Rentzing, St. Gilles-Str. 21, 605 Offenbach

(8/9) Blätter des IZ3W Nr. 70, Schwerpunktthema: **Energieversorgung der Dritten Welt** sowie Kurzberichte, Multinationale Konzerne, Diskussion Übergangsgesellschaften etc.; 60 Seiten/DM 2,50; Bezug: Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 78 Freiburg

(8/10) **"Mit dem Geld der Arbeiter"** – Dokumentation der Informationsstelle Lateinamerika e.V. zur Politik der Bank für Gemeinwirtschaft in Argentinien. Gegen Voreinsendung von DM 3,50 (Briefmarken/Scheck) bei der ILA e.V., Römerstr. 88, 53 Bonn zu beziehen

Revolution und Intervention in Äthiopien

Günter Schröder

Probleme mit der internationalen Solidarität

Im politischen Weltbild der meisten westdeutschen Linken nahm bis vor kurzem Nordostafrika (Äthiopien, Eritrea, Somalia, Djibuti) die Stellung eines Nebenschauplatzes der Weltgeschichte ein. Die politischen Stellungnahmen orientierten sich vorrangig an den dort wirksam werdenden internationalen Einflüssen und Bündniskonstellationen. Deren Bewertung erfolgte dabei überwiegend anhand von Kriterien, die sich aus deren jeweiligen Position zur UdSSR ableiteten.

Nicht selten dienten solche Stellungnahmen überwiegend der Selbstdarstellung von linken Gruppen im Rahmen der Auseinandersetzungen innerhalb der westdeutschen Linken. So verflüchtigten sich komplexe Zusammenhänge in stereotype Argumentationsfiguren oder gerannen zu oberlehrerhaft abgeleiteten Haupt- und Nebenwidersprüchen und objektiven Geschichtstendenzen, in denen sich kaum Verständnis für die dort lebenden, kämpfenden und sterbenden Menschen aufspüren ließ. Eine materialistische Analyse der dortigen nationalen und Klassenkämpfe samt ihren komplexen internationalen Einbindungen und Zusammenhängen kam wegen der vorgegebenen Identifikationen mit den verschiedenen "sozialistischen" Bruderparteien und Vaterländern und ethnozentrisch verzerrten Wahrnehmungsstrukturen nicht oder nur ansatzweise zustande. Sie hätte, statt an den Bündniskonstellationen, primär an den Bedürfnissen und Interessen der ausgebeuteten Klassen und unterdrückten Volksgruppen und ihren Kämpfen ansetzen müssen.

Das hier skizzierte Muster der Auseinandersetzung mit dortigen Ereignissen wurde auch durch die wachsende Bedeutung der Region im internationalen Kontext verändert. Die wachsende Bedeutung ergab sich einerseits durch die zunehmende Verschärfung der nationalen und Klassenkämpfe in Nordostafrika im Zuge der revolutionären Umwälzungen in Äthiopien. Andererseits war sie bedingt durch die wachsende Einbeziehung der Region in das sich verschärfende Ringen zwischen UdSSR und USA um strategische Positionen im afrikanischen, arabischen und indischen Raum sowie im Indischen Ozean.

Das wachsende Engagement der UdSSR und Kubas in Äthiopien seit Beginn des Jahres 1977 verschärfte sogar die Tendenz zur Polarisierung der Positionen entsprechend der jeweiligen Haltung der UdSSR. Für die DKP und "verwandte" Gruppen legitimieren sich das sowjetisch-kubanische Eingreifen und der sozialistische Anspruch des äthiopischen Militärregimes wechselseitig. Wer beides in Frage stellte, erhielt mit erschreckender "Logik" die Etiketten "Reaktionär" und "Konterrevolutionär" aufgeklebt. Für die Anhänger der Sozial-Imperialismus-Theorie unter den westdeutschen Linken waren die Fronten nahezu ebenso klar abgesteckt. Für sie handelt es sich bei der sowjetisch-kubanischen Intervention in Äthiopien um sozialimperialistischen Neokolonialismus; der äthiopischen Militärregierung wurde das Etikett "Marionette" zugewiesen.

Zwischen beiden Positionen existierte in der BRD nur wenig anderes. Nur die trotzkistischen Gruppen und einige nicht an Vaterländer gebundene K-Gruppen (z.B. der Kommunistische Bund) bemühten sich um differenziertere Einschätzungen. Weder die Fraktionen der Spontis und Autonomen noch die sogenannten undogmatischen Gruppen wie das Sozialistische Büro setzten sich mit den dortigen Ereignissen auseinander, sei es aus Desinteresse oder wegen der richtigen Einschätzung fehlender Kompetenz.

Für die organisierten und unorganisierten westdeutschen Linken, deren politisches Weltbild und Wahrnehmungsfähigkeit noch nicht durch platte Identifikation mit der UdSSR bzw. ebenso platte Gegnerschaft zu ihr eindeutig vorprogrammiert waren, erwuchs jedoch im Verlauf des Jahres 1977 (und vor allem in den ersten Monaten dieses Jahres) das Problem der politischen Auseinandersetzung mit der Rolle Kubas in Äthiopien. Das massive Eingreifen Kubas auf Seiten der angolanischen MPLA hatte man ja noch trotz mancher Zweifel angesichts der massiven Intervention Südafrikas und der USA in Angola im Sinne sozialistischer internationaler Solidarität interpretieren, gutheißen und gegenüber den Anhängern der Sozialimperialismus-Theorie verteidigen können. Auch der Einsatz kubanischer Truppen ab November 1977 im Ogaden gegen die dort eingesetzten regulären Truppen Somalias ließ sich noch, wenngleich mit schon größeren Schwierigkeiten, rechtfertigen. Hatten nicht Kuba und die UdSSR im Frühjahr und Sommer 1977 versucht, eine Verhandlungslösung herbeizuführen? War das Vorgehen der somalischen Regierung nicht von einem extremen und expansionistischen Nationalismus geprägt, der sie Gebietsforderungen weit über das Wohngebiet der äthiopischen Somali hinaus anmelden ließ? Widersprach nicht der konventionelle militärische Krieg gegen Äthiopien der Theorie des revolutionären Befreiungskampfes und warf dies schwere Zweifel auf den sozialistischen Anspruch der somalischen Militärregierung?

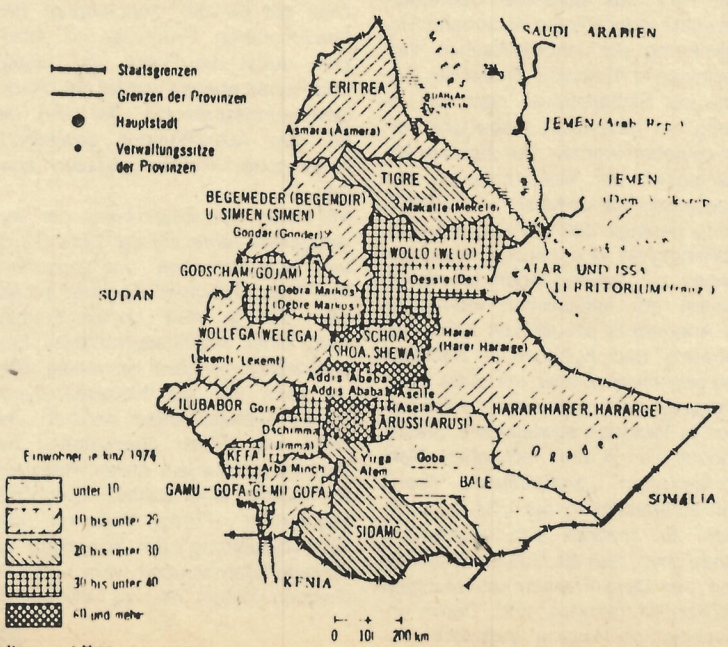
Der mögliche Einsatz kubanischer Truppen gegen die Befreiungsbewegungen in Eritrea ließ sich aber nicht mehr mit solchen oder anderen Argumenten rechtfertigen. Kuba selbst hatte diese Bewegungen lange Jahre politisch und militärisch unterstützt. Ihr sozialrevolutionäres Konzept des Befreiungskrieges wies sie als "echte" Befreiungsbewegungen aus, die jahrelang innerhalb des sozialistischen und anti-imperialistischen Lagers in hohen Ehren gehalten wurden. Und nun sollten sie auf einmal Reaktionäre, Konterrevolutionäre und "Banditen" sein, die zumindest den finsteren Plänen des Imperialismus und der äthiopischen Reaktion zur Zerschlagung der "äthiopischen Revolution" zumindest auf objektive, wenn nicht gar auf bewußt beabsichtigte Weise zuarbeiten würden?

An diesem Punkt brachen bis dahin verdrängte Zweifel durch, Zweifel sowohl am sozialistischen Charakter der "äthiopischen Revolution" und der Militärregierung wie auch an der Begründung des sowjetisch-kubanischen Eingreifens mit den Verpflichtungen des proletarischen Internationalismus gegenüber einem sozialistischen befreundeten Staat. War Äthiopien aber wirklich ein sozialistischer Staat oder wurde dort zumindest der Aufbau des Sozialismus ernsthaft in Angriff genommen? Wie stellte sich angesichts des unscharfen Klassencharakters der äthiopischen Militärherrschaft die Frage nach dem Verhältnis von nationaler Befreiung und sozialistischer Revolution?

Setzte wirklich die Erklärung Äthiopiens zur sozialistischen Republik die zu Zeiten der kaiserlichen Herrschaft legitimen Bestrebungen der nichtamharischen Völker nach Aufhebung ihrer nationalen Unterdrückung auf einmal außer Kraft? Konnten historisch gewachsene nationale Bestrebungen und Identitäten so einfach für überholt und konterrevolutionär erklärt werden? Und vor allem: konnte Kuba, falls es sich an der Zerschlagung der eritreischen Befreiungsbewegungen beteiligen würde, noch immer für sich in Anspruch nehmen, eine revolutionäre sozialistische Kraft zu verkörpern? Die UdSSR hatte man in dieser Hinsicht ja bereits abgeschrieben, aber Kuba?! Diese Überlegungen zielten direkt auf den "Mythos der kubanischen Revolution", der noch weithin das Kuba-Bild der westdeutschen Linken (und nicht nur dieser) nostalgisch verklärt und der Realitätsprüfung teilweise entzieht.

Die drohende kubanische Intervention in Eritrea versetzte Kuba und die UdSSR auch gegenüber zahlreichen "fortschrittlichen" Staaten Afrikas und Asiens und manchen westeuropäischen kommunistischen Parteien, die noch den Krieg gegen Somalia gutgeheißen hatten, in erheblichen Legitimationsdruck.

Nicht zuletzt deswegen drangen beide gegenüber den Eritreern und den Äthiopiern seit Frühjahr 1978 wieder verstärkt auf eine Verhandlungslösung. Sollte diese zustandekommen und sich bewähren, wäre für viele westdeutsche Linke damit die längst überfällige Auseinandersetzung mit ihrem Kuba-Bild bis zum unweigerlich eintretenden nächsten "Problemfall" vertagt. Darum herumkommen kann die westdeutsche Linke zwischen DKP und K-Gruppen aber nicht. Ebensowenig wird sie sich auf Dauer der Notwendigkeit des Überdenkens ihrer bisherigen Herangehensweise an Internationalismusfragen gerade im Hinblick auf die sich sozialistisch nennenden Regime in der "3. Welt"



Eritrea und Äthiopien (1974)

Quelle: Statistisches Bundesamt

entziehen können, will sie nicht gegenüber der breiteren kritischen Öffentlichkeit der BRD unglaubwürdig werden.

Sozialismus in Äthiopien?

Anhand von vorliegenden Informationen lassen sich bezüglich der gegenwärtigen Lage in Äthiopien trotz aller Einschränkungen mehrere Feststellungen treffen, die für eine weiterführende Analyse wichtige Ansatzpunkte abgeben können. Aus ihnen lassen sich einige Schlußfolgerungen im Hinblick auf Möglichkeiten internationaler Solidarität in bezug auf Nordostafrika ableiten, Möglichkeiten, die die zuvor genannten Gefahren im Auge behalten:

- Äthiopien nimmt innerhalb Nordostafrikas eine Schlüsselstellung ein. Die dortigen nationalen und Klassenkämpfe bestimmen letztlich auch den Ausgang der Kämpfe in den übrigen Gebieten Nordostafrikas.
- 1974 hatten die nationalen und sozialen Konflikte in Äthiopien einen solchen Umfang erreicht, daß im Lande eine vorrevolutionäre Situation herrschte. Die bürgerlichen Kräfte waren jedoch zu schwach, um die Herrschaft zu übernehmen. Andererseits fehlte den breiten sozialen Bewegungen der Bevölkerung eine starke politische Führung, die die Machtfrage hätte stellen können. In dieser Situation konnte die Armee als einzig wirklich national organisierte Kraft trotz ihrer inneren Zerrissenheit Zug um Zug die Staatsgewalt übernehmen. Seitdem bemüht sie sich um Wiederherstellung der Staatsgewalt gegenüber den sozialen und ethnisch-partikularen Bewegungen des äthiopischen Vielvölkerstaates überwiegend bäuerlicher Bevölkerung.
- Die "sozialistischen Errungenschaften" der Militärherrschaft (Landreform, Verstaatlichung von städtischem Grund und Boden, von Versicherungen, Banken und Handelshäusern) wurden letztlich durch den Druck der Massenbewegungen erzwungen. Die Militärs haben dabei ihr Möglichstes getan, um "revolutionäre Exzesse" zu bremsen und das

Heft in der Hand zu behalten.

- Seit dem Machtantritt der Militärs spitzen sich die nationalen und Klassenkonflikte eher zu. Im Militär und im Staatsapparat spielten sich blutige Machtkämpfe ab. Gleichzeitig verwickelte es sich in einen Mehrfrontenkrieg gegen separatistische Bewegungen der nicht-amharischen Völker und konkurrierende politische Parteien, die auf die Ablösung der Militärs hinarbeiteten. Zentrale Konfliktpunkte in diesen Auseinandersetzungen waren und sind die Nationalitätenfrage und die Frage der Weiterführung und Absicherung der äthiopischen Revolution.
- Bis Sommer 1977 hatte sich in der Militärregierung (Derg) die Fraktion um Mengistu Haile Mariam durchgesetzt. Sie vertrat eine Politik der strikten Zentralisierung der Staatsgewalt in den Händern des Militärs. Dies bedeutete einerseits die Verneinung autonomistischer Lösungen für die Nationalitätenfrage. Andererseits wurde das Projekt der revolutionären Umgestaltung Äthiopiens (wachsende Einbeziehung der Massen und gleichzeitiger Abbau der Militärherrschaft) zugunsten einer aufzubauenden marxistisch-leninistischen Einheitspartei faktisch aufgegeben. Dadurch wiederum geriet der Derg in wachsende politische Isolation.
- Das Bündnis der Mengistu-Fraktion mit der UdSSR und Kuba ab Frühsommer 1977 verschaffte dem von allen Seiten bedrängten Regime massive Militär- und Truppenhilfe. Dies sicherte ihm im Herbst und Winter 1977 das politische Überleben, bewirkte jedoch keine dauerhafte Stabilisierung der innerpolitischen Verhältnisse in Äthiopien. Weder der Aufbau der Einheitspartei noch die Lösung der nationalen Frage sind vorangetrieben worden. Die massive Abhängigkeit der Militärregierung von sowjetisch-kubanischer Unterstützung bedingt, daß die nationale Unabhängigkeit des Landes heute geringer zu veranschlagen ist als zu Zeiten der kaiserlichen Herrschaft.
- Angesichts der starken Kräfte der Sowjets und Kubaner in Äthiopien ist gegenwärtig eher mit einer "Verbiegung" des revolutionären Prozesses in Richtung sowjetisches Staatsmodell als mit einer möglichen "Konterrevolution" prowestlicher Kreise mit Unterstützung der USA zu rechnen. Es mehren sich gegenwärtig Anzeichen, daß die UdSSR und Kuba mit der Derg-Fraktion um Mengistu in Konflikt geraden sind. Deren unnachgiebige Haltung gegenüber Eritrea und ihr Festhalten an der ausschließlich militärischen Machtstruktur drohen den Anspruch der UdSSR und Kubas zu untergraben, mit dem Derg eine sozialistische Regierung zu unterstützen. Ein Putsch gegen Mengistu ist unter diesen Umständen nicht auszuschließen, da die Sowjets und Kubaner bereits jetzt gezielt im Derg und unter den zivilen politischen Kräften des Landes eine verläßlichere "Hausmacht" aufbauen.
- Aus den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen läßt sich nicht voraussagen, welche Richtung die nationalen und Klassenkämpfe in den nächsten Monaten und Jahren einschlagen werden. Die Möglichkeit des Sozialismus, die sich im Jahre 1974 für Äthiopien eröffnete, kann daher gegenwärtig weder als verwirklicht noch als vertan begriffen werden.

Perspektiven sozialistischer Solidarität

Aus diesen sehr vorläufigen Einschätzungen einiger Aspekte der Umwälzungen in Nordostafrika ergeben sich für eine Arbeit im Sinne der internationalen sozialistischen Solidarität folgende Aspekte: Politische und materielle Unterstützung derjenigen politischen und sozialen Kräfte, die aufgrund ihrer bisherigen Praxis gegenüber dem gegenwärtig herrschenden autoritären und zentralistischen Modell der Militärs ein Mehr an sozialrevolutionärer Umgestaltung (unter wachsender Einbeziehung der äthiopischen Bevölkerung selbst bei zunehmender Demokratisierung der Strukturen) und ein Weniger der Unterdrückung der nicht-amharischen Nationalitäten zu versprechen scheinen. Dies beinhaltet für uns die prinzipielle Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung der nicht-amharischen Völker (Autonomie oder Unabhängigkeit) und die Unterstützung von Ansätzen zu einer breiten Front der Linksopposition gegen den Derg. Die Politik aller auswärtigen Mächte in Nordostafrika sollte ohne vorab gesetzte Bewertungen in ihren Auswirkungen auf die dortigen nationalen und Klassenkämpfe kritisch analysiert und politisch beurteilt werden. Dies gilt für die "Verbiegung" des revolutionären Prozesses in Äthiopien durch die Politik der UdSSR und Kubas ebenso wie für die "Rückgewinnungsstrategien" der USA, die an den Auswirkungen sowjetisch-kubanischer Politik ansetzen können.

Im Lichte der Erfahrungen der vergangenen Jahre mit der Entwicklung von "sozialistischen" und sogenannten "fortschrittlichen" Regimes in Ländern der "3. Welt" ist die Erarbeitung einer realitätsgerechteren Einschätzung zwingend notwendig. Diese kann nur auf Klassenanalysen dieser Gesellschaften beruhen und nicht wie bisher überwiegend auf Selbstdarstellungen dieser Regimes. Im Rahmen einer solchen "Entmythologisierung", "Entglorifizierung" und "Enttabuisierung" der bisherigen Internationalismusarbeit wäre auch die Position Kubas neu zu reflektieren. ★

kleinanzeigen

FILM/THEATER/KULTUR

(8/11) Sonderheft des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt **"Gewerkschaft und Kulturarbeit":** Beiträge zur gewerkschaftlichen Kulturarbeit, Literatur der Arbeitswelt, Kulturgruppen etc.; 130 Seiten; Bezug: Barbara Buhl, Aachenerstr. 456, 5000 Köln 41

(8/12) **Progreß dritte Welt – Filmverleih,** ein nichtkommerziell arbeitender Filmverleih vermittelt wichtige Filme und Medien zu Fragen der internationalen Entwicklung, Entwicklungspolitik, 3. Welt. Nähere Informationen und Bedingungen: pdw Filmverleih c/o Überseemuseum, Bahnhofsplatz 13, 28 Bremen 1, Tel. 0421/361 6450

(8/13) **Initiative fortschrittlicher Filmemacher Hamburg** verleiht S 8-Magnettonfilme zu Brokdorf (70 min.), Kalkar (46 min.), Malville (45 min.) und Grohnde (50 min.). Auskunft von Montag-Freitag 18.00-20.00 Uhr unter Tel. 040/276887 oder über IF Hamburg, Großheidestr. 27, 2 Hamburg 60

(8/14) **Videofilm** "So kommt ihr an uns nicht vorbei" zum **Hafenarbeiterstreik 1978** (60 min.) und ein dazugehöriges Heft **"Medienarbeit" Nr. 17/18:** Videoarbeit im Hafenarbeiterstreik, Gespräch mit Wolf Biermann etc., 64 Seiten/DM 3,50; Bezug: Medienpädagogik Zentrum e.V., Thadenstr. 130 a, 2 Hamburg 50

(8/15) Film-Katalog des Zentral-Film-Verleih, 100 Filme auf 300 Seiten mit ausführlicher Beschreibung und Bildern; DM 12,-- (Vorauszahlung auf Commerzbank Hamburg Nr. 30-29 543-01; ZFV, Karl Muck Platz 9, 2 Hamburg 36

(8/16) **Politische Plakate von Ernst Volland** – Prospekt anfordern bei: Volland, Deidesheimerstr. 29, 1 Berlin 33, Tel. 030/8221568

(8/17) **Lieder gegen Panzer – Prag 1968:** Originaldokumente des Widerstandes und Lieder von Interpreten des "Prager Frühlings"; Gegen Voreinsendung von DM 20,-- (Scheck/PSCHKto Köln 293868-508) bei Neue Welt Schallplatten, Hansaring 80, 5 Köln 1

STELLENANGEBOTE/SUCHE

(8/18) **Berufspraktikant(in)** für heilpädagogische Wohngruppe (4 Mädchen 13-15 J.) in der Nähe von München ab ca. Mitte September 1978 gesucht. Anfragen unter Chiffre 8/18 an Sozialistisches Büro

(8/19) **Ärztin/Arzt gesucht,** die bedürfnisorientierte präventiv-medizinische Soforthilfeprogramme für die Dritte Welt mitorganisieren kann. Zusammenarbeit mit Nichtmedizinern und Zivildienstleistenden erforderlich sowie Fremdsprachen und Dritte-Welterfahrung. Nähere Informationen: medico international, Homburger Landstr. 455, 6 Frankfurt 50

(8/19a) Im nordöstlichen Teil des Raums Neustadt am Rübenberge ist die ärztliche Versorgung miserabel. Gesucht wird ein **Arzt der Allgemeinmedizin,** der sich dort (ca. 30 km nordwestlich von Hannover) niederlassen möchte und eventuell mit einem Heilpraktiker zusammenarbeiten würde. Näheres: Gruppe Andere Politik, Am Husalsberg 2, 3002 Wedemark 14.

(8/19b) **Sozialpädagogin** (29) sucht Alternativprojekt (Randgruppenarbeit) ab September 1978 im Raum Süddeutschland. Gisela Figge, Schweitzerstr. 12, 41 Duisburg 1

(8/20) **Dipl. Sozialwissenschaftlerin** (Schwerpunkt: Jugend- und Sozialarbeit) sucht nach 2 jähriger Praxis im Bereich Jugendarbeit zum 1.10. 1978 eine Beschäftigung, in der es möglich ist, theoretisch zu arbeiten (wissenschaftliche Projektbegleitung, Beratung etc.), der norddeutsche Raum wird bevorzugt. Sigrid Berger, Stegenort 3, 24 HL-Beidendorf

(8/21) **Maschinenbau-Techniker** sucht fachlich alternatives Projekt oder Arbeitsstelle mit gewerkschaftlichem Zusammenhang möglichst in NRW. Zuschriften unter Chiffre 8/21 an SB

ARBEITS-/WOHN-/ FREIZEITKONTAKTE

(8/22) **WG Nähe FFM** – sucht Paar mit Kind(ern) zur Gründung einer WG in Schwalbach und Umgebung. Wer möchte mit uns leben und diskutieren. Wir sind 2 Frauen (30 und 40 J.) und 2 Mädchen (11 und 13 J.). Tel. 06196/3840 (Irene)

(8/23) Wir, Dieter und Ilse (29 und Sozialpädagogen) suchen zum 1.10.78 2-3 Leute (auch mit Kind) zum **Zusammenwohnen** im Landkreis Stade. Haus mit Garten wird noch gesucht. Ilse Onnasch/Dieter Fiesinger. Howaldtstr. 7, 33 Braunschweig, Tel. 0531/794923

(8/24) Wer hat Schwierigkeiten mit seinem **Promotionsvorhaben,** ich möchte gegen die schwindende Motivation, Isolation einen Diskussions- und Unterstützungszusammenhang in einer selbstorganisierten Gruppe aufbauen. Wer hat Interesse, bitte melden bei: Walter Koch, Theaterstr. 13, 3 Hannover 1, Tel. 0511/12443

(8/25) **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** – wer hat Erfahrungen und kann uns mit Informationen weiterhelfen, wir wollen eine Dokumentation dazu erstellen. Arbeitskreis "ABM" c/o Reinhard Streibel, Hohenzollernstr. 73, 465 Gelsenkirchen

(8/26) **Kontaktbereichsbeamte:** wir suchen Material, Erfahrungsberichte aus Städten, in denen der KOB schon tätig ist. Marianne Christnacht, Fröhlichstr. 34, 68 Mannheim 1

(8/27) Wer hat Lust und Interesse, am Aufbau/ Renovierungsarbeiten im Haus Dachsberg im Rahmen eines **Sommercamps** mitzuarbeiten. Von Juli - Oktober sind verschiedene Camps vorgesehen; nähere Informationen: Emmaus Zentrum Dachsberg e.V., 4132 Kamp-Lintfort, Tel. 02842/ 41025

(8/28) Suche Materialien, Erfahrungsberichte, Tips, Adressen, Hinweise zu rechtlichen Bestimmungen zum **Aufbau eines Stadtteilzentrums** mit Kneipe, Kino, Buchladen. Unkosten werden erstattet. Axel Deprins, Alteburgstr. 13, 741 Reutlingen

(8/29) Materialien gesucht zum Thema **"Literatur und Studentenbewegung"** Unkosten werden erstattet. Franz Rieping, Alter Steinweg 31, 44 Münster.

TERMINE

- 25.9.-30.9. **"Gesellschaftliche Krise und Jugend",** Gustav Stresemann-Institut, Haus Lerbach, 506 Bergisch-Gladbach 2, Tel. 02202/31021
- 8. November **"Wissenschaftliche Konferenz der Josef-Dietzgen-Gesellschaft e.V. Bonn".** Nähere Informationen: Dr. Horst-Dieter Strüning, Pappelweg 5, 5205 St. Augustin 1, Tel. 0221/24534
- 6.-8. Dezember in Düsseldorf **"Ambulante Hilfen für Behinderte",** Programm kann schon jetzt bezogen werden: BAG Hilfe für Behinderte, Kirchfeldstr. 149, 4 Düsseldorf
- **Tagungen der AGG-Projektbereich Hochschul- und studentische Politik**

26.-30.9. in Altenberg, Thema: Inhalte und Methoden der Aktion

20.-22.10. in Bonn, Thema: Unseren Alltag verändern – Ziele und Chancen studentischer Politik

Informationen: AGG, Rheinweg 34, 53 Bonn

- **Tagungen der AG SPAK**

12.-25.8. Alternative Ökonomie

25.-27.8. Alternative Ökonomie speziell für Mitarbeiter in ODL-Siedlungen

15.-17.9. Probleme von Gefangenenzeitungen

29.9.-1.10. Rechtliche Hilfen für Obdachlose

Eine Reihe weiterer Seminare sind für den Herbst geplant, liegen aber zeitlich noch nicht genau fest, nähere Informationen: AG SPAK, Belfortstr. 8, 8000 München 80

Die alltägliche Folter — ein Dokument

Das vorliegende Dokument ist die Aussage eines ehemaligen Mitgliedes der Sozialistischen Partei Chiles, das später für den chilenischen Geheimdienst DINA arbeitete. Seine Aussagen leistete es vor Angehörigen des "Katholischen Generalvikariats" in Santiago; diese hielt das Dokument bis jetzt zurück, um es gemäß den Vorstellungen der Christ-Demokratischen Partei Chiles zum passenden Zeitpunkt einzusetzen. Ihn hielt man im Juni 1978 für gekommen.
Die Veröffentlichung zum jetzigen Zeitpunkt ist in Zusammenhang mit den intensiven Auseinandersetzungen mit der Militärjunta zu sehen, auf die mit dem Dokument und der Öffentlichkeit, das es erhält, Einfluß genommen werden soll.
Die Aussagen gehen weit über das bisher befürchtete Ausmaß der Repression in Chile hinaus. Juan René Muñoz, der Autor dieses Dokuments, wurde Anfang Oktober 1977 ermordet aufgefunden. Der Oberste Gerichtshof in Santiago de Chile erklärte sich für den Fall nicht zuständig. – Redaktion "links"

Ich heiße Juan René Muñoz Alarcon, Ausweisnummer 4.824.557-9 Santiago. Ich bin 32 Jahre alt, verheiratet und lebe in der Straße Sargento Menadiert 311, Puente Alto, Poblacion Maipo. Ich war ein führendes Mitglied der Sozialistischen Partei Chiles, Mitglied des Zentralkomitees ihrer Jugendorganisation und Leiter der CUT auf nationaler Ebene (chilenische Einheitsgewerkschaft) und ich gehörte der Conföderation der Kupferarbeiter an.

Im Jahr 1973 legte ich meine Mitgliedschaft in der PS (Sozialistischen Partei) nieder. Ich verließ die Partei, da ich mit einigen Sachen nicht einverstanden war. Ich erklärte dies öffentlich in den Zeitungen, im Fernsehen und im Radio. Dies alles war 4 bis 5 Monate vor dem Putsch, was bedeutete, daß mich Leute aus der Partei verfolgten. Dies drang bis in mein Privatleben ein: meine Familie verließ mich. Ich war zu der Zeit verheiratet und hatte sechs Kinder. Leute der Rechten nahmen mich auf. Genauer gesagt, Carlos Aston, der heute chilenischer Generalkonsul in Südafrika ist. Sie versteckten mich, sie ernährten mich, da ich völlig am Boden lag; das einzige was mir fehlte, war, mir eine Kugel durch den Kopf zu jagen.

Dann kam der Militärputsch. Man holte mich ins Nationalstadion (1), um Leute zu identifizieren. Ich tat dies freiwillig, da ich starke Rachegefühle denjenigen gegenüber hatte, die früher meine Genossen gewesen waren und mich dann verfolgt hatten. Ich bin der Kapuzenmann aus dem Nationalstadion. Die Sicherheitsdienste setzten mir diese Kapuze auf, und sie reichten mich durch die einzelnen Abteilungen, in denen es Gefangene gab. Ich erkannte eine ganze Menge Leute. Viele von ihnen starben, und ich bin der Verantwortliche an ihrem Tod, da ich sie denunzierte und beschuldigte, meine früheren Genossen zu sein, als Mitglieder des Zentralkomitees oder als Mitglieder des Sicherheitsapparates der Partei.

Danach wurde ich gebeten, mit einigen Gruppen des Militärs auf die Straßen zu gehen und Leute auf den Plätzen zu identifizieren. Unglücklicherweise war da auch der Fall des Miguel Plaza, er kann es mir verdanken, daß er heute noch lebt. Ich wollte ihn nicht wiedererkennen. Aber unglücklicherweise existierte ein Foto von uns beiden, und wegen dieser einzigen Lüge wurde ich für 3 Monate inhaftiert. Ich erfuhr dieselbe Behandlung wie alle anderen Gefangenen, ich meine, es spielte keine Rolle, daß ich die Partei verlassen hatte und daß ich in nichts verwickelt war.

Danach ließen sie mich unter der Bedingung frei, daß ich mit ihnen kollaborieren würde; sie schickten mich zur Colonia Dignidad, etwa 40 km landeinwärts von Parral. Dort war ein Ausbildungszentrum des nationalen Geheimdienstes, geleitet von Deutschen, die heute auch die chilenische Staatsangehörigkeit besitzen. Es sind alte Deutsche, die nach dem Krieg hierher kamen. Sie sind jüdischer Abstammung (2) und haben ein richtiges Regiment in der Colonia Dignidad. Dort gibt es ein Krankenhaus, das all die fortschrittlichen Einrichtungen besitzt, wie die Krankenhäuser in Santiago. Es gibt dort Ambulanzflugzeuge und Postflugzeuge und unterirdische Gefängnisse. Dort brachte man mir bei, wie man Leute verhört, und es wurden Schulungen durchgeführt, die uns in den Arbeitsweisen der Geheimdienste unterrichteten. Man erklärte mir, daß ich mich wieder in meine frühere Partei, die sich jetzt im Untergrund befand, einschleichen sollte. Unglücklicherweise, oder glücklicherweise, war dies nicht möglich, da ich bei allen viel zu bekannt war. Alle Welt wußte, daß ich ausgetreten war, und deshalb ging dies nicht.

Daraufhin schulte man mich, Leute zu verfolgen, zu verhören, zu foltern und zu ermorden. In diesem Fall war mein direkter Vorgesetzter der heutige Direktor der Junta für zivile Belange, Alvaro Puga Cox, zusammen mit dem Koordinator des Kanals Nr. 9 des Fernsehens der Universität Chile, Jorge Schilling Rojas, Jurastudent an der Universität. Ein weiterer ist heute Personalchef der Tageszeitung "El Cronista", sein Familienname lautet Zalaquett. Ein weiterer ist heute Koordinator des nationalen Haushalts, Anibal Maturana Contreras, verwandt mit General Contreras der DINA.

Allgemein wird geglaubt, daß die DINA der einzige Geheimdienst sei, der Gefangene verschwinden läßt. Dies trifft nicht zu. Es operieren sieben Geheimdienste im Land. Der größte ist zweifellos die DINA, deren Angehörige zu 70 bis 80% Militärs und Carabiñeros sind. Die anderen etwa 20% sind Zivile, Angehörige der Kriegsmarine und der Luftwaffe. Aus den letzten beiden Gruppen nehmen sehr wenige daran teil, da sie ihre eigenen Geheimdienste besitzen. Außerdem existieren fünf weitere Geheimdienste mit geheimen Apparaten wie SIFA, SICAR, DIENE, DIGET und die Informationsabteilung der politischen Polizei. Ich habe mit allen zusammengearbeitet, ohne Ausnahme. Ich begann diese Arbeit aus Rachegefühlen, mit Haß und Freude darüber, mich rächen zu können, aber später, bedingt durch die Situation, in der ich lebte, und von der Arbeit, die ich machen mußte, suchte ich Möglichkeiten, mich zurückziehen zu können, was mir nicht möglich war. Man kann dort eintreten, aber nicht wieder austreten. Ich half Gutierrez und Pascal Allende, als sie sich versteckten und avisierte sie.

Der Grund meiner Erklärung ist nicht, Entschuldigungen zu suchen oder mich mit mir wieder zu versöhnen, denn was ich gemacht habe, hat wahrhaftig keinen Namen. Ich erkenne mich heute nicht mehr wieder, kann mir nicht erklären, wie ich all diese schrecklichen Dinge begehen konnte. Zu meiner Entlastung muß ich sagen, daß es sehr schwierig ist, wenn man keinen Rückhalt mehr hat und wenn der Geheimdienst einem jeden Rückzug abgeschnitten hat, sich von ihnen zu befreien.

Ich war daran beteiligt, einige Leute "verschwinden zu lassen", die sich in der Colonia Dignidad befinden. In diesem Moment befinden sich 112 (dieser) Personen in der Colonia Dignidad. Einige frühere Führer der verschiedenen Parteien der Unidad Popular. In Santiago, in Peñalolén und in Colian befindet sich der Rest. Es sind etwa 145. Alle anderen verschwundenen Gefangenen sind tot. Sie wurden niedergemacht in Peldehue durch den Hinrichtungsapparat der DINA, der von Fernando Cruzar kommandiert wird. Das Hauptquartier liegt an der Straße Ahumada 312, in der 6. Etage. Es ist nach außen ein An- und Verkauf für Gold. 90% der An- und Verkaufsläden für Gold, die es in Santiago gibt, gehören der DINA.

Die Werkstätten für Gravur und in denen Schlüssel angefertigt werden, gehören ebenfalls der DINA, ich kann einige Beispiele nennen. Straße Moneda 1061, Straße Bandera 121 (diese beiden Werkstätten liegen an der Ecke, an der sich die beiden Straßen kreuzen, und haben im Haus

eine Verbindung). Andere sind weniger erwähnenswert, da die erstgenannten die wichtigsten sind. Dorthin werden diejenigen Leute zuerst gebracht, die in der Innenstadt verhaftet werden. Dort werden die Verhafteten vorerst gefangengehalten, danach werden sie in einem Krankenwagen in Richtung Tobalaba gebracht. Tobalaba, Lager Nr. 4; nicht nach 4 Alamos, da alle Leute Tres Alamos und Cuatro Alamos kennen. Es existieren 6 Haftorte, von denen ich schon einige genannt habe. Von gleicher Wichtigkeit ist, daß man die Namen der Verhafteten austauscht (chapa).

Wenn z.B. eine Person verhaftet wird, wenn er ins Gefängnis kommt, gebe ich beispielsweise meinen Namen an, d.h. ich/mein Name wird inhaftiert, Juan Muñoz Alarcon; sie fertigen neue Dokumente an, stellen diese auf Francisco Lopez Aguirre aus, und wenn dann Rechtsmittel auf Schutz der Person eingelegt werden, kann man diesen Namen niemals unterbringen, obwohl die betreffende Person wirklich verhaftet ist. Sie vernichten all seine Papiere, die echten, und setzen dafür die falsche Dokumentation ein. In einigen Fällen wurde aufgeführt, daß sie das Land verlassen hätten. Es trifft zu, daß sie das Land verlassen hatten: man brachte sie nach Argentinien und dann mit einem Flugzeug zurück. In anderen Fällen, wenn sich jemand geweigert hat, mit ihnen zu kollaborieren – ich möchte hier ganz klar feststellen, daß es zwischen allen Kollaborateure gibt – wenn sich also jemand geweigert hat, werden neue Papiere angefertigt und zwar für einen DINA-Mann, dieser verläßt dann mit den offiziellen Dokumenten des anderen das Land. Seine Ausreise wird offiziell registriert, und danach wird der Gefangene hingerichtet.

Ich hatte mich eigentlich gut vorbereitet, diese Erklärung abzugeben, aber ich bin doch etwas nervös, denn ich weiß, daß ich von einer der beiden Seiten hingerichtet werden werde. Darüber bin ich mir voll im klaren. Ich möchte deshalb auch nicht die Hilfe oder den Schutz von irgendjemandem erbitten. Viele meiner früheren Genossen möchten sich an mir rächen, wie es auch die andere Seite machen wird, denn wenn jemand nicht mehr nützlich ist, läßt man ihn besser zum stummen Zeugen werden, der nicht mehr sprechen kann. Das ist sehr viel sicherer.

So funktioniert das Räderwerk des Systems. Man fängt sie in Santiago, man bringt sie nach Tobalaba, neben Grimaldi (Folterzentrum) steht ein sehr großes Haus, wo man sie gefangenhält. Es heißt Dignidad: in Dignidad gibt es eine Funkstation, die innerhalb weniger Sekunden Kontakt in alle Welt herstellen kann, dort werden zentral alle Informationen des DINA-Apparates aus dem Ausland empfangen. Z.Zt. aus Venezuela, Kolumbien, Frankreich, Schweden, Italien. Dort arbeiten 50% der Angehörigen der DINA. Im Innern des Landes ersetzen viele Zivilpersonen diese Leute. Und wo und wem unterstehen diese Gruppen? Cruzat überfiel die Konföderation der Staatsangestellten ANEF, er zusammen mit der Gruppe 1 der DINA-Leute aus der Straße Bandera 121. Ich möchte einige Daten über Fernando Cruzat geben. Er ist der Stiefbruder von Kapitän Jorge Zuchino, Chef der 2. Abteilung des Regiments Tacna, das ist derjenige, dem die ganze Industrie im Großraum Santiago und Umgebung untersteht.

Diese Stelle bereitet alles vor, was mit der Verfolgung, dem Verschwindenlassen, Entlassungen und Terrorisieren der Arbeiter zu tun hat. Sie werden hierin unterstützt von der Personalchefin der Metallindustrie ASA, der Sozialassistentin Ivonne Rios Talledo, und von der Personalleiterin der Firma CINTAC, Carmen Smith, beide leiten die Durchführung der Verfolgungen. Diese gesamte Abteilung unterhält ein wahres Heer von Denunzianten, was den Geheimdiensten erlaubt, Leute festzunehmen, weil sie Unzufriedenheit mit der Regierung zum Ausdruck brachten. Es genügt schon, ein einziges Wort gegen die Regierung zu sagen, und man verliert die Arbeit. Das Wichtigste, damit Gerechtigkeit in dieses Land wieder einkehrt, ist, klar zu sagen, daß diese Regierung alle möglichen Grenzen der Rechtsstaatlichkeit überschritten hat, sie ist völlig illegal.

In diesem Land existiert momentan ein Todesschwadron, angeführt von Kapitän Rolando Larena von der Artillerie, der später mal ausfindig gemacht werden sollte. Dieser Mann unterhält Kontakte zu den brasilianischen, argentinischen und uruguaischen Geheimdiensten, die unbehelligt in diesem Land arbeiten können. 50% der Fahrzeuge, die in Argentinien angemeldet sind und über die einzelnen Pässe einreisen, kommen als Touristenfahrzeuge, obwohl sie in Wirklichkeit Fahrzeuge des argentinischen Geheimdienstes sind, die zusammen mit unserem Geheimdienst arbeiten. Die Aufgabe der Geheimdienste ist es, Leute im Ausland gefangenzunehmen, sie hierher zu bringen und sie zu liquidieren; außerdem Gefangene auszutauschen. Alles ist erlaubt und wird vom Präsidenten der Republik hingenommen, der der direkte Vorgesetzte für all die Dinge ist, denn der Chef der DINA ist ihm direkt verantwortlich. Innenminister und Justizminister haben keine Möglichkeit der Einflußnahme auf diese Geheimdienste.

Eine andere Person, die ich vergaß, die aber sehr wichtig ist, ist Daniel Galleguillos, Mann von Silvia Pinto, beide arbeiten für den CIA in diesem Land. Ihre Vorgesetzten sind James Jahn Bisayton von der US-Botschaft

und die chilenische Sekretärin des Botschafters Sheila Fortna, in direkter Zusammenarbeit mit einem Ex-Sozialisten, wie ich es bin, der aber noch das volle Vertrauen der Partei genießt und ein Verräter ist. Er heißt Hugo Vicencio. Er ist verantwortlich für die Verhaftung von Exequiel Ponce und von allen, die in diesem Zusammenhang in die Hände der Junta fielen. Dies ist in groben Zügen meine Erklärung. Ich ermächtige Sie, den bestmöglichen Gebrauch hiervon zu machen, ohne Rücksicht auf die Folgen. Wie ich erklärt habe, bin ich bereit, diese zu tragen, einschließlich der persönlichen Sicherheit. Es droht mir der Tod, und ich weiß, daß ich über kurz oder lang sterben werde. Ich werde nicht durch einen Schuß sterben, sie sind nicht so dumm, aber ich werde einen Herzanfall erleiden, oder ich werde überfahren werden, wenn ich auf den Bus warte, oder ich werde an irgendeinem Ort stürzen, man stirbt nicht nur an einem Schuß. Ich möchte sicherheitshalber wiederholen, daß diese Erklärung zum Wohl all derer benutzt werden soll, für deren Leiden ich verantwortlich bin, direkt oder indirekt. Ich erkläre die Wahrheit. Ich bin bereit, vor die Gerichte zu treten oder vor wen auch immer es notwendig sei, um all diese Dinge zu denunzieren und zu bestätigen.

Die vorgemachte Erklärung lege ich im Vollbesitz meiner Sinne ab, ich war mein Leben lang nicht krank, abgesehen von ein paar Erkältungen. Ich erkläre dies ohne Druck irgendeiner Art, freiwillig, da ich hoffe, daß dies in diesem Moment etwas nützen wird. Ich glaube, daß die Bedingungen jetzt gegeben sind, um sich dem Monstrum, das die DINA ist, entgegenzustellen. Ich möchte außerdem darauf bestehen, beeiden wenn nötig, daß ein Teil der Gefangenen noch lebt, in sehr schlechten Bedingungen, viele von ihnen am Rande des Wahnsinns, als Folge der sehr harten Behandlung, die sie erfuhren. Ich beziehe mich besonders auf Carlos Lorca, auf Ponce, zum Zeitpunkt seiner Verhaftung Chef der internen Abteilung der PS und ihr Generalsekretär. Sie befinden sie in der Colonia Dignidad, Pavillon 2. Ich möchte mich auch auf Tolosa von der Kommunistischen Jugend (JJCC) und vom Zentralkomitees (CC) beziehen, der die halbe Welt verraten hat, aber ich möchte zu seiner Ehrenrettung auch sagen, daß er schrecklich und barbarisch gefoltert worden ist.

Es gibt eine gelbe Zeitung (3) mit meiner eigenen Handschrift versehen, mit Zahlen und Nummern. Ich habe darin markiert, wer lebt und wer tot ist. Die leben, sind nicht mehr als 150, ich sagte vorher bereits die genaue Zahl, etwas über 140 Personen. Im offiziellen Archiv sind diese Leute mit ihrem Namen als inhaftiert gemeldet, aber nur im Archiv, das die DINA in der Straße Vicuña Maackenna unterhält, hingegen im Archiv vom Generalstab der Streitkräfte erscheinen sie nur mit den falschen Namen (chapa). Da wo sie gefangengenommen sind, sind sie sowohl mit ihren richtigen Namen als auch mit den Fälschungen registriert.

Diese Leute haben bis jetzt keinerlei Sicherheit, lebend herauszukommen; ich glaube nicht, daß sie wirklich lebend herauskommen werden, denn bis jetzt erkennt man ihre Inhaftierung nicht an, da sie im Untergrund wichtige Leute waren. Man läßt sie momentan noch am Leben, um durch sie auch den Rest noch zum Schweigen zu bringen.

Ich wiederhole die Orte, in denen sie sich befinden: Colonia Dignidad, Colina und Peñalolén. An keinem anderen Ort wird man verschwundene Gefangene finden. Andere politische Gefangene kann man an vielen Orten finden, aber die "Verschwundenen" sind nur in den drei vorgenannten Orten. Die Frauen sind in San José de Maipo, wo die Lungenkranken sind, unglaublich, aber ein ausgezeichneter Ort, um Leute zu verstecken. Unzweifelhaft sind in den letzten Tagen und Monaten mehr Leute gefangen genommen worden, aber einige von ihnen leben, wie im Fall von Contreras Maluje. So befahl der Oberste Gerichtshof die sofortige Freilassung von Herrn Contreras, aber Oberleutnant Fuentes vom Geheimdienst der Luftwaffe ist der verantwortliche Mann, der die Anordnung des Tribunals nicht ausführte und ihn nicht freiließ, denn er befand sich in seiner Gewalt. Der einzige Geheimdienst, der selbst Gefangene festsetzte und sie der DINA vorenthielt, ist der Apparat des Geheimdienstes der Luftwaffe (FACH), der den MIR fast vollständig zerstört hat, unter Mithilfe des bekannten Kommandanten Raúl, der mit vollem Namen Raúl Romo heißt.

Das wäre praktisch alles, was ich zu sagen hätte. Ich möchte bekräftigen, daß ich bereit bin, diese (Erklärung) in gesetzlicher Form abzugeben – vor einem Notar oder vor einem Gericht – damit die Ungerechtigkeit in diesem Land ein Ende findet, damit, wenn ein Bürger auf die Straße geht, er dieses in Ruhe tun kann, um in einem freien Land seines Weges zu gehen, und nicht mit Angst und Terror, daß man ihm an der nächsten Straßenkreuzung oder hinter der nächsten Ecke auflauert, weil ein Nachbar ihn als Kommunisten oder Sozialisten angeklagt hat. Ich stehe Ihnen zur Verfügung, wann immer und in welcher Situation immer sie wollen, und wenn ich weiterhin nützlich sein kann, können Sie mit mir bedingungslos rechnen. Ich bitte um nichts und will nichts und daß niemand auf mich Rücksicht nimmt.

Denn für das, was man macht, muß man die Verantwortung tragen und die Folgen auf sich nehmen. Wenn mich irgendeine Verfolgung treffen wird, so wird sie von Seiten der Regierung kommen.

Ich erkläre all dies freiwillig ohne Druck und verbleibe in dem ruhigen Bewußtsein, daß ich die Wahrheit gesagt habe.

Anmerkungen

(1) Das Nationalstadion war das erste Konzentrationslager, das die Regierung Pinochets im September 1973 einrichtete.

(2) Alle verfügbaren Informationen über die Colonia Dignidad hat amnesty international in einer Broschüre publiziert. Herr Muñoz irrt in seiner Erklärung, wenn er behauptet, daß die Bewohner jüdischer Abstammung seien.

(3) Die "gelbe Zeitung" ist eine Beilage zu der vom Genaralvikariat der katholischen Kirche herausgegebenen Zeitschrift "Solidaridad". In dieser Beilage war eine Liste aller gut dokumentierten Fälle von Verschwundenen abgedruckt.

Bei den Sozialisten der Kampf, bei den Christen die Hoffnung?

Carl-Wilhelm Macke

Was Christen und Marxisten verbindet und was sie trennt, entscheidet sich im Alltag, in der praktischen politischen Zusammenarbeit gegen die kapitalistische Verkrüppelung der Menschen, auf der Straße, im Stadtteil oder im Betrieb.

Die "zwei Kirchen" in Spanien

Bis in die fünfziger Jahre hinein gehörte die katholische Amtskirche zu den stärksten und geschlossensten Stützen des Franco-Regimes. Sie kontrollierte das gesamte Bildungssystem, ihre Normvorstellungen waren identisch mit denen des Staates. Kurz: Der "Nationalkatholizismus" war praktisch allüberall gegenwärtig, wo das spanische Volk in Fesseln gehalten wurde. "Die Folge war die Errichtung einer neubarocken Kirche, die dem Land buchstäblich auferlegte, mit morgendlichem Rosenkranzgebet aufzustehen und mit reuevollen Schlägen an die Brust zu Bett zu gehen" (Reyes Mate).

Dieses bereits in den fünfziger Jahren brüchiger werdende Bündnis von Cortes und Altar wurde zu Beginn der siebziger Jahre durch den innerkirchlichen Aufbruch im Gefolge des II. Vatikanums und das Siechtum des franquistischen Apparates immer stärker aufgerieben. Neben schon länger oppositionell eingestellten Arbeiterpriestern setzte jetzt auch ein größer werdender Teil der Hierarchie auf eine schrittweise Öffnung der Verbindung Staat – Kirche und lehnte sich politisch an reformkapitalistische Fraktionen des Bürgertums an. Die nationalkatholischen Bischöfe gerieten so in eine deutliche Minderheitsposition innerhalb der Bischofskonferenz.

Tagtäglich durch die praktische Seelsorgearbeit in den Arbeitervierteln mit der Klassenstruktur der spanischen Gesellschaft konfrontiert, politisierten sich Teile des unteren Klerus immer stärker in sozialistischer Richtung. Die zusätzlich große Zahl aktiver Katholiken, die bereits während der Franco-Diktatur den Widerstandskampf auf Seiten der politischen Linken geführt hat und fest in deren Organisationen verankert ist, stößt dabei auf eine Kirchenhierarchie, die in ihrer Orientierung auf das bürgerliche "Zentrum" eine militant antisozialistischen Haltung verfolgt. In den sozialen Auseinandersetzungen der Nach-Franco-Ära stehen sich diese innerkirchlichen Tendenzen häufig schroff gegenüber. In der herrschenden Theologie wird ein Engagement von Christen in den marxistischen Klassenorganisationen nach wie vor für nicht vereinbar mit dem christlichen Glauben erklärt. So wird ein Teil der sich immer noch zur Kirche zugehörig fühlenden Christen, vor allem in der Arbeiterklasse, an den

Rand, oder wie Mate es formuliert, "außerhalb der Kirchenmauern" gedrängt.

Hier – "extra muros" – konstituiert sich so ein Ketzerchristentum, das seine Identität aus der Teilnahme am Kampf der Unterdrückten und Ausgebeuteten gewinnt.

Charakteristisch hierfür ist etwa die Erklärung der Christen von St. Andreu in Barcelona anläßlich der Besetzung ihrer Kirche durch die Frauen und Kinder der streikenden Arbeiter von Motor Iberica (einer Tochterfirma des kanadischen Land- und Baumaschinenmulti Massey Ferguson) im Jahre 1976: "Wir danken Euch, daß Ihr unsere Gemeinde ausgesucht habt, um Euren Widerstand auszudrücken gegen das kapitalistische System, das uns ausbeutet, vertreten in der unnachgiebigen Haltung des Unternehmens gegenüber Euren gerechtfertigten Forderungen ... Das Gotteshaus ist, weil es das Haus Gottes ist, das Haus des Volkes, denn Gott ist an der Basis, umso mehr dann, wenn diese Basis verfolgt und unterdrückt wird ... Wir werden auch in Zukunft unsere Kirchen dem Volke öffnen, wenn es sie benötigt, denn nur so können wir unserem Gott der Freiheit treu sein. Kolleginnen, Kollegen: Dank für Eure Anwesenheit, Dank für Euer Beispiel, Dank für Eure Solidarität, Dank dafür, daß Ihr uns in eine Kirche des Volkes verwandelt und uns die lebendige Wahrheit des Evangeliums wiederentdecken laßt ..."

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung innerhalb der spanischen Kirche ist denn auch das bemerkenswerte, von Alfonso Comin verfaßte Dokument der PCE über die "Partei und die neue Kirche" zu werten, in dem, ausgehend von einer auch selbstkritischen Bestandsaufnahme des bisherigen Verhältnisses von Partei und Christentum, für eine neue Qualität des Dialogs und des gemeinsamen Kampfes plädiert wird: "Es ist ... richtig, daß die neuen fortschrittlichen Kräfte innerhalb der Masse der Christen positiv darauf wirken müßten, das auf beiden Seiten vorherrschende Sektierertum und Unverständnis zu überwinden. Die institutionelle Kirche muß früher oder später ihr 'mea culpa' über ihren verbissenen Antikommunismus sagen, der sie von der Arbeiterbewegung in der Welt von heute entfernt hat. Aber auch die Partei muß ihre Fehler erkennen und jede Versuchung der Zurückweisung oder Instrumentalisierung vermeiden ...

Als gute Marxisten revidieren wir die marxistische Kritik der Religion, eine Kritik, die in einem historischen Augenblick entstand, als der christliche Glaube noch kein Faktor des demokratischen Kampfes und antifaschistischen Widerstandskampfes war. Gerade jene Christen, die sich dem befreienden Glauben verschreiben, kritisieren den Mißbrauch der Religion als Opium des Volkes und die ideologischen Manipulationen der Botschaft des Evangeliums."

Italien – die Impulse der Basisgemeinden

In vielem mit der Entwicklung innerhalb der spanischen Kirche ähnlich, ist diejenige in Italien. Auch hier gehen die verschiedenen inner- und außerkirchlichen christlichen Strömungen im wesentlichen zurück auf die Zeit des Faschismus und der unmittelbaren Nachkriegszeit einerseits und die Aufbruchszeit Ende der sechziger Jahre im Gefolge des II. Vatikanischen Konzils andererseits, die zusammentraf mit den großen Arbeiter- und Studentenkämpfen.

Während des Faschismus hatte es der Vatikan qua Lateranverträge geschafft, seinen direkten Einfluß auf den Staat zu zementieren: Die katholische Religion wurde Staatsreligion, Angestellte des Vatikans wurden vom Militärdienst befreit, der Schulunterricht mußte sich am katholischen Glauben orientieren.

Nach Kriegsende votiert die kirchliche Hierarchie seit Jahrzehnten in direkter oder subtiler Form für die Politik der Democrazia Christiana, der "katholischen Partei", in der sie einzig Grundaussagen des christlichen Glaubensverständnisses aufbewahrt sieht. Grundaussagen allerdings, die anscheinend durchaus noch Grundstücksspekulationen und dubiose Bankgeschäfte größeren Ausmaßes decken, in denen die katholische Kirche traditionell kräftig mitmischt.

Aber auch hier ist sie wie in Spanien mit der Tatsache konfrontiert, daß ein erheblicher Teil der christlichen Massen, durch die Erfahrungen des gemeinsamen antifaschistischen Kampfes geprägt, in den verschiedenen Formationen der Linken mitarbeitet, und ehemals an der katholischen Soziallehre orientierte christliche Gewerkschaftsverbände, wie die CISL oder konfessionelle, die DC einst loyal unterstützende Arbeiterorganisationen wie die ACLI (Verband der christlichen Arbeiter Italiens) schon seit Jahren den Klassenkampf als orientierendes Moment ihrer Politik begreifen, der sie nicht selten bei Arbeitskämpfen militantere Positionen einnehmen läßt als etwa die traditionell linke CGIL.

Geradezu als Schock wirkte für die Amtskirche der Ausgang des Scheidungsreferendums 1974, bei der ihr ganzes Gerüst an klerikalen Norm- und Sexualvorstellungen, mit dem sie bis dahin noch großen Einfluß auf die Massen zu haben glaubte (und z.T. auch wirklich besaß) ins Wanken geriet. Die Wahlen 1976 bestätigten dann noch einmal deutlich, wie schwach die Resonanz von Papst- und Bischofsworten im Kirchenvolk geworden war. Ca. 5 Millionen praktizierende Katholiken waren nicht bereit, eine durch und durch abgewirtschaftete DC zu unterstützen und wählten Parteien der Linken.

Selbstbewußt bekennen sich immer mehr katholische Laien zu ihrer Mitarbeit in den Parteien der Linken, vor allem in der PCI oder in der Bewegung "Christen für den Sozialismus". 1976 kandidierten auf der Liste der PCI sechs renommierte Laienkatholiken, die so, in der Sprache des Vatikans, "der Versuchung erlegen waren".

Eine große Strömung innerhalb der "Christen für den Sozialismus" steht

dem von der PCI angestrebten "historischen Kompromiß" mit der DC skeptisch bis ablehnend gegenüber. Das äußerst taktische, gelegentlich auch opportunistische Verhalten der PCI in allen Fragen, die den Einflußbereich der Kirche tangieren (Vatikan-Konkordat, Familien- und Strafrechtsreform) bietet für Linkskatholiken ja auch genügend Konfliktflächen. Andererseits verbirgt sich hinter dieser Haltung der PCI auch das wohldurchdachte, in der Tradition von Gramsci und Togliatti stehende strategische Kalkül, bei einer stärkeren Konfrontation mit der Kirche gleichzeitig in Distanz zu den katholischen Arbeitermassen zu gehen, deren kirchliche Loyalitäten sie bei aller sonstigen Militanz nicht unterschätzt.

In sogenannten Basisgemeinden wird vielfach ein Christentum praktiziert, dem die Option für den Klassenkampf als Konsequenz kritischer Beschäftigung mit der Bibel und den sozialen Realitäten des Landes keiner Diskussion mehr bedarf, auch wenn die Hierarchie, allerdings in Nuancen unterschiedlich, immer wieder vor Entscheidungen warnt, die "in offenem Gegensatz zur christlichen Botschaft stehen".

Diese in sich gewiß sehr heterogenen Basisgemeinden bilden häufig Kristallisationskerne verschiedener politischer Projekte in den Stadtteilen und Fabriken. Sie sind "Experimente mit einem gemeinsam gelebten Leben inmitten der Befreiungskämpfe" (Marcello Vigli).

Die Politisierung innerhalb der katholischen Kirche findet ihren Ausdruck aber nicht nur in der Herausbildung bislang zumindest in der Größe unbekannter Organisationsformen von Ketzerchristen an der Basis, sondern durchzieht auch den Klerus bis hinauf zu vereinzelten Bischöfen. Bekannteste Beispiele sind der inzwischen schon historische Widerstand des Don Mazzi im Turiner Arbeiterviertel Isolotto und der hartnäckige anti-hierarchische Kampf des ehemaligen Abtes Giovanni Franzoni, dem ein Kardinal nach seiner Liaison "brüderlich" schrieb: "Du kannst, wenn Dein Herz geläutert ist, in Demut und Vertrauen immer in das Haus des Vaters zurückkehren, wo Dich der Papst und viele Brüder erwarten und Dich froh empfangen werden."

BRD — Gefahr der Instrumentalisierung

Nicht oder nur begrenzt vergleichbar mit den geschilderten Entwicklungen in den romanischen Ländern – für Frankreich trifft ähnliches zu – ist demgegenüber die Situation in der BRD. Zum einen existiert hier nicht ein ähnlich tiefgehender und traditioneller Einfluß einer Kirche wie der katholischen in Spanien, Italien und abgeschwächt der in Frankreich. Darüber hinaus hat es in der Geschichte dieser Republik nie eine direkte Konfrontation zwischen institutionalisiertem Christentum und einer marxistischen Massenbewegung gegeben, auch wenn gerade in den fünfziger und sechziger Jahren die katholische Kirche und die CDU diese in ihrem Kampf gegen die Sozialdemokratie heraufbeschworen haben.

Demgegenüber ist aber in wichtigen sozialen Bewegungen der Nachkriegszeit der Anteil christlich motivierter Aktivisten überproportional hoch. Die Ostermarsch- und Anti-Notstandsbewegung lebte in starkem Maße von christlich-pazifistischem Engagement. In der Studenten- und der anti-imperialistischen Bewegung spielten beispielsweise die evangelischen und z.T. auch die katholischen Studentengemeinden an den Universitäten eine nicht zu unterschätzende Rolle, und auch die neueren Ökologiebewegungen werden vielfach mitgetragen von protestantischen Pastoren und in konfessionellen Jugendverbänden organisierten Jugendlichen. Von einzelnen, zumeist sehr kleinen Zeitschriftenprojekten protestantischer und katholischer Intellektueller ("Junge Kirche", "Stimme der Gemeinde", "werkhefte", "kritischer katholizismus" usw.) sind Impulse ausgegangen, die ihre praktische Umsetzung vielfach erst heute in Bürgerinitiativen, alternativen Zeitungsprojekten, in der Gewerkschaftsarbeit und den verschiedenen politischen Zusammenhängen der Linken erfahren. Diese Projekte können so auf die Erfahrung von Genossen zurückgreifen, die schon in der ersten Restaurationsphase theoretisch und praktisch Widerstand geleistet haben.

Joachim Perels weiß, wovon er spricht, wenn er einleitend in seinem Beitrag die bloße Abwehr und Verdrängung nicht weniger Sozialisten, "die eine wie auch immer äußerliche christliche Sozialisation hinter sich haben", kritisiert. Das Erbe einer solchen christlichen Sozialisation und die z.B. in Konflikten zwischen dem Kirchenapparat und kirchlichen Jugend- und Studentenverbänden immer wieder neu produzierte anti-hierarchische Sensibilität auf Seiten der innerkirchlichen Opposition wäre von Sozialisten reflektiert aufzuarbeiten und auch aufzunehmen, um progressiv engagierten Christen gegenüber nicht nur instrumentalisierend aufzutreten und sie in politischen Kampagnen etwa zur Hofierung der bürgerlichen Öffentlichkeit vorzuzeigen. Wichtiger und glaubwürdiger wäre vielmehr, voneinander zu lernen. Perels hat dazu einige Anstöße gegeben, die hier nur ergänzt werden sollen.

Was macht die sozialistische Linke falsch, wenn in ihr zwar der Kältestrom detektivischer Kapitalismusanalyse fließt, der Wärmestrom, die auch individuelle Selbstverwirklichung, die Hoffnung auf ein anderes Leben schon vor der letzten Schlacht aber immer häufiger in der Geborgenheit von Jugendsekten, in der Abgeschiedenheit von Landkommunen oder in selbstgenügsamen städtischen Subkulturen zu fließen scheint?

Warum sind Phantasie, Kreativität und das Einüben neuer Verhaltensformen häufiger auf Kirchentagen bzw. den parallel dazu organisierten Alternativveranstaltungen anzutreffen als auf den verschiedenen Kongressen, Tagungen und Demonstrationen der Linken, bei denen Verbissenheit, Konkurrenz und Selbstkasteiung die Szene beherrschen?

Und um auf ein brennendes Problem zu sprechen zu kommen: Warum suchen denn so viele Arbeitslose Stütze bei der kirchlichen Telefonseelsorge und nicht bei denjenigen, die sich der Ursachen von Entlassungen und den Möglichkeiten der Gegenwehr sicher scheinen? Was können wir denn in unseren sozialistischen Zirkeln und Gruppen schon bieten, außer stundenlangen Diskussionen über Probleme, die nicht die ihren sind (jedenfalls nicht die unmittelbaren), außer Aufklärungsbroschüren, in denen sie keine praktischen Hilfestellungen für die Bewältigung ihres ohne Arbeit oft sinnlosen Alltags finden, außer die Vertröstung auf den Tag, an dem die Kapitalisten arbeitslos werden. Reicht diese Gewißheit aber aus, um die oft schon so tiefe Resignation zu überwinden, aktiv zu werden, seinen Alltag selbst zu organisieren, sich in antikapitalistischen Projekten zu engagieren?

"Es haben noch niemals in der Menschheitsgeschichte Leute irgendwelche Barrikaden gestürmt, nur weil sie begriffen hatten, daß zwei mal zwei vier ist" (Wolf Biermann). Den Mut, die Hoffnung, den Zorn, die Empörung, aber auch die notwendige Gelassenheit, Geduld und den Optimismus für die Verwirklichung einer sozialistischen Perspektive kann man aus verschiedenen Quellen schöpfen. Eine davon kann der nicht mehr zu ertragende Widerspruch zwischen dem rebellischen Gehalt der Bibel ("Siehe ich mache alles neu" ...) und dem verrotteten System sein, in dem Menschlichkeit eine Ausnahme ist. Warum dies so ist, dazu allerdings kann Bibelstudium nicht sehr viel beitragen.

Neue Broschüren im Verlag 2000

Reihe Arbeitsfeldmaterialien zum Sozialbereich
Marlene Neske/Günter v. Juterzenka,
Zwischenlösung: Arbeitskollektive – Selbsthilfeinitiativen und Jugendarbeitslosigkeit –
96 Seiten, broschiert, mit über 80 Zeichnungen und Karikaturen von Christoph v. Löw, DM 6,--.
In dieser Broschüre werden zwei Arbeitskollektive beschrieben, in denen die Autoren über zwei Jahre mitgearbeitet und mitgelebt haben. Beschrieben werden die Entwicklung dieser Projekte von dem Dienstleistungskollektiv mit arbeitslosen Jugendlichen zum Heranschaffen des Lebensunterhalts bis zum Ausbildungs- und Produktionsbetrieb mit all seinen Gruppen- und Legalisierungsschwierigkeiten.
An der Entwicklung dieser beiden Arbeitskollektive, mit zum Teil unterschiedlichen Ansätzen und Konzeptionen, werden auch die gesellschaftlichen Perspektiven für Arbeitskollektive hinreichend deutlich gemacht.
Die schätzungsweise rund 100 Projekte sind bislang nicht mehr als punktuelle hoffnungsvolle Ansätze, die es vor allem im Hinblick auf ihre Verallgemeinerbarkeit und (auch teilweise) Übertragbarkeit hin zu betrachten gilt. Dabei fallen nicht nur die länger werdenden Arme der Schulbürokratie und das dichter werdende Geflecht sozialer und polizeilicher Kontrollorgane als Hemmschuh für die Ausweitung sozialer Alternativen ins Gewicht.
Trotz ihres insularen Charakters, den es durch viele neue Ansätze zu überwinden gilt, sind Selbstdarstellungen nicht nur Anregung zur unmittelbaren Nachahmung, sondern sie bieten sowohl für kritische Ansätze in der Sozialarbeit wie auch für politische Initiativen in der westdeutschen Linken u.E. wichtige Ansatzpunkte.

Reihe Betrieb und Gewerkschaft
Ulrich Bosse
Ein Betrieb mach dicht ... Werksschließung in Kalletal
– Betriebsstillegungen in der BRD – Ein zentrales Problem gewerkschaftlicher Politik –
104 Seiten, broschiert, DM 7,--
Die vorliegende Arbeit verfolgt das Ziel, einen Beitrag zu leisten, die innergewerkschaftliche Diskussion in Fragen praktischer Gewerkschaftspolitik in der Krise fortzuführen. Dabei geht es um die aktuelle Problematik von Betriebsstillegungen. Dies ist zum einen auf die inhaltliche und exemplarische Relevanz dieser Frage im Zusammenhang mit dem Thema Wirtschaftskrise und Gewerkschaftspolitik, zum anderen auf die intensive und teilweise konkret miterlebende Beschäftigung des Verfassers mit dem Konflikt um die Stillegung des DEMAG-Werkes in Kalldorf zurückzuführen.
Durch die spektakulären Aktionen der Belegschaft gegen die Schließung des Werkes in Kalldorf 1976 gelangte das Problem von Betriebsstillegungen an eine breite, nicht nur gewerkschaftliche Öffentlichkeit. Wurde hier doch der Kampf gegen das scheinbar unabwendbare Schicksal von Arbeitsplatzverlust und drohender Arbeitslosigkeit in der Krise aufgenommen. Jedoch verharrte die öffentliche Diskussion im großen und ganzen bei der Erörterung der sozialen Folgen. Das Anliegen der Belegschaft, durch ihre Aktion die Unabwendbarkeit einer solchen Maßnahme in Frage zu stellen, wurde kaum aufgegriffen, was schließlich auch dazu führte, daß mit der Durchführung der Stillegung in Kalldorf das öffentliche Interesse daran erlahmte.
Die Broschüren können gegen Vorauszahlung (Briefmarken/Scheck) portofrei bezogen werden bei: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Kita-Frankfurt — Erfahrungen im Kampf gegen die Abschaffung eines Reformmodells

Nach nunmehr fast 3 Monaten des Umwandlungsprozesses der Frankfurter KITAS (Kindertagesstätten im Rahmen eines Modellprogrammes "KITA 3000", mit besonders günstigen Erziehungs- und Entfaltungsbedingungen für die Kinder) in normale KTs (herkömmliche Kindertagesstätten mit größeren Gruppen und überwiegend traditionellen Erziehungsformen) ist die Szene im Sinne der Frankfurter CDU-Regierung befriedet und in den ehemaligen KITAS überwiegend der übliche KT-Alltag eingetreten. Der Anfang April etwa 2 Wochen dauernde massive Widerstand von Eltern und Erziehern gegen die Umwandlung war bald danach völlig zusammengebrochen. Zurückgeblieben ist eine Gruppe von 30 - 40 Eltern, die in Privatinitiative das Projekt fortführen wollen, sowie vereinzelte Elterngruppen innerhalb einiger bisheriger KITAS, die sich mit den neuen Bedingungen zwangsweise arrangieren, durch eigene Aktivitäten jedoch die negativsten Auswirkungen der Umwandlung weitgehend verhindern wollen.

Das Bild, das sich nunmehr darstellt, ist konsequenter Ausdruck des zwischen der Stadt Frankfurt als Träger der KITAS und den Eltern bestehenden Machtverhältnisses, in dem die Stadt, aufgrund des bestehenden formalen Rechts wie auch durch Finanzierung dieses Bereiches, faktisch das alleinige Sagen hat und den Eltern lediglich die Freiheit bleibt, entweder die gesetzten Bedingungen zu akzeptieren oder das Kind nicht mehr in eine städtische Kindertagesstätte zu schicken.

Dieses hier zwar vereinfacht dargestellte, aber prinzipiell wirkende Machtverhältnis hat meines Erachtens während der gesamten Auseinandersetzung um das KITA-Modell 3000 die Realitäten bestimmt und scheint mir auch der entscheidende Schlüssel für die Frage nach wirksamen Mitteln von Bürgern gegenüber dem Machtmißbrauch von öffentlichen Beschlußorganen, wie hier der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrates zu sein.

Vorgeschichte und strukturelle Bedingungen des Widerstands

Im letzten halben Jahr vor dem für alle Beteiligten (einschließlich der Stadt Frankfurt) überraschenden Ausbruch des solidarischen Kampfes der Eltern und Erzieher um die Beibehaltung des KITA-Projektes stellte sich mir und mit Sicherheit auch den meisten anderen Eltern und Erziehern, soweit sie überhaupt an Veranstaltungen teilnahmen, ihre Situation keineswegs als geschlossene, in ihren Zielen und Kampfformen einigbare Kraft dar. Die wenigen Gesamt-Eltern-Versammlungen in dieser Zeit wurden von etwa 40 bis 80 Personen (inkl. Betreuer) besucht und ließen aufgrund ihres formalen wie auch inhaltlichen Ablaufes nicht die geringste Hoffnung aufkommen, daß mit der organisierten Kraft der Eltern und Betreuer aus dem KITA-Bereich das KITA-Modell erfolgreich verteidigt werden könne. Zwar schien man sich in breiten Kreisen einig darüber zu sein, daß das Teamprinzip gegen die Einsetzung von Leiterinnen verteidigt werden müsse und daß im Interesse der Kinder auch die kleinen Gruppen nicht abgeschafft werden dürften, jedoch wußte keiner

zu diesem Zeitpunkt, wie sich die Stadtverwaltung die Abschaffung des KITA-Projektes vorstellte. Es wurde hier und da auch sichtbar, daß bei weitem nicht alle Eltern bereit waren, der Einsetzung von Leiterinnen den vollen Widerstand entgegenzusetzen.

Über die Schallgrenze der noch zumutbaren Veränderungen gab es keine Einigung, die noch dadurch erschwert wurde, daß auch mit einer schleichenden Durchsetzung von einzelnen Veränderungen gerechnet werden mußte. Wie nun letztlich Widerstand aussehen konnte, war in diesem Zusammenhang noch weit unklarer. Im wesentlichen beschränkte man sich zu diesem Zeitpunkt auf Schreiben an die Stadtverwaltung und Protestbriefe mit dem Ziel, konkretere Hinweise über die geplanten Veränderungen zu bekommen und als Eltern in diesen Prozeß miteinbezogen zu werden.

Erst als sich gegen Ende 1977 in Gesprächen mit Rechtsanwälten die Hoffnung auftat, auf dem Rechtswege die Abschaffung des KITA-Projektes stoppen zu können, gab es in den darauf folgenden Sitzungen, die sich dann überwiegend mit dieser Frage beschäftigten, unter großen Anstrengungen eine schmale gemeinsame Plattform. Nach über zweimonatigen Bemühungen konnten Mitte Februar 1978 Rechtsanwälte beauftragt werden, eine einstweilige Anordnung gegen die Auflösung des Kitaprojektes beim Verwaltungsgericht zu beantragen. Es hatten sich über 60 Eltern schriftlich bereit erklärt, die Kosten hierfür zu übernehmen.

Wie bekannt (s. dazu den Beitrag in "links" Nr. 100), wurden die Strategien der Stadt zur Umwandlung der Frankfurter KITAs in normale KTs erst wenige Tage vor dem beschlossenen Umwandlungstermin, dem 1. April, offengelegt. In Schreiben an weit über 100 Mitarbeiter aus dem KITA- und KT-Bereich wurde deren Umsetzung in jeweils andere Einrichtungen mitgeteilt, wobei der überwiegende Teil der KITA-Mitarbeiter in traditionelle KTs versetzt wurde. Über Nacht sollten auf der Grundlage dieser Umwandlungskonzeption einem großen Teil der KITA- und KT-Kinder die vertrauten Bezugspersonen entzogen werden. Eltern und Erzieher hatten sich auf einer kurzfristig für den 31. März einberufenen Vollversammlung nach langem Ringen auf folgendes Minimalprogramm geeinigt:

- Es sollte versucht werden, in allen KITAs den alten Betrieb aufrecht zu erhalten.
- Den Eltern wurde empfohlen, deshalb Elterndienste einzurichten, die verhindern sollten, daß die von der Stadt eingesetzten Leiterinnen Kontakt mit den Kindern bekommen und ihre mit den Umwandlungsplänen verbundenen Aufgaben angehen konnten.
- Den Mitarbeitern wurde empfohlen, nicht an ihre neuen Arbeitsplätze zu gehen, sondern zusammen mit den Eltern den bisherigen KITA-Betrieb weiterzuführen.
- Die Kooperation mit den neuen Mitarbeitern sollte abgelehnt werden.
- Es wurde ein Koordinationsbüro eingerichtet, das ab Montag, 3.4.78 bis auf weiteres regelmäßig besetzt sein sollte, um die dringend erforderliche Kommunikation zwischen den einzelnen KITAs herstellen zu können.

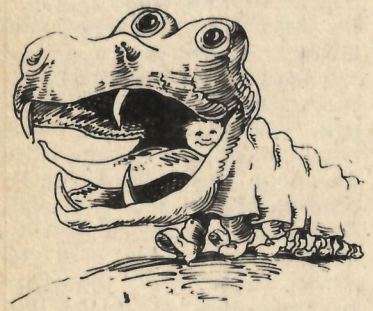
Die wesentlichste Grundlage für diese Einigung war die uneingeschränkte Betroffenheit bei Eltern und Erziehern über die angeordneten unmenschlichen Umsetzungen. Trotzdem muß man sagen, daß diese breite Widerstandsbereitschaft der Eltern auf den unterschiedlichsten Hoffnungen und Motivationen beruhte. So gab es bestimmt viele, die mit ihren Aktivitäten ihr Kind vor nachteiligen pädagogischen Maßnahmen bewahren wollten und die Hoffnung hatten, daß entweder die Stadt nachgeben werde oder das Verwaltungsgericht zumindest einen Aufschub beschließen würde. Andere Eltern waren sich wiederum darüber im klaren, daß sie sich über die Bewahrung ihrer Kinder vor nachteiligem Einfluß hinaus mit ihrer Aktivität für eine politische Auseinandersetzung entschieden hatten, die weder mit dem Verwaltungsgerichtsentscheid noch durch eine einsichtige Haltung der Stadt beendet sein würde.

Die Mitarbeiter hatten insbesondere aufgrund unterschiedlicher Interessen hinsichtlich einer möglichen Weiterbeschäftigung eine unterschiedliche Risikobereitschaft. Dies führte dazu, daß auf dem Hintergrund der Diskussion über die Folgen von Arbeitsverweigerung das Problem der Solidarisierung gegen die Veränderungsmaßnahmen der Stadt nur schwer abzuklären war. Die Haltungen schwankten hier von einer prinzipiellen Ablehnung einer Weiterbeschäftigung unter KT-Bedingungen, sei es in der umgewandelten KITA oder bei einer Versetzung in eine herkömmliche KT bis hin zur Bereitschaft, unter annehmbaren Bedingungen auch in einer KT mit einer Leiterin weiterzuarbeiten. Hierfür waren wohl weniger voneinander abweichende pädagogische Konzeptionen als Unterschiede in der Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes entscheidend, die aus den verschiedenen sozialen Situationen der einzelnen Mitarbeiter resultierte.

Auf Seiten der CDU-Regierung der Stadt Frankfurt war man mit Sicherheit von Anfang an entschlossen, die Veränderungen um jeden Preis durchzusetzen. Wenn man den genauen Ablauf der Entscheidungen betrachtet, so scheint mir sogar die Annahme nicht unberechtigt, daß mit bestimmten Maßnahmen von Seiten der Stadt Gewalt provoziert werden sollte. Hierfür spricht insbesondere, daß bereits an dem Wochenende 1./2.4. eine ganze Reihe von KITAS von Polizeistreifen bewacht wurden, und daß zur Öffnung der KITAS am 3.4. ebenfalls Polizeistreifen zugegen waren. Des weiteren sprechen alle Presseerklärungen der Verantwortlichen der Stadt dafür, in denen sie die Schließung von insgesamt 5 KITAS mit Gewaltmaßnahmen durch Eltern und Erzieher begründeten, die jedoch selbst für die Pressevertreter ersichtlich in keinem der genannten Fälle stattgefunden hatten.

Was hätte die Stadt mit einer solchen Provokation bezwecken können? Wohl dies, daß bei unüberlegten, gewaltsamen Auseinandersetzungen, selbst wenn diese durch die Stadt provoziert wurden, eine Spaltung und damit eine Schwächung der Eltern und Erzieher erfolgt wäre. Zum zweiten konnte die Stadt davon ausgehen, daß solche gewaltsamen

Auseinandersetzungen die Möglichkeit geboten hätten, sich auf einfache Weise der ohnehin unliebsamen Erzieher zu entledigen. Bei einer den Interessen der Kinder angemessenen langsamen Umwandlung wären ihnen genau diese engagierten und zu Widerspruch bereiten Mitarbeiter im Wege gewesen. Nicht zuletzt hätte eine für die CDU unangenehme inhaltliche Diskussion ihres Änderungskonzeptes durch gewaltsame Konflikte verhindert werden können, denn zu diesem Zeitpunkt war selbst dem letzten denkenden CDU-Mitglied klar, daß nach den mehrfach gescheiterten Versuchen, das KITA-Modell inhaltlich zu töten, mit dieser nun angeordneten Umsetzung eines Wahlkampfversprechens keine Wähler zu gewinnen waren.



Der Verlauf der Auseinandersetzungen

Der Verlauf der Auseinandersetzungen selbst zeigte, daß trotz der relativ schmalen inhaltlichen Plattform sehr schnell eine breite Widerstandsbewegung zustande kam. Hauptinstrument der Koordination der einzelnen Maßnahmen war das Organisationsbüro, das über Telefonkontakte täglich die aktuellsten Entwicklungen zusammentrug und bei dem die in den KITAs vereinzelt tätigen Eltern und Erzieher durch Anruf über den jeweiligen Stand unterrichtet wurden. Sie konnten sich somit auch als Teil einer breiteren Bewegung begreifen. Darüber hinaus waren die allabendlichen Treffen zur Auswertung des täglichen Geschehens und zur Planung neuer Schritte ein wichtiges Instrument für den Zusammenhalt des Widerstandes. Die solidarisierende Funktion der Erfolge der ersten Tage wurde durch zwei wesentliche Ereignisse unterstützt. Zum einen wirkte die Solidarisierung des DGB und der ÖTV durch Aufnahme der Kinder der geschlossenen KITA 111 in die Räume des DGB-Jugendclubs stabilisierend, zum anderen waren die unerwartet positiven Berichte in den Frankfurter Tageszeitungen von wesentlicher Bedeutung.

Trotz ultimativer Forderungen des städtischen Arbeitgebers beschlossen die KITA-Mitarbeiter, daß sie alle weiterhin an ihrem bisherigen Arbeitsplatz bleiben würden. Diese Weigerung auf breiter Basis, die Umsetzungen zu akzeptieren, sollte es der Stadt erschweren, Entlassungen aufgrund der damit verbundenen Arbeitsverweigerungen auszusprechen. Höhepunkt des Widerstandes der ersten Woche war eine von den Gewerkschaften ÖTV und GEW mitgetragene Protestkundgebung mit Demonstration am Samstag, 8.4., an der sich über 3.000 Personen beteiligten.

Wider Erwarten zeigte sich die Stadt während der ersten Woche relativ zurückhaltend. Zwar hatte sie provokativ 5 KITAS geschlossen, jedoch in der Folge, völlig unerwartet, keine arbeitsrechtlichen Konsequenzen eingeleitet. Diese Zurückhaltung entpuppte sich bald als eine vorübergehende Schwäche, die wohl damit zu erklären war, daß das Personalamt zeitweise den Überblick über die Personalsituation im KITA- und KT-Bereich verloren hatte. Schuld daran war wohl weniger das erfolgreiche Fernbleiben der KITA-Mitarbeiter von ihren neuen Arbeitsplätzen, als die Tatsache, daß die Stadtverwaltung bei einer ganzen Reihe von Umsetzungen arbeitsrechtlich problematische Entscheidungen getroffen hatte und zunächst bemüht war, durch Rückversetzungen und erneute Umsetzungsschreiben diese für einen möglichen Arbeitsgerichtsprozeß negativen Fälle zu entschärfen. Erst mit Beginn der zweiten Woche wurde deutlich, daß die Stadtverwaltung nunmehr zielstrebig die Personalsituation wieder in den Griff bekam.

Mitte der zweiten Woche kamen dann die ersten Kündigungsandrohungen, und bereits am Freitag, 14.4. wurden die ersten 6 Entlassungen ausgesprochen. Darüber hinaus hatte der – für die Stadt völlig unerwartet – friedliche Verlauf des Widerstandes von Eltern und Erziehern die Verwaltung in Zugzwang gebracht. Bis

zu diesem Zeitpunkt basierten alle Aktivitäten der Eltern und Erzieher auf den am 31.3. formulierten Maximalforderungen der Rücknahme der Massenversetzungen von KITA- und KT-Mitarbeitern, Fortführung der Erziehungsinhalte und Bedingungen des Projektes KITA 3000, Schaffung gleicher Bedingungen für die Kinder in den KTs sowie Respektierung des Mitbestimmungsrechtes der Eltern durch die Stadt.

Die enorme Belastung von Eltern und Erziehern, das weitere Hinausschieben des Beschlußtermines des Verwaltungsgerichtes und das Sichtbarwerden der geänderten städtischen Strategie machten dann die längst fälligen Perspektivdiskussionen zwingend erforderlich. Eine durch Äußerungen des Personaldezernenten Brück aufgekommene Hoffnung auf Verhandlungsbereitschaft der Stadt war das für diese Diskussion auslösende Moment, da man sich hierfür auf Minimalforderungen einigen mußte.

Erste Ernüchterung gab es bei der Frage, ob man die Leiterinnen in den KITAS auch weiterhin ablehnen solle. Berichte aus den einzelnen KITAS zeigten, daß man davon ausgehen mußte, daß ein Großteil der Eltern bereit wäre, eine Leiterin zu akzeptieren, wenn damit gewährleistet wäre, daß die bisherigen Bezugspersonen in ihren KITAS verbleiben könnten. Der zweite inhaltliche Punkt war die Frage nach der Gruppengröße, die jedoch nicht kontrovers diskutiert wurde, da hier eine definitive zahlenmäßige Festlegung, die die Grenze des Zumutbaren bedeutete, schwer möglich war. Prinzipiell ging man jedoch davon aus, daß man eine Vergrößerung der Kindergruppen nicht ablehnen könne. Streng genommen blieb nach der Diskussion an diesem Abend (des 13.4.) lediglich die Forderung nach Rücknahme der Versetzung der Bezugspersonen übrig.

Dieser Kompromiß beruhte auf der Hoffnung, bis zur Sommerpause möglichst günstige Bedingungen für die Kinder aufrechtzuerhalten, um in dieser Zeit zu prüfen, inwieweit es die Stadt mit dem erwirkten Kompromiß ernst meine oder gegebenenfalls Alternativen aufbauen zu können. Obwohl dies nicht ausdrücklich angesprochen wurde, bedeutete dieser Beschluß eine Anpassung der Forderungen von Eltern und Erziehern an die realen Machtverhältnisse. Er war das interne Eingeständnis, daß das KITA-Projekt 3000 beendet ist.

Die ablehnende Haltung der Stadt gegenüber diesem Verhandlungsangebot sowie die ersten Entlassungen führten in der darauffolgenden Woche zum endgültigen Zusammenbruch des Widerstandes. In dieser Woche fand nur noch eine gemeinsame abendliche Sitzung statt, die im wesentlichen Ausdruck der völligen Resignation war. Die dringend notwendige und für diesen Abend geplante Perspektivdiskussion, die der Start für den Aufbau eines privaten Alternativmodells sein sollte, ließ lediglich die bereits eingetretene Spaltung deutlich werden und schaffte keinerlei gemeinsame Ansätze. Übrig blieb, wie eingangs berichtet, eine Gruppe von Eltern, die die Inhalte des KITA-Modells in einer Privatinitiative fortführen wollten, sowie einzelne Elterngruppen innerhalb der umgewandelten KITAs, die versuchten, durch Fortsetzung ihrer Aktivitäten die neuen Bedingungen optimal im Interesse ihrer Kinder zu beeinflussen.

Ursachen der Niederlage und mögliche Perspektiven

Auf inhaltlicher Ebene gab es in der Eltern- und Erziehergruppe kein einheitliches Konzept, das einen längerfristigen Kampf auf breiter Ebene hätte tragen können. Die sehr unterschiedliche soziale Situation der Eltern beeinflußte in entscheidendem Maße die Bereitschaft und Fähigkeit, sich in diesen Auseinandersetzungen zu engagieren. Dies wirkte sich auf zwei Ebenen aus.

Die eine war das unmittelbare Engagement in den ersten beiden Aprilwochen, wo die Eltern nicht nur den täglichen KITA-Betrieb mit aufrecht

Broschüre im Verlag 2000: Die Stimme eines Außenseiters im sowjetischen Alltag

Vor kurzem hat der Verlag 2000 eine Broschüre herausgebracht, auf die wir hier hinweisen möchten: Wladimir Stoljarow, "Die Stimme eines Außenseiters im sowjetischen Alltag". Es handelt sich um die Übersetzung eines Manuskripts, das der Sowjetbürger Stoljarow in Moskau einem jungen Bundesbürger – zufällig Teilnehmer an einem von SDAJ und MSB Spartakus organisierten 'Freundschaftszug' und zufällig im SB – auf der Straße mitgab, mit der Bitte um Veröffentlichung im Westen. Stoljarow, Jahrgang 1938, der als Redakteur in der Buchkammer der UdSSR arbeitet, leidet unter den sowjetischen Verhältnissen, sein einziges Ziel ist die Ausreise in den Westen. Von seinem Leiden und seinen Bemühungen um legale Ausreise handelt sein Manuskript. Nachdem mehrere Versuche, Stoljarow von hier aus auf diplomatischem Wegen dazu zu verhelfen, fehlgeschlagen waren, entschloß sich ein Kreis von Genossen im SB, das Manuskript zu veröffentlichen.

Dieses Manuskript eines Mannes, der kein Sozialist oder Kommunist und auch kein aktiver Systemoppositioneller ist, formuliert keine wie immer geartete politische Position, zu der die Leser unmittelbar Stellung zu beziehen hätten. Sondern es gilt, dieses Bewußtsein als ein Produkt der sowjetischen Verhältnisse zunächst einmal zur Kenntnis zu nehmen. "Das Denken und Verhalten Wladimir Stoljarows", heißt es in der Vorbemerkung, "ist weder ein bloß individuelles – Zehntausende mögen sich in seiner Selbstdarstellung im sowjetischen bürokratischen Alltag wiederfinden – noch ein typisches für den Sowjetbürger schlechthin." Deutlich wird unter anderem, wie sehr der Mangel an freiem Informationsfluß und Ideenaustausch solche Bewußtseinsformen noch konserviert und ihre Korrektur verhindert. Aus diesem Grunde sprechen wir uns dafür aus, daß Stoljarow Gelegenheit erhält, den Westen, über den er unzureichende Vorstellungen hat, selber kennenzulernen.

Die Broschüre sollte weit verbreitet und gelesen werden. Außerdem sollten – ausgehend von der Broschüre – Briefe an die sowjetische Botschaft in der BRD zugunsten von Wladimir Stoljarow geschrieben werden.

(Die Broschüre hat 56 Seiten, kostet DM 4,-- und ist im linken Buchhandel oder direkt über Verlag 2000, Postfach 591, 6050 Offenbach 4, erhältlich.) **RICHARD MÜLLER**

Tagung: Familienfürsorge 21./22.10.1978

In der Familienfürsorge – oder wie es nach einem Schilderwechsel in einigen Städten heißt: Allgemeiner Sozialdienst – arbeitet ein Großteil der Sozialarbeiter. Grund genug für uns, sich mit der Arbeit in diesem Bereich kritisch auseinanderzusetzen.

Ein erstes Treffen fand im März dieses Jahres statt: die Resonanz war groß, ca. 50 Kolleginnen und Kollegen aus der BRD und Westberlin nahmen teil. Die auf diesem Treffen behandelten Themen: Funktion des Sozialarbeiters in der Familienfürsorge, Distanz/Nähe zum Klienten, Rationalisierung, Veränderungsmöglichkeiten etc. werden im Info Sozialarbeit, Heft 21 behandelt. Der Info erscheint Anfang September und dient zur Vorbereitung des 2. Treffens am 21./22.10. 1978 in Frankfurt.

Folgende Schwerpunkte sollen diskutiert werden:

- **Politische Ansätze und Perspektiven in der Familienfürsorge**
- **Was hat es auf sich mit der "Professionalisierung"?**
- **Welche Bedeutung haben Methoden/Supervision/Fortbildung?**
- **Gewerkschaftliche Arbeit**

Anmeldung (bitte angeben, ob Übernachtungsmöglichkeit gewünscht wird): Arbeitsfeld Sozialarbeit, Postfach 591, 6050 Offenbach 4

Für diese Tagung findet am 7. Oktober ein Vorbereitungstreffen statt. Wer daran teilnehmen möchte, erhält nähere Informationen unter Tel. 0611/7891239.

erhielten, sondern darüber hinaus, besonders spätnachmittags und abends, in Diskussionen innerhalb ihrer KITA-Gruppe oder bei den Vollversammlungen aller KITAS anwesend sein mußten, da hier jeweils der Fortgang der Auseinandersetzungen für den folgenden Tag festgelegt wurde. Unregelmäßigkeit hinsichtlich der Anfangs- und Endzeiten der Betreuung, insbesondere der Kinder der geschlossenen 5 KITAS erschwerten die Beteiligung der berufstätigen Eltern, die – selbst an feste Arbeitszeiten gebunden – auf die Versorgung ihrer Kinder während dieser Zeit angewiesen waren. Obwohl sich unerwartet viele Eltern dem Widerstand aktiv anschlossen, waren es im Verhältnis zu der anfallenden Arbeit immer noch viel zu wenig, und diese waren relativ schnell mit ihren Kräften am Ende.

Die zweite Ebene war die finanzielle, und zwar die soziale Beitragsstaffelung. Es gibt relativ viele Eltern, die keinen oder nur wenig Beitrag bezahlen. Diese mußten sich von Anfang an mit der Bedrohung auseinandersetzen, ob sie aufgrund ihres Widerstandes den KITA-Vertrag gekündigt bekommen können. Da es sich aber bei dieser Elterngruppe fast ausschließlich um Berufstätige handelt, die auf keinen Fall auf einen KITA-Platz verzichten können und auch nicht in der Lage sind, höhere Beiträge zu bezahlen, war mit ihrer Entscheidung, für bessere Erziehungsbedingungen in den Kindertagesstätten einzutreten, auch eine existenzielle Frage verbunden. Diese Unsicherheit wird auch viele davon abgehalten haben, sich aktiv zu beteiligen und hat wesentlich die Alternativdiskussion mitbestimmt. Die Entscheidung, sich auch an Alternativprojekten außerhalb des städtischen Bereiches mitzubeteiligen, ist deshalb nicht nur eine moralische Frage nach inhaltlicher Konsequenz bei der Gestaltung optimaler Entwicklungsbedingungen für die eigenen Kinder, sondern sie ist letztlich auch eine Frage der finanziellen Möglichkeiten jedes einzelnen, wenn sich ein solches Projekt überwiegend aus den Beiträgen der Eltern finanzieren muß.

Eine weitere, wesentliche Schwäche für uns war die Rechtslage. Der Rechtsweg, den die Eltern eingeschlagen hatten, um die Abschaffung des KITA-Modells zu verhindern, wurde im wesentlichen von der Berufung auf Grundrechte der Eltern getragen, die jedoch von den Gerichten im Zusammenhang eines solchen Konfliktes erst interpretiert werden mußten. Die daraus resultierende Sicherheit für die Eltern war ähnlich einer der Finanzierung von Alternativen aus Lottogewinnen. Im Bereich des Arbeitsrechtes stand die herrschende Rechtslage sogar direkt gegen uns. Die Aufrechterhaltung des KITA-Betriebes durch Eltern und bisherige Bezugspersonen war auf Seiten der Bezugspersonen nur durch bewußte Arbeitsverweigerung möglich. Dies bedeutete ständig die Drohung mit der fristlosen Entlassung für die Betreuer, aber auch damit die Aufhebung der wesentlichsten, unseren Widerstand tragenden Grundlagen, da auf diese Weise den Kindern die ihnen vertrauten Bezugspersonen ebenfalls entzogen worden wären. Nicht zuletzt bestand jederzeit die Möglichkeit, und dies wurde ja auch in vielen Fällen praktiziert, durch die Ausübung des Hausrechtes durch die Stadt die Räumlichkeiten zu entziehen oder durch die Kündigung von Mitarbeitern diese mit Hausverbot zu belegen.

Wenn ich nun abschließend auf die Frage eingehe, wie Bürger aus dieser Ohnmacht gegenüber den von ihnen gewählten und beauftragten Beschlußorganen heraustreten können, so möchte ich das an der einen grundsätzlichen Forderung deutlich machen, die den Anspruch der Eltern auf eine Erziehung ihrer Kinder im öffentlichen Bereich beinhaltete. Der hier verwandte Begriff "öffentlich" besagt für die Praxis der Eltern, daß sie den Anspruch an die Stadt hatten, daß die Kosten einer solchen Erziehung von dieser ganz oder überwiegend getragen werden müssen. Dies ist im KITA- und KT-Bereich realisiert. Darüber hinaus aber haben sie auch den Anspruch, daß die Erziehung ihrer Kinder in einer bestimmten Art und Weise zu erfolgen hat. Hier stellt sich die Frage, ob man nun den Begriff der öffentlichen Erziehung darauf reduziert, daß man per Vertrag die Stadt beauftragt, für eine bestimmte Zeit die Erziehung der Kinder zu übernehmen und damit auch die für die Stadt zuständigen Beschlußorgane legitimiert, mit Mehrheitsbeschlüssen die Inhalte der Erziehung zu bestimmen. Es ist klar, daß Eltern, die ihre Kinder zu selbstbewußten konfliktfähigen Bürgern erziehen wollen, mit diesem Anspruch auch an den öffentlichen Erziehungsbereich herantreten, den Widerspruch der gesellschaftlichen Kräfte hervorrufen, deren Interessen durch solche Bürger gefährdet scheinen. Der Begriff der "öffentlichen" Erziehung muß deshalb dahingehend erweitert werden, daß damit nicht nur die Finanzierung von Erziehung als eine öffentliche Aufgabe angesehen wird, sondern auch die Lohnabhängigen, also wir, selbst Teil dieser Öffentlichkeit sind, die aufgefordert ist, sich selbst aktiv in die Auseinandersetzung um die Erziehungsinhalte einzumischen: Hierfür müssen Modelle der Mitwirkung und Mitbestimmung im Vorschulbereich entwickelt werden; solange es solche Modelle nicht gibt, oder deren Entscheidungsspielraum keine wirksame Interessenvertretung zuläßt, müssen entsprechende Formen in Eigeninitiative geschaffen werden.

Es ist klar, daß dies ein sehr mühsamer Prozeß ist und daß bei allen Hindernissen, die einem solchen Weg entgegenstehen, gerade auf solche Formen der Eigeninitiative nicht verzichtet werden kann, wenn die Durchsetzung von Forderungen ernsthaft verfolgt werden soll.

Der neu gegründete Verein "KITA im Exil" e.V., der versuchen will, auf privater Ebene die Idee des KITA-Modells solange aufrecht zu erhalten, bis eine Übernahme dieses Erziehungsmodells in allen Frankfurter Kindertagesstätten möglich wird, wird sich genau mit dieser Frage beschäftigen müssen, und der Erfolg der Arbeit des Vereins hängt auch in starkem Maße von der Lösung dieser Fragestellung und der damit verbundenen Aufgabe ab.

GERD SCHUDLICH

Rundfunk-initiativen

Gestärkt durch den Wahlsieg der CDU in Niedersachsen hat Schleswig-Holsteins Regierungschef Stoltenberg Anfang Juli seine langschwelende Drohung realisiert, den NDR-Staatsvertrag zu kündigen. Aus der Sicht der Landesregierung in Schleswig-Holstein ist dieser seit 1955 geltende und mit Ausnahme von Bremen von allen norddeutschen Küstenländern mitgetragene Staatsvertrag über den NDR nicht mehr länger akzeptabel, weil die Finanzkrise des NDR ohne eine grundlegend neue Organisations- und Programmstruktur nicht mehr zu beheben sei. Es gelte, "gesellschaftlich relevante Gruppen" stärker in die Programmverantwortung einzubeziehen und ihnen so auch Einfluß auf die "Fortentwicklung elektronischer Medien" zu geben. Der NDR in seiner jetzigen Verfassung könne diesen Vorstellungen nicht gerecht werden. Weder personell noch in der Programmgestaltung sei er hierzu "ausgewogen" genug. Wie stets, weiß Stoltenberg auch dies salbungsvoll und staatsmännisch auszudrücken. Er wünscht sich ein Rundfunk- und Fernsehprogramm, das "von der verfassungsmäßigen Ordnung und den Wertvorstellungen des Grundgesetzes geprägt ist, ausgewogen und vollständig informiert, sowie die Grundsätze der Wahrhaftigkeit objektiv und überparteilich beachtet." Ihrer scheinbaren Seriosität entkleidet, verbirgt sich hinter diesen Worten die Kalkulation, im NDR noch vorhandene Reste kritischer und liberaler Öffentlichkeit mit einem neuen Staatsvertrag zu eliminieren oder die Konstruktion des NDR als Dreiländerverbund ganz zu zerschlagen.

Dem regionalen Rundfunk wird so oder so in Stoltenbergs Plänen jede Korrektivfunktion gegenüber der fast geschlossenen konservativen bis reaktionären Presse genommen. (Zur Geschichte des NDR-Konflikts und zu einzelnen Zensur-Fällen s.a. 'links' September 1977.)

Aufgeschreckt durch diese Perspektive hat sich nun eine "Bürgerinitiative für die Rundfunkfreiheit in Norddeutschland" konstituiert, die die Opposition gegen diese reaktionäre Entwicklung im NDR bündeln und somit massiver in die Öffentlichkeit tragen will.

Inspiriert wurde sie durch Vorbilder in Bayern und Nordrhein-Westfalen. Die erste Rundfunkinitiative in der Bundesrepublik, das "Bürgerkomitee Rundfunkfreiheit" in Bayern, hat es 1972 immerhin geschafft, über die Mobilisierung für ein Volksbegehren das von der CSU-Mehrheit im Landtag bereits verabschiedete neue Rundfunkgesetz zu Fall zu bringen. Nicht verhindert hat sie allerdings die rigorose Personalpolitik der CSU im Bayerischen Rundfunk und den entsprechenden Einfluß auf die Programmgestaltung, gegen die sich nun die 1976 gebildete "Bayerische Initiative Rundfunkfreiheit" mit den ihr verfügbaren Mitteln zur Wehr setzt (Flugblätter, öffentliche Proteste usw.).

Im schon historischen "deutschen Herbst 1977" kam es zu einem zunächst nur von einzelnen Prominenten (Engelmann, von der Grün, Walser und anderen) getragenen Protest gegen die Programmverantwortlichen beim WDR in Köln, deren spektakuläre Absetzung von Wallraffs Film über die BILD-Zeitung, die Kündigung eines unbequemen Redakteurs und einschneidende konzeptionelle Änderungen an bürgernahen Sendungen wie "Vor Ort", die Aufzehrung liberaler Substanz beim WDR andeuteten. Mittlerweile hat sich auch in Köln eine "Initiative Rettet die Rundfunkfreiheit im WDR" gegründet, die es nicht mehr nur beim gelegentlichen Protest prominenter Intellektueller belassen will, sondern kontinuierlich Praktiken der offenen und versteckten Zensur aufzudecken und publik zu machen versucht.

Die nunmehr letzte Initiative ist die "Bürgerinitiative für die Rundfunkfreiheit in Norddeutschland".

Brokdorf-Berichterstattung und die Weiterbildungsserie "Der Betriebsrat", zwei der spektakulärsten Fälle von direkter Einflußnahme der CDU und des Unternehmerverbandes auf

das Programm, zeigen an, wo die Medieninitiativen vor allem um Verankerung suchen sollten: innerhalb der Bürgerinitiativbewegung und den Gewerkschaften. Die Bürgerinitiativbewegung hat aus vielfachen negativen Erfahrungen mit den etablierten Medien die Konsequenz des verstärkten Ausbaues eigener Kommunikationsstrukturen gezogen, dabei jedoch nicht selten die Massenloyalität gegenüber eben diesen Medien unterschätzt und differenzierungslos sämtliche Massenmedien dem politischen Gegner zugerechnet. Die Gewerkschaften andererseits haben in der Regel nur dann gegen die Einschränkung von Rundfunkfreiheit protestiert, wenn sie sich selbst angegriffen sahen. Beispielsweise in den härter werdenden Tarifauseinandersetzungen zeigt sich aber auch, welch großen Einfluß kapitalfreundliche Massenmedien selbst auf die eigenen Mitglieder haben.

Wenn sich jetzt in starkem Maße auch sozialdemokratische Spitzenpolitiker den Initiativen per Unterschrift anschließen, so zeigt dies, daß man auf den eingefahrenen Parteikanälen alleine keine Möglichkeiten mehr sieht, aus der vollständigen medienpolitischen Defensive herauszukommen, oder daß der verlorene Kontakt zur Basis im Kostüm einer Bürgerinitiative wieder gesucht wird.

Die Rundfunkinitiativen werden erst dann zu Bürgerinitiativen, wenn sie über das Sammeln von Unterschriftenprominenz hinaus kontinuierlich den Platz demokratischer Öffentlichkeit einnehmen, von dem die CDU-Medien-Offensive die kritischen Redakteure in den Rundfunkanstalten gegenwärtig zu vertreiben sucht und was ihr ohne breiten Protest auch gelingen wird.

C.W. MACKE

Frankfurter Kulturpolitik und der schöne Spielball: TAT

Frankfurter Kulturpolitik hat über zehn Jahre eine kuriose Kontinuität praktiziert: mit dem TAT wurde herzhaft experimentiert. Aber wenn's um die Absegnung der dort ausprobierten Modelle ging – oder ums Geld, war man halbherzig oder sagte gar nein. Historischer Ablauf: 1965-1969 mausert sich die Landesbühne Rhein-Main unter der Dramaturgie Wiens und der Oberspielleitung Peymanns zu einem respektablen, weit über Frankfurt hinaus bekannten politischen Avantgarde-Theater. Peymann und Wiens verlassen das TAT 1969, nachdem sie vergeblich eine Mehrsubventionierung von 100.000 DM gefordert hatten.

1970 legt der Kulturpolitische Arbeitskreis der SPD ein Strukturpapier zur Veränderung der Frankfurter Theater vor. Am TAT war ein Mitbestimmungsmodell vorgesehen. Darüber zerstritten sich im TAT die, die lieber den hergebrachten Besitz wahren wollten, und die, die das Neue wollten. Die Politiker im Trägerverein, dem Frankfurter Bund für Volksbildung e.V., schlugen sich auf die Seite des Neuen, bezahlten den Intendanten aus und setzen ein Dreier-Direktorium ein. Das Direktorium wird nicht etwa gewählt. Zur Absicherung wird der Geschäftsführer des Trägervereins ins Direktorium berufen. Ein in der Bundesrepublik einmaliger Vorgang: der Vertreter der Geldgeber als Mitdirektor. (Man merke!)

Das künstlerische Ensemble und die neuen künstlerischen Direktoren erarbeiten ein Mitbestimmungsmodell, das praktiziert, aber von keiner öffentlichen Institution abgesegnet wird. Im Ensemble gibt es Schwierigkeiten mit dem politischen Vakuum. 1974 werfen die künstlerischen Direktoren Deichsel und Wiens das Handtuch. Das Genie R.W. Faßbinder soll dem Spielball TAT auf neue Sprünge helfen. Da ein Genie in Sicht ist, kümmert sich niemand darum, wie Direktorium, Organisationsform und Mitbestimmung am TAT aussehen müßten. Nur eine Auflage bleibt: der Geschäftsführer des Fördervereins muß wieder ins Direktorium. (Man merke!)

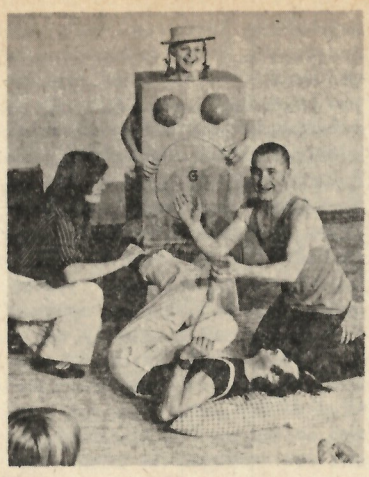
Als sich (herausgefordert durch künstlerische Mißerfolge und Querelen mit der künstlerischen Leitung) eine Gruppe im TAT herausbildet, die den Mitbestimmungsauftrag wahrmachen will und die Wahl eines neuen Ensembledirektors durchsetzt (ein Schauspieler des Ensembles), wird dieser vom Trägerverein nicht bestätigt.

Faßbinder scheitert nach einem Jahr Amtszeit 1975. Die Mitglieder, die mehr Mitbestimmung forderten, bleiben. Die Politiker diskutieren heiß, ob sie ihren Spielball nicht endlich wegwerfen sollen, d.h. das TAT schließen. Aber: von der Kinder- und Jugendtheater-Experimenta 1975 in Frankfurt fasziniert, kommt den Politikern die rettende Idee: Wir machen aus dem TAT ein Kinder- und Jugendtheater.

Der Trägerverein bestellt einen neuen künstlerischen Leiter, Hermann Treusch. Er und das Ensemble versuchen nun, das gemeinsame Verständnis von Kinder- und Jugendtheater in einem langsamen Prozeß zu finden. Gleichzeitig verfassen Treusch, der Dramaturg Schedler mit einer größeren (nicht dem TAT zugehörenden) Gesprächsrunde ein Arbeitspapier für ein fortschrittliches Kinder- und Jugendtheater.

Die Politiker sehen zu und warten ab. Mehrmals berichten sie, sie seien wieder einmal zu einer Vorstellung im TAT, um nachzusehen, ob man es nicht doch schließen müsse. Aber die Basis der Arbeit verbreitert sich. Inszenierungen nehmen auch zu aktuellen politischen Fragen Stellung. Neue Besuchergruppen kommen ins TAT. Zum Teil solche, die noch nie ein Theater von innen gesehen haben. Die Basis im Ensemble verbreitert sich. Das Ensemble erarbeitet anhand der täglichen Bedürfnisse der Arbeit und der organisatorischen Notwendigkeiten ein Mitbestimmungspapier. Es wird praktiziert. Nur wird es trotz mehrfachen Wunsches nicht offiziell installiert. (Die Geschichte wiederholt sich.)

Am 6.6.1976 beschließt die Stadtverordnetenversammlung mit großer Mehrheit nicht nur, das TAT nicht



Szene aus dem Stück "Darüber spricht man nicht" Foto: Brunk

zu schließen, sondern vor allem, daß es ab dem 1.8.1977 ein offizielles kommunales Kinder- und Jugendtheater in Frankfurt gibt. Im November 1976 war der Förderverein in eine GmbH der Stadt Frankfurt umgewandelt worden. Damit hat der alleinige Geschäftsführer der GmbH die Funktion eines Generalintendanten. (Man merke: die Geschichte wiederholt sich. Der Vertreter des Geldgebers leitet ein Theater.)

Um die Unabhängigkeit der Kunst zu garantieren, fordert das TAT die GmbH zum wiederholten Male auf, endlich die seit fast zwei Jahren mit Erfolg praktizierte Mitbestimmung festzuschreiben. Das Ensemble will die Gleichberechtigung von künstlerischem Leiter, Ensembledirektor und Geschäftsführer der GmbH. Diese Forderungen lagen seit dem Amtsantritt Treuschs auf dem Tisch. Sie wurden auch von der SPD auf eine lange Diskussionsbank geschoben. Heute kann die SPD dem TAT gegen die absolute Mehrheit der CDU kaum noch bei der Verabschiedung der Mitbestimmung helfen. Sie ist nun (ein Treppenwitz) als Geschäftsordnung an den Vertrag des künstlerischen Leiters gebunden und kann mit diesem gekündigt werden.

Der Wahlsieg der CDU und ihr Programm, in der Kultur alles abzuschaffen, was sich nur etwas links von der Mitte bewegt, stürzten das TAT in neue Unsicherheit. Darf das Projekt Kinder- und Jugendtheater über die Zweijahresfrist 1977 - 1979 hinaus fortgesetzt werden? Oder beginnt wieder das muntere Spielchen mit dem Spielball TAT? Im Arbeitspapier "Perspektiven des TAT ab 1977", das dem Beschluß zur Umwandlung in ein Kinder- und Jugendtheater zugrunde lag, heißt es u.a.: "Hier einige Stichworte möglicher Stoffe: Schule/Freizeit/Sport/Sexualität/Drogenszene / Lehrlingsausbildung / Jugendarbeitslosigkeit / Bundeswehr." Dies alles sind aktuelle Probleme von Kindern und Jugendlichen, die in unseren Stücken angesprochen werden. Als aber die CDU-Vertreter im Aufsichtsrat der GmbH gegen die Weiterführung des TAT plädieren, heißt es, das TAT solle kein Theater "der politischen Emanzipation" sein, sondern eines der "künstlerischen Sensibilisierung". Ein Plädoyer gegen das einstmals im Parlament verabschiedete Programm.

Kommunalpolitisch stellt sich die Frage, ob nur zufällig die Arbeit für Kinder und Jugendliche (die bekanntlich die schwächste Lobby haben) herausgepickt wird, um mit der Demontage der in vielerlei Hinsicht beispielhaften Entwicklung Frankfurter Kulturarbeit zu beginnen. Die Schließung oder Umwandlung der Frankfurter KITAs waren das erste negative kulturpolitische Signal.

Die Entscheidung, das Modell TAT über 1979 hinaus in der erarbeiteten Konzeption weiterlaufen zu lassen, ist von den Frankfurter Parteien-Vertretern im Aufsichtsrat immer wieder hinausgezögert worden. Trotz mehrfachen Einspruchs der Arbeitnehmervertreter in diesem Aufsichtsrat. Er setzt sich paritätisch zusammen aus sechs gewählten Vertretern von Arbeitnehmerseite und sechs von der Gesellschaftsversammlung (sprich vom Magistrat in Vertretung des Parlaments) bestellten Politikern; dazu kommt ein neutraler Mann. Am 20.6. 1978 endlich spricht sich der Aufsichtsrat mit sieben Stimmen (gegen die drei Stimmen der CDU) für eine Weiterführung der bisherigen Konzeption mit dem künstlerischen Leiter Treusch auf drei weitere Jahre aus. Dieses Votum aber gilt nur als Empfehlung an den Magistrat, der die Interessen der Gesellschafter, der Geldgeber, wahrnimmt. Also: Politiker machen die Kunst. Sie bestimmen, was je nach Mehrheitsverhältnissen Sache zu sein hat. Oder: nun spielen sie wieder mit ihrem Spielball TAT.

Aktueller Stand: ein Theater hat in mühevoller Arbeit ein Mitbestimmungsmodell entwickelt, das sich als demokratisch und praktikabel erweist. (Das Ensemble bestimmt den Spielplan selbst.) Ein Theater hat eigene Vorstellungen von einem fortschrittlichen Kinder- und Jugendtheater entwickelt. Das jugendliche Publikum erkennt das. Denn seine Fragen werden mit ihm im Theater verhandelt. Ein Theater arbeitet in den Stadtteilen. Wir lösen das hermetisch Verschlossene des Theaters auf. Wir praktizieren Theater, das auf den jungen Bürger zukommt. Das TAT ist ein Kommunikationszentrum. Das Publikum erwartet vom TAT, daß es politische Fragen diskutiert. Aber gerade das ist eben "nicht ausgewogen genug", das soll verändert werden. Wohin will der "OB aller Frankfurter" denn diese Frankfurter schikken, wenn er ihre Fragen nur noch so beantworten will, daß er sie künstlerisch sensibilisiert?

Jetzt, da der Magistrat aufgefordert ist, dieses TAT zu erhalten, gibt es eine große Solidaritätswelle. Sie wird getragen von Frankfurter Schülern und Lehrern, von Gewerkschaftern, von Verlagen, von Politikern, von Künstlern aus Kiel bis Wien, von Intendanten und prominenten Kulturschaffenden.

Das TAT, zum ersten Mal seit langem innerlich stabil und seiner Funktion gerecht werdend, wird von außen, von Politikern, aus parteitaktischen Gründen in seine nächste Krise gestürzt. Das hat die Öffentlichkeit erkannt und wehrt sich dagegen. Aber der Spielball TAT soll wieder in eine ganz bestimmte politische Richtung tanzen. Ob dies gelingt, entscheidet auch das Publikum.

HERMANN TREUSCH

"Der Freiheit eine Gasse" – Theaterinitiativen gegen Repression

Vor einem Jahr haben wir in "links" vom Juli/August 1977 darüber berichtet, wie am Hessischen Staatstheater Wiesbaden in einer parteipolitischen Kampagne Druck auf den Intendanten Peter Ebert ausgeübt wurde, da dieser die für viele Besucher- und Politikerkreise zu kritische und daher "anstößige" Arbeit des Schauspiels gedeckt und gefördert hatte. Die unter den Parolen "Ebert muß bleiben" und "Intendantenschlachten oder Freiheit der Kunst" erfolgten Protest- und Solidaritätsaktionen haben nicht nur zahlreiche Solidaritätsadressen und über 6.500 Unterschriften eingebracht und damit den "Fall Ebert" weit über Wiesbaden hinaus bekannt gemacht, sondern auch zur Gründung einer bundesweiten "Initiative für die Freiheit der Theaterarbeit" (Ifta) geführt. Ich möchte Arbeit, Organisation und Ziele der jetzt ein Jahr alten "Ifta" den "links"-Lesern vorstellen, da hier in positiver Weise deutlich wird, wie sich gegen zunehmende Repression und die damit verbundene Resignation auch neue Formen von Solidarität und Widerstand unter den Betroffenen herausbilden können. Neu sind diese Formen insofern, als besonders die Mitglieder der institutionalisierten Theater ihre traditionsbedingte Isolierung untereinander, die sich in verschärftem Konkurrenzverhalten zueinander ausdrückt, nur schwer durchbrechen können.

Es bedürfte also eines Anlasses, damit zu den rationalen Einsichten, daß die staatlichen Repressionen inzwischen auch auf die bisher durch die staatliche Kunstfreiheitsgarantie geschützten öffentlichen Theater übergegriffen haben, auch die emotionale Erfahrung von gemeinsamer Betroffenheit und Solidarität hinzukommen konnte.

Dieser Anlaß war gegeben, als bei einer Sonderveranstaltung des Wiesbadener Schauspiels am 17.6.1977 zum Thema "Stimmt die Mitbestimmung?" 23 Gruppen ihre Solidarität mit dem von der CDU-Stadtverordnetenfraktion angegriffenen Intendanten Peter Ebert bekundeten. Von 17 Gruppen waren Delegationen nach Wiesbaden angereist, um ihre Solidaritätsadressen öffentlich zu verlesen. Die starke Emotionalität dieser Situation führte zu ersten Gründungsgesprächen der Initiative. Dabei war allen Beteiligten klar, daß diese nur Bestand haben konnte, wenn freie Theatergruppen und Mitglieder von Institutionen darin gemeinsam mitarbeiten würden.

Frühere Erfahrungen einer Initiativ-Gruppe, die sich im Anschluß an den SB-Pfingstkongreß einige Male getroffen hatte, haben zudem gezeigt, daß eine derartige Initiative unbedingt von den Theaterproduzenten selbst ausgehen muß – d.h. von dem eigenen Arbeitszusammenhang – und sich nicht an schon vorhandene politische Organisationsformen und -ziele blind anhängen darf. Auch Aufrufe wie "nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren ..." lassen sich nicht in die Praxis umsetzen, sofern nicht die eigene Erfahrung die Notwendigkeit für eine Organisation schafft.

Bis jetzt sind in der "Ifta" Mitglieder aus insgesamt 43 Theatergruppen oder Institutionen sowie Einzelpersonen vertreten. Diese bedienen sich einer zwar verbindlichen, aber lockeren und offenen Organisationsform, wobei man mit einem Minimum an bürokratischen Formen auszukommen versucht und sich an den Inhalten der gemeinsamen Arbeit orientiert. Dabei findet insofern eine Arbeitsteilung statt, als die für die Organisation Verantwortlichen einander immer wieder ablösen. Die Verantwortung für die Organisation der Treffen und Veranstaltungen, für das Verschicken von Rundbriefen und Einladungen liegt auf diese Weise nicht immer bei denselben Mitgliedern. Um eine bessere und schnellere Information untereinander zu gewährleisten, wurden neben der Organisationszentrale regionale Kontaktpersonen ernannt sowie ein dreiköpfiges Aktionskomitee gewählt, das für die Veröffentlichung der neuen "Fälle" sowie für die notwendigen Gegenmaßnahmen verantwortlich ist. Mitarbeit und Finanzierung sind nicht durch Satzung, sondern auf freiwilliger und selbstverantwortlicher Basis geregelt. Durch Verzicht auf starre Vereinsformen versucht die "Ifta", ihre Organisation von der Basis her aufzubauen, wobei der Grad der Organisiertheit mit der Zahl der Mitglieder zunehmen wird.

Die Arbeit der "Ifta" findet auf zwei Ebenen statt. Einmal auf der Ebene des internen Erfahrungsaustausches, zum anderen auf der Ebene der Öffentlichkeitsarbeit. Dabei sind politische und künstlerische Arbeit untrennbar miteinander verknüpft. Aus diesem Grund hat die "Ifta" im März 1978 eine Dokumentation über die Repressionen im Theaterbereich der BRD seit 1973 herausgegeben. Diese wurde zunächst nur an die Presse, die öffentlichen Medien sowie an das Sekretariat des Russell-Tribunals gegeben und hat bisher schon ein beträchtliches Aufsehen erregt. (Die Dokumentation wird im Herbst 1978 im Verlag 2000 in überarbeiteter Form als Buch erscheinen.) Vom März bis zum heutigen Zeitpunkt sind schon 10 neue "Fälle" dazugekommen, so daß die Dokumentation inzwischen über 45 Fälle von Zensur – Selbstzensur sowie offene und versteckte Repressionsmaßnahmen an institutionalisierten Theatern, Kinder- und Jugendtheatern und freien Theatergruppen umfaßt. Diese Veröffentlichung der "Ifta" ist daher nicht als ein parteipolitisches Statement, sondern als Darstellung einer Haltung von betroffenen Theaterleuten zu werten, die sich aus dem Kampf um eine emanzipatorische und kritische Theaterarbeit jenseits von parteipolitischen Kontroversen entwickelt hat.

Da die Bedingungen für die künstlerische Arbeit nicht von dieser abgelöst betrachtet werden können, verfolgt die "Ifta" zwei Ziele: Einmal soll die mit der Dokumentation begonnene Arbeit in der Weise fortgesetzt werden, daß eine Informations- und Sammelstelle aufgebaut wird, die es ermöglicht, auf aktuelle Fälle von politischer und ökonomischer Repression sofort gemeinsam zu reagieren. Durch Veröffentlichung in den Medien soll die "Ifta" selbst in der Öffentlichkeit bekannt werden, damit betroffene Kollegen aus dem Theaterbereich wissen, wohin sie sich gegebenenfalls wenden können.

Zum anderen gehen wir davon aus, daß wir uns nicht nur im Sprechen und Schreiben über unsere gemeinsamen Erfahrungen gegen Einschränkungen der Kunstfreiheit zur Wehr setzen, sondern auch mit und in unseren Produkten. Indem wir Repression mit unseren eigenen Mitteln darstellen, werden auch für das Publikum Möglichkeiten solidarischer Gegenwehr sinnlich erfahrbar. Die Frage nach der Kraft eines politischen Theaters, das nicht nur beschreibt, was an realer Unterdrückung tagtäglich erfahren wird, sondern auch vorzeigt, wie es anders sein könnte –, ist immer zugleich auch eine Frage nach den ästhetischen Mitteln und Formen, mit denen dieses Ziel realisiert werden soll. Weil die Qualität der ästhetischen Mittel in den Institutionen und den freien Gruppen nicht vergleichbar und schon innerhalb der verschiedenen Bereiche sehr unterschiedlich ist, kann hier nicht eine willkürlich gesetzte ästhetische Norm die Verbindung schaffen. Es kommt vielmehr darauf an, daß jede Gruppe mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln ihre eigene Identität findet. Dabei sind das Groteske der Satire, subversiver politischer Witz und Humor wichtige Mittel, um neben der bloßen Aufklärung über die traurige Realität auch im "befreienden" Lachen Widerstand und Solidarität zu mobilisieren. Um die Frage der Mittel konkret am Gegenstand diskutieren zu können, stellen sich bei jedem Treffen der "Ifta" einzelne Gruppen mit ihrer Arbeit vor, die zum Anlaß genommen wird, sich anschließend über Form, Inhalt und Spielweise des Geschehens auseinanderzusetzen.

Nur eine gemeinsame konstruktive Kritik kann uns auf diesem Wege weiterbringen. Kritik als ein kollektiver Vorgang ist für uns ein Lernprozeß, denn wir müssen lernen zu sehen und zu hören, was die Identität von anderen ist. Solidarische Kritik üben ist darüber hinaus ein kreativer und ein politischer Vorgang, bei dem wir das von der bürgerlichen Theaterkritik provozierte Konkurrenzverhalten untereinander abbauen und unsere eigenen ästhetischen Maßstäbe gemeinsam entwickeln.

Dieses Ziel läßt sich als ein Aneignungsprozeß beschreiben, in welchem die künstlerische Phantasie als individuelles Eigentum aufgehoben wird. Also Nivellierung, Gleichschaltung in der künstlerischen Produktionsweise? – Nein! – Indem wir unsere Phantasie freigeben und untereinander öffnen, befreien wir sie auch von Formen möglicher Selbstzensur. Diese befreite und daher emanzipatorische Phantasie liefert uns den "Vorschein" der realen Möglichkeiten, wie wir uns gemeinsam gegen Repression wehren können.

CLAUDIA SIEDE

Initiative für die Freiheit der Theaterarbeit – Kontaktadressen –

Berlin: Angelika Weiß, Kinder- und Jugendtheater "Rote Grütze", Holsteinischestr. 6, 1000 Berlin 31.
Norddeutschland: Astrid Eggers, "IfK", Steindamm 14, 2 Hamburg 1
Hessen: Norbert Kentrup, "Mobiles Rhein-Main-Theater", Arnsburger Str. 13, 6000 Frankfurt 60
Süddeutschland: Silvia Stutzmann, Sterneckerstr. 2, 8000 München

Sommercamp 1978 in Gorleben

Beim Erscheinen dieser "links"-Nummer werden auf dem Schützenplatz in Gartow (Landkreis Lüchow-Dannenberg) gerade die Zelte zum diesjährigen Sommercamp aufgebaut. Auch schon im letzten Sommer hatten wir hier gezeltet; damals wurde das Camp vom Bund Deutscher Pfadfinder (BDP) in Zusammenarbeit mit einigen Bürgerinitiativen organisiert. Erst kurze Zeit vorher, im Februar 1977, war Gorleben als Standort für eine Wiederaufbereitungsanlage mit einer Atommülldeponie bekanntgegeben worden. So betraten wir in diesem abgelegenen Zipfel im äußersten Osten Niedersachsens nicht nur geographisches Neuland, sondern trafen auch auf einen sich erst seit kurzem entwickelnden Widerstand. In der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg hatten sich viele gestandene Bürger, darunter Geschäftsleute, Lehrer und Intellektuelle zusammengefunden, die sich überlegten, wie schon im frühen Entwicklungsstadium sinnvoll Widerstand geleistet werden kann. Ihre Zahl ist mittlerweile auf 250 eingetragene Mitglieder angestiegen.

Die Bauern, von denen ein großer Teil der geplanten Industrieanlage ebenfalls ablehnend gegenübersteht, sind bis auf wenige Ausnahmen der Bürgerinitiative nicht beigetreten, doch haben sie sich an verschiedenen Protestaktionen laut und vernehmlich mit ihren Traktoren beteiligt.

Aber eigentlich machte alles einen recht friedlichen Eindruck, das z.T. abgebrannte Waldgebiet, in dem auf 12 qkm die größte Plutoniumfabrik der Welt entstehen soll, lag offen vor uns, die ersten neugepflanzten Bäume der Aktion "Wiederaufforstung statt Wiederaufbereitung" zeigten ihr frisches Grün, die einzigen Baulichkeiten waren ein Kinderspielplatz und die Informationstafeln der Bürgerinitiative.

Wir mußten lernen. Wir wurden nicht mit offenen Armen empfangen, sondern skeptisch und zurückhaltend begutachtet. Niemand wollte unsere Ratschläge, schon gar nicht, wenn sie als Zeitung mit einer Arbeiterfaust im Titel angeboten wurden. Viele von uns waren auch ohne diese Vorstellung gekommen, begannen die Klettergerüste auf dem Spielplatz zu reparieren, organisierten Arbeits- und Erntehilfen bei den Bauern, machten sich in vielen Gesprächen beim Einkaufen und auf dem Schützenfest, beim Spazierengehen und bei Veranstaltungen, mit den Bedingungen vor Ort und den Einstellungen der Menschen im Landkreis vertraut.

Dabei wurden auch wir bekannt. Das stabile Holzhaus, das wir in der Zusammenarbeit mit einem Sägewerksbesitzer auf dem Platz errichtet hatten, war nicht zu übersehen, auch die Bauern merkten, daß wir bei unseren Arbeitshilfen zupacken konnten, die ersten Anzeichen von Anerkennung wurden spürbar. Auch einige unserer Veranstaltungen, etwa mit einem ehemaligen Mitarbeiter an der Battelle-Studie über die Taktik der Betreiber, machten der Bürgerinitiative deutlich, daß wir ihre Arbeit unterstützen können, ohne sie dabei zu bevormunden.

So ergaben sich aus dem letzten Sommercamp eine Vielzahl von Verbindungen und Kontakten zur Bürgerinitiative und zur Bevölkerung des Landkreises. Auch im Camp selbst haben die gemeinsame Arbeit an verschiedenen Projekten, die harten Diskussionen auf endlosen Vollversammlungen und auch die zahlreichen Gespräche abends am Lagerfeuer zu vielen Bekanntschaften und herzlichen Freundschaften geführt.

Aus diesen Zusammenhängen entstanden nach dem Camp in verschiedenen Städten und Regionen wie Berlin, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Rhein-Main Freundschaftskreise (in Hamburg hatte es so etwas schon länger gegeben), die neben regionaler Informationsarbeit auch weiterhin direkt den Widerstand vor Ort unterstützen wollten. Diese Arbeit hat sich mittlerweile entwickelt. In vielen Besuchen im Landkreis, aber auch durch Briefe und Telefongespräche haben wir aufmerksam die weitere Entwicklung verfolgt und versucht, uns an den Diskussionen, den Ängsten und Hoffnungen der Bürgerinitiative zu beteiligen.

So nahmen wir an Protestkundgebungen gegen den drohenden Abriß des Spielplatzes auf dem geplanten Baugelände teil und merkten, daß wir auch mit Leserbriefen an die örtliche Zeitung oder mit Briefen an die politisch Verantwortlichen den Widerstand unterstützen konnten.

Als die Bürgerinitiative in diesem Frühjahr dazu aufrief, das von ihr gepachtete Stück des geplanten Baugeländes mit 50.000 Bäumen zu besetzen, bepflanzten auch wir an Ostern eine Parzelle und merkten dabei, wie jedes frischgesetzte Bäumchen ein Stück praktischer Verbindung mit dem gemeinsamen Widerstand ist.

Wir konnten noch mehr erfahren. Auch daß es wichtig ist, nicht nur unter dem Druck anstehender Aktionen in den Landkreis zu kommen, sondern Zeit zu haben, etwa für lange Spaziergänge, in denen gerade wir aus der Großstadt noch ein Stück

Atomkraftwerk Brunsbüttel ...

Am 24. Juni erlebte die Stadt Brunsbüttel an der Elbe ihre erste Demonstration gegen das in der Nähe gebaute AKW. Im erst im Februar 1977 in Betrieb genommenen AKW war es zu einem schweren Unfall gekommen. Zu dem Schweigemarsch kamen 1.500 Teilnehmer. Die Demonstration sollte der Forderung nach Stillegung des AKW Nachdruck verleihen. Die Brunsbütteler Bevölkerung zeigte sich außerordentlich ansprechbar. Zu einer Beteiligung an der Demonstration konnte sie sich aber nicht entschließen. Viele kamen aber zu der einige Tage später stattfindenden Bürgerfragestunde, auf der Vertreter der Betreiber des AKW Rede und Antwort stehen mußten.

1. Unfallhergang

Das AKW Brunsbüttel ist ein besonders gefährlicher Siedewasserreaktor, bei dem die Turbine direkt mit dem radioaktiven Dampf aus dem Reaktordruckbehälter betrieben wird. Am 18. Juni gegen 20.30 Uhr riß an einer der 4 Frischdampfleitungen ein Rohrstutzen ab. 280° C heißer Dampf unter dem Druck von 25 bar trat aus und füllte den Maschinenraum. In ersten Berichten hieß es: "Der Druck im Raum stieg schnell an, die sensiblen Sensoren ertasteten die Gefahr und lösten "Scram" aus – das englische Wort für Schnellabschaltung" (Hamburger Abendblatt 21.6.78). Das Sicherheitssystem hatte also wieder mal hervorragend funktioniert. Erst langsam sickerte durch, daß 3 Stunden lang radioaktiver Dampf aus der Dampfleitung ausgetreten war, bevor die Schnellabschaltung einsetzte.

100 t radioaktiven Dampfs sind in den 3 Stunden in den Maschinenraum geströmt und führten dort zu einem solchen Druckanstieg, daß rund die Hälfte ungefiltert durch Dachklappen an der Decke des Maschinenraums ins Freie entwich. Der Rest kondensierte im Maschinenraum und löste dort nach 3 Stunden einen Kurzschluß aus, der dann ungewollt zur Schallabschaltung führte.

Hieß es zunächst, daß die ins Freie gelangte Radioaktivität sehr gering und weit unterhalb der zulässigen Werte lag, so mußte der Werksleiter des AKW während der Bürgerfragestunde in Brunsbüttel zugeben, daß für dieses Jahr die zulässigen Emissionswerte erreicht wurden. Nach eigenen Berechnungen der BUU sind die Grenzwerte sogar weit überschritten worden. Nach offiziellen Darstellungen des Sozialministeriums blockierte die AKW-Wachmannschaft die Notabschaltung in dem Glauben, es handele sich um ein Leck im nicht radioaktiven Leitungssystem. Da heute feststeht, daß mehrere Meßinstrumente verstärkte Radioaktivität im Maschinenraum anzeigten, ist diese Version jedoch unglaubwürdig geworden. Wahrscheinlicher ist, daß die Bedienungsmannschaft nach der Schnellabschaltung vom Vortag nicht schon wieder eine Leistungsminderung riskieren wollte, zumal ein Schaden an den Regulatoren langfristige und teure Reparaturen nach sich zieht. So war man eher bereit, eine Fehlersuche bei laufendem Reaktor vorzunehmen, als das betriebswirtschaftliche Risiko eines Stillstands mit Verlust von täglich 500.000 DM einzugehen.

2. Beschwichtigung statt Information

Nach dem Bekanntwerden des "Störfalls" Brunsbüttel ist sofort die Informationspolitik der Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) unter Beschuß geraten. Zu Recht, entstand doch der Eindruck, der "Unfall" solle vertuscht werden (FAZ und Welt vom 22.6. d.J.). Als das nach dem anonymen Hinweis wahrscheinlich eines Werksangehörigen nicht mehr möglich war, trat man die Flucht nach vorn an: Fett wurde über die "Panne" berichtet. Diese Flucht nach vorn war jedoch immer zugleich mit Beschwichtigungen verbunden. So wurde z.B. schon am 21.6. mit angeblich durchgeführten Messungen operiert, die bewiesen haben sollten, daß weder in der Milch noch im Gras Radioaktivität festgestellt worden sei, das, obwohl solche Ergebnisse erst einen Tag später hätten festgestellt werden können.

Die scharf geführten Auseinandersetzungen um die Informationspolitik der HEW und des schleswig-holsteinischen Sozialministeriums fördern im Grunde zweierlei zu Tage: Einmal sind auf Grund inzwischen klar erwiesener Fehleinschätzungen über den Schaden am AKW keine Informationen an die Öffentlichkeit gegeben worden. Im Gegenteil, die Fehleinschätzung sollte zunächst wie der ganze "Unfall" selbst verschwiegen werden so daß bei Bekanntwerden des "Unfalls" in der Öffentlichkeit der Eindruck entstand, es sei zwar ein Defekt am AKW aufgetreten, die Sicherheitstechnik habe jedoch einwandfrei funktioniert. Dem war bekanntlich nicht so. Nicht einma

Tagung zur Stadtteilanalyse und Stadtteilarbeit

In den letzten Jahren war die Stadtteilarbeit ein Kernstück der Basispolitik der Linken. Allerdings verbinden sich mit diesem Ansatz ganz unterschiedliche Inhalte und Zielvorstellungen der Gruppen. Es ist daher wichtig, einen Erfahrungsaustausch und eine systematische Aufbereitung von Stadtteilanalyse zu beginnen.
Die Stadtteil-Tagung will sich mit folgenden Themen beschäftigen:
– Sozioökologischer Erklärungsansatz zur Stadtentwicklung;
– Sozialraumanalyse am Beispiel Wiesbaden und Würzburg;
– Gebrauchswert für die Stadtteilarbeit.

Zentrale Fragen der Diskussion sollen die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten von Stadtentwicklung (Zusammenhang von räumlicher und sozialer Struktur), die Stadtanalyse am Beispiel (Übertragung statistischer Materialien in Sozialkategorien) und die Interventionsmöglichkeiten gegenüber Kommunen sein. Diese Tagung wird von der AG SPAK veranstaltet. Sie findet vom 13.-15.10.1978 in der Nähe von Tübingen statt. Genauere Informationen, die Einladung sowie das Vorbereitungsmaterial sind über folgende Adresse zu erhalten: AG SPAK, c/o Bernhard Jung, Steinacherstr. 3a, 87 Würzburg

erhaltener natürlicher Umwelt in uns aufnehmen können, oder für ruhige Gespräche mit Bekannten und Freunden im Landkreis, in denen wir unsere Einstellungen und Hoffnungen mitteilen und vergleichen können. Zeit haben, etwas wachsen zu sehen, nicht nur die jungen Bäume auf dem Platz, sondern auch die Entwicklung von Gemeinsamkeit.
Diese Entwicklungen wollen wir fortsetzen und auch für andere zugänglicher machen. So gibt es auch in diesem Jahr, den ganzen August über, ein Sommercamp in Gartow. Dort wollen wir in praktischer Arbeit auf dem Platz, Arbeits- und Erntehilfen bei den Bauern, der Beschäftigung mit den Auswirkungen der Plutoniumfabrik, mit alternativen Energieformen, Fragen der Ernährung und vielem was noch als Interesse und Engagement der Teilnehmer eingebracht werden wird, uns gegenseitig und die Entwicklungen vor Ort kennenlernen.
Es wird ein selbstorganisiertes Camp sein.Einzelne Freundschaftskreise haben mit der Unterstützung des Bundes Deutscher Pfadfinder (BDP) und der Naturfreundejugend Hessen lediglich einen organisatorischen Rahmen geschaffen. Die einzelnen Zeltgruppen werden sich untereinander eigenverantwortlich als Wohn-, Arbeits- und Eßgruppen organisieren und versuchen müssen, eine funktionierende Lagerstruktur ohne selbsternannte Lagerleitung aufzubauen.
Es gibt viel zu tun.
Gorleben soll leben – Wir auch!

- Ein ausführlicher Bericht über das letzte Sommercamp, auch mit einer Chronologie des bisherigen Widerstands, ist unter dem Titel "Nirgends nie wolln wir sie, die Atommülldeponie" im Verlag Jugend und Politik erschienen (DM 7,--).
- Kontaktadresse für das Camp ist Bund Deutscher Pfadfinder, Hamburger Allee 90, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/779010.

DIETER WESP

Großer Ratschlag zur alternativen Ökonomie

Das Sozialistische Büro Hamburg lädt im Rahmen seines Arbeitsschwerpunktes "Rationalisierung und Arbeitslosigkeit" alle zu einem Arbeitstreffen ein, die sich praktisch und theoretisch mit alternativer Ökonomie auseinandersetzen. Das Treffen "Großer Ratschlag Alternative Ökonomie" findet am 29.9. - 1.10.1978 in Hamburg statt.
In verschiedenen Arbeitsgruppen und an Kommunikationsständen werden Leute, die in und an konkreten alternativ-ökonomischen Projekten arbeiten, Gelegenheit haben, ihre Erfahrungen auszutauschen und womöglich Formen der Zusammenarbeit zu diskutieren oder gar zu beschließen.
Neben dieser Funktion des Zusammenführens von Initiativen gibt es andere, die es rechtfertigen, daß wir uns als Sozialisten mit der Problematik befassen:
Der Große Ratschlag soll prüfen, wie sich verschiedene alternativ-ökonomische Ansätze zur traditionell antikapitalistischen (kommunistischen, sozialistischen) Politik, zur Gewerkschaftspolitik und zueinander verhalten. Gibt es eine Einheit der Bewegung, die Alternativbewegung und sozialistische Bewegung umfaßt?
Es gibt viel Mißtrauen und Vorurteil, die abgebaut werden müssen. So sieht die organisierte Linke in den alternativen Ansätzen oft nichts als einen neuen Romantizismus, eine Flucht in eine vom Kapital geduldete Nische, während umgekehrt den Alternativlern sozialistische Theorie einschließlich Kalle Marx zutiefst suspekt ist – Reflexe von Erfahrungen mit entfremdetem Politikmachen. Damit nun eine sinnvolle Diskussion gelingen kann, müssen wir auf die Suche nach dem Systematisch-Verbinden-

... sicher durch Stillegen

die regionalen und die lokalen Katastrophenschutzbeauftragten waren informiert. D.h. es bestand für die Bevölkerung keine Möglichkeit, Maßnahmen des Katastrophenschutzes zu ergreifen, und zwar in einer Situation, in der im AKW noch gar nicht klar war, welches Ausmaß der "schwere Unfall" in Brunsbüttel hatte, als von "keine Gefahr für die Bevölkerung" also noch keine Rede sein konnte.
Zum anderen wurde mit der Diskussion um die Informationspolitik der Verantwortlichen zugleich der Versuch unternommen, vom eigentlichen Problem, der Unsicherheit des AKWs Brunsbüttel, abzulenken. Zur Debatte stand bei der Auseinandersetzung um die Verantwortung für den "Unfall" im wesentlichen nur noch die Informationspolitik der HEW.
Dabei wurden die Hamburger Elektrizitätswerke nicht für den "Störfall" und die damit zusammenhängenden Versäumnisse zur Verantwortung gezogen, sondern ausschließlich für die politische "Panne", daß sie den AKW-Gegnern gute Argumente in die Hand gegeben hat. Die Kritik der HEW-Informationspolitik richtet sich in letzter Instanz denn auch gegen die betroffenen Bürger, gegen ihre Verunsicherung und ihre Spekulationen, die als wilde Gerüchte diskreditiert werden, sowie gegen ihre Angst und ihre Emotionen. Das dokumentiert vor allem eine von der Dithmarschen Landeszeitung (DLZ) am 22.6. 78 unter Stadtvertretern Brunsbüttels durchgeführte Umfrage. Die Frage, ob er von dem "Störfall" beunruhigt sei, beantwortete keiner der befragten Kommunalpolitiker eindeutig positiv. Im Mittelpunkt ihrer Antworten stehen mehr die Kritik der Informationspolitik der HEW und daß man nicht in der Lage war, die Bevölkerung durch "sachliche Hinweise" zu beruhigen. Gleichwohl beweisen die Antworten, wie hilflos die Brunsbütteler Kommunalpolitiker in dieser Situation waren. Nicht nur, daß man das Ausmaß des "Störfalls" nicht beurteilen konnte – sogar dem Bürgermeister kamen Zweifel, ob es sich wirklich um einen "geringfügigen Störungsfall" handelte –, die resignative Begründung des FDP-Stadtrats Tantzen für die Verurteilung der Verharmlosungstaktik von HEW und Sozialministerium, "wenn wir schon gefährlich leben, weil es wegen des notwendigen wirtschaftlichen Wachstums so sein muß, dann haben wir mindestens ein Anrecht darauf, rechtzeitig informiert zu werden", dokumentiert das vielleicht am besten.
Die Presse jedenfalls, die sich bei früheren Anlässen kaum zu "Störfällen" in AKWs geäußert hatte, insbesondere Bild, Hamburger Abendblatt und Morgenpost, aber auch die übrige Tagespresse, hat mit ihrer offensiven Berichterstattung über den "Störfall" den zweifelhaften Versuch unternommen, den dadurch ausgelösten Wirbel selbst wieder aufzufangen. Die Entproblematisierung des Katastrophenfalls Brunsbüttel, indem vor allem über die Informationspolitik der HEW und weniger bzw. kaum umfassend über den Katastrophenfall selbst berichtet wurde, wie auch die verharmlosende Sprache, in der darüber berichtet wurde, werfen die Frage auf, ob hier nicht versucht werden soll, uns an solche "Zwischenfälle" zu gewöhnen.
Bereits seit Jahren forderten die örtlichen Bürgerinitiativen die Veröffentlichung der Katastrophenpläne für das AKW-Brunsbüttel. Diese Forderung wird nunmehr auch von der sozial-liberalen Opposition in Schleswig-Holstein getragen und, nach dem neuerlichen Unfall, auch von der nach ihrem Wahldesaster sich als Umweltschutzpartei neu profilierenden FDP Hamburgs. Die von den Landesregierungen praktizierte Geheimhaltung derartiger Katastrophenschutzpläne wurde erstmals durch die im März 1977 erfolgte Veröffentlichung des kurz zuvor entwendeten VS-Papiers für das AKW-Fessenheim durchbrochen. Hier wurde deutlich, daß die ausgewiesenen Schutzmaßnahmen geprägt sind durch völlige Unterschätzung der Gefahr radioaktiver Strahlung und dem vorrangigen Ziel, die Bevölkerung um jeden Preis zu beruhigen.
Demgegenüber steht die Forderung nach Offenlegung aller Daten und Vorgänge in und um großtechnische Anlagen, denn nur dadurch kann eine Kontrolle durch die Öffentlichkeit ermöglicht werden. Teil dieser Forderung muß die vollständige Veröffentlichung aller Unfalldaten und -fakten sein sowie der Auswirkungen des AKWs und der anliegenden Industriegebiete auf ihre Umwelt.

REDAKTION WYHLARBEIT

★

den gehen, das in so verschiedenen Ansätzen wie den folgenden steckt:

- In Wiesbaden hat eine Gruppe junger Leute eine Bäckerei gegründet. Kein Chef leitet sie. Sie arbeiten zusammen und leben zusammen. Ihre Produktionsmittel sind niemandes Privateigentum. Sie stellen alternative Nahrungsmittel her.
- In Frankfurt-Bonames haben sich Arbeitslose in einer Selbsthilfe zusammengeschlossen. Sie besorgen Entrümpelungen, beliefern Flohmärkte, reparieren Kfz, bauen Möbel. Sie warten nicht auf Arbeitsplatzbeschaffung durch Regierung oder Unternehmer.
- Der englische Großkonzern Lucas Aerospace plante Rationalisierungsentlassungen. Um sie zu verhindern, entwarfen die Beschäftigten einen Gegenplan zu dem des Managements, konstruierten nützliche Produkte, fertigten davon mittels ausrangierter Maschinen Prototypen und bewiesen dann noch, daß die Produkte Marktchancen haben.
- In Wales beweist eine Forschergruppe durch ihre Lebensführung: auch komfortgewöhnte Menschen können so leben, daß die Umwelt nicht ausgeraubt wird. Sie entwickeln Elemente einer "soft technology", d.h. sie gewinnen z.B. Energie per Wärmepumpe, Sonnenofen und Windmühle.
- Die Organisationen der sogenannten "Diggers" in den USA übernehmen Farmen und gründen Geschäfte, in denen nicht mehr mit Geld getauscht wird. Sie schaffen Kliniken, um die ärztliche Versorgung der Subkultur zu sichern. Sie erheben von ihren Nutznießern eine Alternativ-

Steuer, planen eine Föderation ihrer Kommunen mit eigenem Schecksystem und eigener Bank.

- Im Zuge der Anti-AKW-Bewegung bildete sich im DGB nach einem Aufruf von Heinz Brandt ein "Aktionskreis Leben" mit dem Ziel, die Gewerkschaften von ihrer Anbindung an die Wachstumsideologie, insbesondere von ihrer Unterstützung des Atomprogramms abzubringen.

In diesen Zusammenhang gehört auch die politisch-ökonomische Kritik des realen Sozialismus, wie sie uns Genosse Bahro vorgeführt hat. Bahros Forderungen nach einer ökologisch eingepaßten, dezentral gesteuerten und kooperativ betriebenen Industrie, auf der Basis eines begrenzten Wachstums, läßt an vieles denken, das – wenngleich in kleinerem Maßstab – in alternativ-ökonomischen Projekten und Forschungen versucht wird. Könnte es sein, daß die alternativ-ökonomischen Unternehmen Laboratorien des zukünftigen Sozialismus sind? Ist es vielleicht so daß, ähnlich wie sich im Schoße der mittelalterlichen Feudalgesellschaft eine bürgerliche Stadtkultur und Produktionsweise entwikkelte, auch im heutigen Spätkapitalismus eine sozialistische Gegenkultur, einschließlich bestimmter Vorformen ihrer Produktionsweise entsteht, die der Allmacht des sogenannten Sachzwangs menschliches Bedürfnis entgegenstemmt?

Der Große Ratschlag will insofern eine demonstrative Funktion erfüllen, als er die Frage nach der Einheit der Bewegung und nach der konkreten Utopie sozialistischer Ökonomie erst einmal eindringlich und möglichst sinnlich-anschaulich stellt. Daß neben solcher Emphase Detailkritik an laufenden Projekten, Verständigung über konkret anstehende Schwierigkeiten wie etwa der langfristigen Stabilisierung alternativ-ökonomischer Betriebe und nüchterne Einschätzung von Realisierungschancen auf den Großen Ratschlag gehören, ist klar; denn wir brauchen eine konkrete Utopie.

Noch etwas: Auf dem Pfingstkongreß propagiert und als praktischer Vorschlag heiß begrüßt, vegetiert das Rotarbeitsprojekt des SB vor sich hin. Welches sind die Hemmnisse für die Spendenfreudigkeit der Genoss(inn)en? Warum macht keiner von uns Dampf hinter das Projekt? Wir sollten uns auf dem Großen Ratschlag darüber unterhalten.

Wer den Großen Ratschlag interessant findet, kann Rückporto an uns schicken, wofür es Informationsmaterial gibt. Ihr könnt uns aber auch einfach nur schreiben oder anrufen. Wir bitten um inhaltliche Beiträge zum Großen Ratschlag!

Unsere Anschrift: Alter Öko im Sozialistischen Büro Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. (werktags von 18-22 Uhr) 040/433289; Unser Konto: Georg Habich, Sonderkonto Alternative Ökonomie, Nr. 1314/121342, Hamburger Sparkasse, BLZ 20050550.

WAS DIE „SICHERHEITSDIENSTE" AN 3.WM INTERESSIERT SOLLTEN AUCH SIE WISSEN

Wir machen nicht nur Schlagzeilen – wir recherchieren und weisen dokumentarisch nach. Das Magazin erscheint jeden Monat. Authentischer Background und aktuelle Informationen werden übersichtlich vermittelt. Die Themen-Blöcke sind als Sonderdrucke erhältlich:

NUKLEARE UND MILITÄRISCHE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN BUNDESREPUBLIK UND SÜDAFRIKA WIRD FORTGESETZT – Dokumentation des ANC South Africa; 32 Seiten, DM 4.–

F. POLISARIO – DOKUMENTE DES 3. NATIONALEN VOLKSKONGRESSES; 24 Seiten; DM 2.–

ISRAEL-SÜDAFRIKA: KOOPERATION IMPERIALISTISCHER VORPOSTEN, 32 Seiten; DM 3.–

GHASSAN KANAFANI – PALÄSTINENSISCHE KULTUR UND NATIONALE BEFREIUNG, 32 Seiten; DM 3.–

LIBANON-KRIEG: POLITISCHE UND SOZIALE HINTERGRÜNDE; 32 Seiten; DM 3.–

MAROKKO - ANALYSE EINER IMPERIALISTISCHEN BASIS; 32 Seiten, DM 3.–

ÄGYPTEN NACH NASSER; 32 Seiten; DM 3.–

KUBA – SOZIALISTISCHE ENTWICKLUNG IN DER KARIBIK (3WM-Heft 11/12, 77); DM4.–

ÄTHIOPIEN – DIE REVOLUTION DER MILITÄRS (3WM Nr.6/78 DM4.-)

KOREA - Informationsblock; 32 Seiten; DM 3.–

DEMOKRATISCHE ARABISCHE REPUBLIK SAHARA – DER KAMPF GEHT WEITER; 32 Seiten, DM 3.– (im Druck)

Jahresabonnement: DM 48.–; für Studenten, Schüler, Auszubildende, ZDL, WDL, Arbeitslose: DM 32.–
Prospekte, Probeexemplare, Bestellungen bei:

PROGRESS DRITTE WELT VERLAG – BLÜCHERSTRASSE 14; 5300 BONN-1, POSTFACH 1528, TEL. 02221/215021

Alternativ-zeitungen stellen sich vor: Das Bremer-Blatt

Information von unten

BREMER BLATT

Filz und Größenwahn

Was Patienten schlucken müssen

Mutt dat al wodder?

Kripo als Handwerker

Die Lokalzeitungssituation in Bremen forderte, wie in anderen Städten auch, ein alternatives Zeitungsprojekt heraus. Der Bremer Verleger Meyer, inzwischen bundesweit bekannt geworden als ein besonders übles Exemplar der Sorte Unternehmer, der Bremens größte Tageszeitung, den Weser-Kurier, herausgibt, kaufte 1972 nach erbittertem Konkurrenzkampf mit Dumping-Preisen die "Bremer-Nachrichten" auf. Zwar blieb diese Zeitung bisher noch als selbständiges Zeitungsprojekt unter dem gemeinsamen Verleger-Dach bestehen, doch änderte sich der ehemals liberale Geist dieses Blattes. Bald gab es eine Anzeigengemeinschaft, schließlich wurden die Wirtschaftsteile beider Zeitungen gemeinsam hergestellt, inzwischen existiert ein gemeinsamer Redaktionsdirektor, und die Zusammenarbeit zwischen den Redaktionen ist auf Anweisung von oben sehr eng geworden.

Bei all dem wurde die personalpolitische und informationspolitische Willkür des Verlegers und seines Stabes immer offensichtlicher. Über viele Aktivitäten von Bürgerinitiativen durfte nicht mehr berichtet werden, und so manche anderen Ereignisse in Bremen, die die Blatt-Gründer und viele andere Bremer für wichtig erachteten, blieben in Meyers Zeitungen ungenannt.

Nun ist das – abgesehen von dem höchst eigensinnigen und autoritären Verleger – nichts Bremen-Spezifisches, aber Grund genug, es anderen gleich zu tun und eine Alternativzeitung herauszubringen.

Die Stichworte waren "Information von unten" und "Gegenöffentlichkeit". Nähere Auskünfte dazu gab die Redaktion im Editorial ihrer ersten Null-Nummer: "Bürgerinitiativen, betriebliche Auseinandersetzungen, Aktionen fortschrittlicher Frauen, kulturelle Veranstaltungen nichtkommerzieller Art: sie sollen durch das Bremer Blatt eine Öffentlichkeit erhalten. Informationen, deren Veröffentlichung sonst von handfesten Interessen verhindert wird" und "Informationen, die den Vielen nützen; Diskussionen im Interesse der Lohnabhängigen, Reportagen über die Aktionen fortschrittlicher Menschen".

Auf drei programmatische Aspekte hatten sich die Gründer schließlich geeinigt:

- **von unten:** aus der Lebenswelt und im Interesse der abhängig Arbeitenden; das heißt auch: gegen Entmündigung und Unterdrückung;
- **lokal:** in und für Bremen, samt seiner Umgebung, aber auch mal mit der Lupe ran an einzelne Stadtteile und Aktionen, mal mit dem Über-Blick über die Stadtgrenzen hinaussehen!
- **unabhängig:** von Parteien und Interessengruppen; wir wollen im breiten Bündnis zusammen mit fortschrittlichen Menschen diese Zeitung machen; weder Parteien noch Kapitalinteressen sollen uns dreinreden können!

Dieses Programm schließt ein Arbeitskonzept etwa im Sinne "aus der Szene, für die Szene" aus. Entsprechend wurde auch die formale Aufmachung gewählt. Die Parole hieß "an Lesegewohnheiten anknüpfen". Und weil ein paar gelernte Journalisten in der Redaktion sind, war dieses Konzept ohne langwierige Lernprozesse zu bewerkstelligen (die Nicht-Journalisten lernten es natürlich). Nachdem das Lay-out, das irgendwo zwischen Boulevard-Zeitung und gut gemachtem Vereinsblatt liegt, zu Beginn sehr puristisch eingehalten wurde, werden inzwischen ohne Abweichung vom Grundkonzept auch solche "Todsünden" wie mit Schreibmaschine geschriebene Bildunterzeilen oder Ankündigungen ohne großen Widerstand ins Blatt genommen ("wenn's die Aktualität verlangt").

Nicht nur das Lay-out, auch die Überschriften sollen zum Lesen reizen. Daß es der Redaktion nicht selten Spaß macht, Überschriften zu finden, sieht man dem Ergebnis an. Allerdings haben einige ebenso wie manche Bild-Unterschriften Protest hervorgerufen – insbesondere der Vorwurf der Frauenfeindlichkeit wurde erhoben (z.B. "Direktor zog Lehrerin von Damen-Toilette"). Aber nicht in jedem Fall und nicht von der gesamten Redaktion wurden solche Vorwürfe akzeptiert.

Das Anknüpfen an Lesegewohnheiten scheint manchen Linken verdächtig. Die Redaktion führt jedoch dagegen an, daß erstens der Composer-Satz für jeden leichter zu lesen ist und zweitens von ihr immer noch der Anspruch aufrecht erhalten wird, auch Leser zu erreichen, die es nicht gewohnt sind, sich durch nur schwer lesbare, unendlich lange Flugblätter durchzuwühlen. Außerdem hält sie mehrheitlich Schreibmaschinenschrift nicht unbedingt für alternativ.

Die Redaktion besteht aus einem festen Stamm von etwa 15 Mitarbeitern. Die überwiegende Zahl ist berufstätig: einige Journalisten, wenige Studenten, ein paar Lehrer, kaum Hochschullehrer.

Nur sehr wenige Redaktionsmitglieder sind politisch organisiert, die politischen Ansichten nehmen ein breites Spektrum innerhalb der Linken ein. Einigkeit besteht im Grundkonzept der Zeitung, Abweichungen in Einzelfragen sind existent, werden auch verschiedentlich vorgebracht. Trotz all der Unterschiede: die Entscheidungen in der Redaktion fallen vorwiegend einvernehmlich (was nicht heißt, daß dann jeder restlos von der Richtigkeit dieser Entscheidung überzeugt ist), doch kommen auch Mehrheitsentscheidungen vor. In einigen Fällen wurden die kontroversen Ansichten abgedruckt, so kürzlich zwei Ansichten über ein Konzert von Wolf Biermann. Mehrheitsentscheidungen gibt es in der Regel bei Zeitdruck und wenn sich Argumente wiederholen.

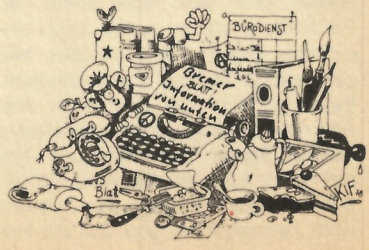
Die Mehrheiten sind manchmal durchaus zufällig, da auch die Kernredaktion nur selten vollständig beisammensitzt. So kommt es dann auch, daß Entscheidungen wieder revidiert werden – allerdings nicht auf formalem Wege, sondern es setzen sich neue Argumente durch. Es kann aber genauso gut passieren, daß einer, der auf Änderung drängen will, mit der Bemerkung "das ist beschlossen" zurückgehalten wird. Weil jeder weiß, daß neben der Diskussion auch noch die Zeitung gemacht werden muß, werden diese ungeschriebenen Regeln eingehalten. Prinzipielle Fragen werden auf diese Art und Weise allerdings nicht entschieden.

Beim Bremer Blatt gibt es keine Aufteilung in "entscheidende" Redaktion und "vollziehende" Redaktion. Für jede Nummer werden ein oder zwei Mitarbeiter mit den Aufgaben eines "Chef vom Dienst" betraut. Sie haben den ganzen organisatorischen Kram am Hals, sollen die verabredeten Beiträge eintreiben und in der heißen Phase des Umbruchs die Übersicht behalten und den anderen sagen, was zu tun ist. Seit kurzem hat das "Blatt" gegen ein Honorar ein Redaktionsmitglied mit Büroaufgaben wie Telefondienst, Terminabsprachen, Postein- und -ausgang,

Materialbeschaffung und den vielen sonstigen kleinen Tätigkeiten betraut, die ansonsten so leicht und so häufig liegen blieben und schon manchen verständlichen Ärger bei Lesern, Informanten und sonstigen Interessenten hervorgerufen haben.

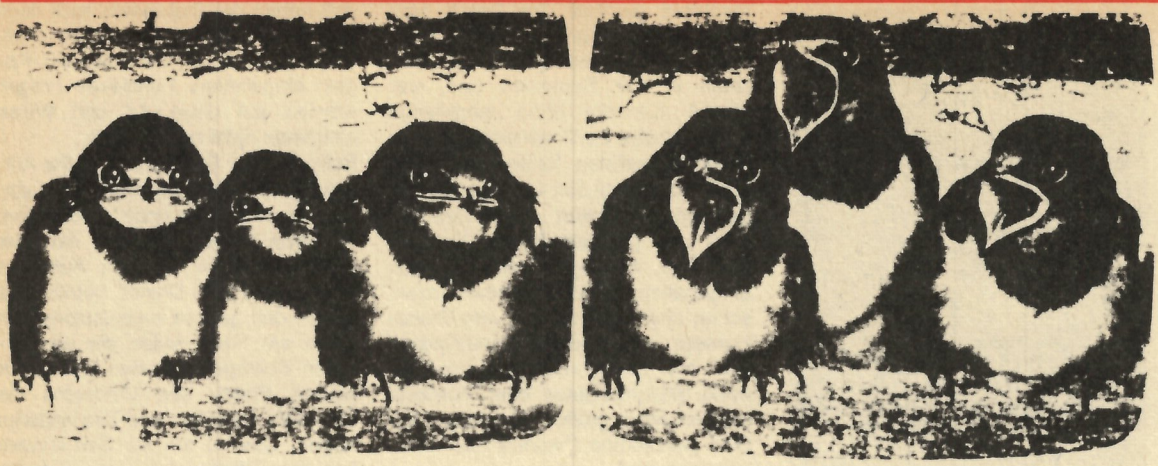
Alle anderen Redaktionsmitglieder beteiligen sich an allen redaktionellen Aufgaben: Themenliste erstellen, Artikel schreiben, Beiträge redigieren, Korrekturlesen, Lay-out, Umbruch – jeder nach seinen zeitlichen Möglichkeiten, jeder nach seinen alternativ-journalistischen Fertigkeiten, die er ständig erweitert.

Es ist nirgendwo festgeschrieben, aber zu den redaktionellen Prinzipien dieser Alternativzeitung gehört, daß die Beiträge im allgemeinen möglichst kurz gehalten werden, daß der Leser zu Beginn des Artikels erfährt, worum es geht, daß die Sprache verständlich ist. Die vielerorts erhobene Forderung, der Leser solle selber schreiben und die Identität des Schreibenden solle gewahrt bleiben, will das "Blatt" nicht unbedingt erfüllen. Beiträge von Lesern sind jederzeit gefragt, aber sie sollen – soweit möglich – überprüfbar und auch lesbar sein. Die Identität des Schreibenden soll in der Regel hinter der



Die "Buback-Nachruf"-Herausgeber organisieren den Widerstand

Die von der Justiz verfolgten Herausgeber des Buback-Nachrufs, Rechtsanwälte und weitere Interessierte haben sich auf ihrer letzten Sitzung in Berlin fester organisiert. Ein "geschäftsführender Ausschuß" gibt von nun an einen Rundbrief heraus, hilft bei der Organisation lokaler Veranstaltungen und organisiert weitere Treffen. Daneben wurden eine Informations- und Verteilerstelle für juristische Informationen, RA-Adressen, Urteile usw. eingerichtet, bei Jürgen Ahrens, Eisenacher Straße 11, 3400 Göttingen, Tel. 0551/793515. Für die Prozeßfinanzierung vor allem im Fall der Göttinger und Bonner Prozesse (Studenten ohne Rechtshilfeschutz) wird eine Sammlungsaktion gemacht (Konto des Unterstützerkreises: Institut für Kultur und Ästhetik, Sonderkonto, Berliner Bank, BLZ 10020000, Nr. 46225340001). Der Unterstützerkreis bittet darüber hinaus um Mitarbeit, vor allem um Informationen über weitere Prozesse, Adressen von Betroffenen und Rechtsanwälten, Adressen von Gruppen, die mit „Buback-Nachruf"-Prozessen beschäftigt sind, neue Prozeßtermine, Prozeß- und Veranstaltungsberichte sowie alles, was sonst noch wichtig ist. Kontaktadresse: Ästhetik und Kommunikation, Fuggerstraße 18, 1000 Berlin 30.



es darf nicht nur der Mund gespitzt sondern es muss gepfiffen werden

Sache, über die er berichtet, zurückstehen. Die einzelnen Beiträge in diesem "Blatt" werden auch, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht namentlich gekennzeichnet, um die Schreiber nicht den Ermittlungsbehörden zur Kenntnis zu bringen.

Nicht alle Bereiche, die die "Blatt"-Gründer ursprünglich in das redaktionelle Spektrum einbezogen hatten, konnten bisher so berücksichtigt werden, wie es vorgesehen war. Aufgrund mangelnder Kontakte zu den Industriebetrieben dieser Stadt ist die Berichterstattung vom Arbeitsplatz nur spärlich bzw. auf bestimmte Bereiche – vornehmlich öffentliche Dienstleistungsbereiche – beschränkt, auch die Ausleuchtung der institutionellen politischen Ebenen wie Bürgerschaft, Senat und Stadtteilpolitiker bleibt noch hinter den Ansprüchen zurück.

Aber auch die Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen dieser Stadt klappt noch nicht hundertprozentig. Kaum ein Redaktionsmitglied hat die Zeit, in einer Bürgerinitiative mitzuarbeiten. Und nur wenige Bürgerinitiativen haben einen Kontaktmenschen fürs "Bremer Blatt". Das erschwert nicht selten den Informationsfluß. Allerdings gibt es eine Reihe Initiativen, die sich melden, wenn sie etwas auf dem Herzen haben, einige vertreiben auch eine reichliche Anzahl von "Bremer Blättern". Doch bleibt insgesamt gesehen noch ein Defizit im Kontakt mit den Initiativen übrig.

Manchmal wird ein Kontakt dadurch erschwert, daß die Redaktion auf Grund ihrer Prinzipien oder weil sie gerade etwas anderes für wichtiger hält, einen Beitrag einer Initiative nicht in der gewünschten Länge oder Form abdrucken ließ. Da gibt es dann Empfindlichkeiten, da ist gar von Zensur die Rede, oder die Redaktion wird in eine politische Ecke gedrückt. Nicht immer gelingt es der Redaktion, der Kritik ausreichend zu begegnen – zumal dann, wenn die Kritik nicht direkt der Redaktion gegenüber geäußert wird, was nicht selten ist. Die Kritik ist oft verursacht durch Unkenntnis dieser Leser darüber, wie eine solche Zeitung zustandekommt. Ihnen ist nicht klar, daß auch eine Alternativ-Zeitung nur eine bestimmte Menge Seiten zur Verfügung hat, daß somit auch die Alternativ-Redaktion um das Problem der Auswahl nicht herumkommt, und daß die Redaktion ihre Arbeit nicht hauptberuflich tut. Wenn sich jedoch eine Gelegenheit bietet, über diese Dinge zu reden – beim Leser-Stammtisch oder in privaten Gesprächen –, ergibt sich selbst bei scharfen Kritikern zumindest partiell eine Einsicht.

Über den Leser-Stammtisch, der jeweils am zweiten Wochenende nach Erscheinen des "Blatt" durchgeführt wird, versucht die Redaktion Kontakt zu all den Lesern zu halten, die nicht an einer direkten Mitarbeit interessiert sind, aber sich mit der Redaktion über den Inhalt auseinandersetzen möchten. Nachdem die Resonanz zunächst nicht sehr groß war, entschloß sich die Redaktion, jeden Stammtisch unter ein Schwerpunktthema, das auch im "Blatt" abgehandelt wird, zu stellen. Neben der Behandlung dieses Themas, zu dem meist ein Referent geladen wird, bleibt dann noch Gelegenheit, über das "Blatt" zu reden und zu diskutieren. Diese neue Form hat bisher deutlich mehr Interessenten gefunden.

Eine ausführliche und intensive Diskussion hat es unter den Redaktionsmitgliedern über die Frage gegeben, ob das "Blatt" eine 'politische Person' ist, das heißt wie verhält es sich zu Aktionen, ruft es dazu auf, bejaht es einige, verdammt es andere. Bereits nach der zweiten Null-Nummer, in der das "Blatt" zur Beteiligung an einer Rote-Punkt-Aktion aufgerufen hatte, die dann aber von den Initiatoren vorzeitig wieder abgeblasen wurde, hatte die Redaktion festgestellt: "Das 'Bremer Blatt' drückt seine Parteilichkeit und seine Unterstützung einzelner Aktionen durch die Art der Berichterstattung und der Argumente aus; es ist nicht seine Aufgabe, Leser zu dieser oder jener Handlung zu überreden. Wo und wie er handeln will, muß jeder allein oder in seiner Gruppe entscheiden. Diese Zeitung ist dazu da, ihm zu sagen, was andere tun und: was er tun kann." Diese Position wurde später durch einen Leitsatz konkretisiert: "Das 'Bremer Blatt' tritt als Träger oder Veranstalter von Aktivitäten außerhalb des Informations- und Zeitungswesens prinzipiell nicht auf, in ganz wichtigen Fällen kann aber bei vollständiger Einstimmigkeit der Redaktion eine Ausnahme gemacht werden." Diese Entscheidung, die von zwei Mitgliedern nicht getragen wurde, soll nicht endgültig sein, sondern nach Erfahrungen neu diskutiert werden.

Daß das "Bremer Blatt" gebraucht wird, zeigt die steigende Tendenz der Abonnenten; weil Vertrieb und Handverkauf noch nicht optimal organisiert sind, geht es hier nicht so schnell aufwärts. Der Umfang von acht Seiten wird gerade auf zwölf erhöht. Schuld daran ist das steigende Anzeigenaufkommen und die Tatsache, daß immer mehr Manuskripte vorhanden sind, als gedruckt werden können. Trotz personeller Einbrüche kam das "Blatt" immer rechtzeitig heraus. Während des Zeitungsstreiks im Verlagshaus Meyer 1977 gab es vier "Bremer-Extra-Blätter" mit einer Gesamtauflage von knapp 200.000; die meisten wurden gemeinsam mit Streikenden hergestellt.

RAINER GAUSEPOHL

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593 • Redaktion "links" zur Zeit: Detlev Claussen, Roland Roth, Jutta Rücker, Hanfried Scherer (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe) • Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593. Verlagssekretär: Klaus Vack • Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 2,00, Jahresabonnement DM 22,00 zuzüglich DM 6,00 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 • Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat • Druck: hbo-druck, Einhausen • Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!"; Prospekt "Zur Verurteilung von Rudolf Bahro – Solidarität mit der Linken in Osteuropa!" mit anhängender Zahlkarte.

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 1.7.1978 „links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für das restliche Jahr 1978 DM 14,-- (einschl. Versandkosten)
Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresende gekündigt wird.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____

Unterschrift